Linke Reformpädagogik: Ein Trümmerfeld Seite 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 50 – 18. Dezember 2010 Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Minister unter Druck: Noch kaum je wurde ein bundesdeutscher Politiker so lange und heftig aus den eigenen Reihen attackiert wie FDP-Chef Guido Westerwelle. Bild: ddp

Liberale Zuckungen

Der Zustand der FDP ist desolat – Das Kernproblem: Liberal sind heute alle

Noch vor wenigen Tagen schien der Zustand der SPD konkurrenzlos schlecht. Doch wenn man dem FDP-Vorstandsmitglied Wolfgang Kubicki glauben soll, geht es den Liberalen noch elender, ihnen drohe schlicht der „Untergang".

Zum kleinen Einmaleins der Politiker gehört, dass man Probleme im eigenen „Laden" nach Kräften beschönigt und verniedlicht. Kritik kommt vom politischen Gegner ohnehin genug. Umso erstaunlicher ist die dramatisch-schwarze Diagnose, die Wolfgang Kubicki, Vorsitzender der FDP-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag und Bundesvorstandsmitglied der FDP, seinen Liberalen nun gestellt hat. An der Basis habe „die Auflösung schon begonnen", die Lage seiner Partei erinnere ihn „fatal an die Spätphase der DDR. Die ist irgendwann implodiert. Auf einmal war sie nicht mehr da. Die Führung konnte das bis zum Schluss nicht begreifen."

Letzteres lässt vermuten, dass Kubicki einfach den Kopf von Guido Westerwelle will. Doch im weiteren Verlauf dieses ungewöhnlichen „Spiegel"-Interviews versichert Kubicki ziemlich glaubwürdig, dass es „keine Alternative" zu Westerwelle gebe, woher gerade „ein Teil der Verzweiflung in der FDP" rühre. Um das Bild der Depression der Liberalen, die immerhin mit einer Fraktion von fast 15 Prozent im Bundestag sitzen, zu komplettieren, klagte der frühere Bundestagsabgeordnete auch noch über das Fehlen seines durch Suizid aus dem Leben geschiedenen Freundes Jürgen Möllemann.

> Ohne Konservative verlieren auch die Liberalen ihr Profil

Doch nannte Kubicki auch inhaltliche Punkte: Die FDP habe zugelassen, dass die von ihr seit langem geforderte Aussetzung der Wehrpflicht allein zu Guttenberg zugerechnet werde. Und sie habe bei den Themen Afghanistan („schleunigst abziehen"), Finanzmarktkontrolle und Mehrwertsteuer zu wenig Profil gezeigt.

Was ist insgesamt von diesem Klagelied zu halten? Wollte ein profilierungsbedürftiger Regionalpolitiker einfach mal wieder groß in der Zeitung stehen? Jenseits solcher Einwände, die nun vor allem die FDP-Spitze fleißig verbreitet, stellt sich die Frage, ob die Liberalen nicht womöglich wirklich ein existenzielles Problem vom Ausmaß der Identitätskrise der SPD haben.

Ein Vergleich der Nöte von FDP und SPD legt diesen Schluss in der Tat nahe. Kernproblem der SPD ist, dass auch CDU, Grüne und viele Linksparteiler ein im Kern sozialdemokratisches Programm vertreten. Die FDP plagt ein ähnliches Problem: Weltoffen und gesellschaftspolitisch liberal sind heute alle, die Grünen eher noch mehr als die FDP selbst. Die Konkurrenz ist also groß und wenn die Liberalen nicht nur „Partei der Besserverdienenden" sein wollen, ist ihr Profil nicht leicht zu sichern.

Das war ganz anders, als die Union noch eine konservative Kraft war mit Exponenten wie Stoltenberg und Strauß, Carstens und Dregger. Von ihnen konnte sich die FDP abheben, was Merkel, Röttgen und Gröhe schlicht nicht zulassen. Das Elend des deutschen Konservativismus hat viele Folgen und Facetten. *Konrad Badenheuer*

Konrad Badenheuer:

Haarsträubend

Wenn diese Zeitung beim Leser ist, hat der EU-Gipfel in Brüssel über die Zukunft des Euro bereits stattgefunden. Am Dienstag berieten darüber die Außenminister, am Donnerstag die Regierungschefs. Dieser Umstand und die Intensität des öffentlich ausgetragenen Streits – beispielsweise zwischen Jean-Claude Juncker und Vertretern der Bundesregierung – zeigen, dass mit dem Euro auch die EU selbst in eine äußerst schwierige Lage gekommen ist. Schon die beiden großen Rettungspakete vom Mai und Juni haben die Solidarität der wirtschaftlich stärkeren Länder bis an den Rand des Zumutbaren strapaziert und waren nur unter extremer Dehnung (um nicht zu sagen Beugung) des Lissaboner Vertrages zu bekommen.

Was nun im Vorfeld des Brüsseler Gipfels gefordert wurde ist schlechterdings haarsträubend. Gemeinsame Euro-Anleihen würden Deutschland mit bis zu 17 Milliarden Euro jährlich (!) belasten – der aktuelle Nettobeitrag beträgt etwa 9 Milliarden Euro. EZB-Präsident Trichet wiederum ist der überwiegend von Deutschland finanzierte Euro-Rettungsschirm mit 750 Milliarden Euro noch zu klein. Dass Berlin solche Vorschläge im Ernst präsentiert werden, zeigt eindrucksvoll, zu welchem Verfall der Sitten eine Politik geführt hat, die deutsche Interessen über Jahre hinweg zu wenig vertreten hat.

Etwas anderes kommt hinzu: Übermäßige Transfers sind nicht nur zutiefst unmoralisch. Sie untergraben zudem die Leistungsbereitschaft sowohl der Geber als auch der Empfänger. Sie sind deswegen Gift für das weitere Wirtschaftswachstum in Europa, das alleine die angehäuften Schuldenberge noch erträglich machen könnte.

Reise nach Prag

Horst Seehofer besucht Petr Necas

Als „historisch" war der Besuch von Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer in der Tschechischen Republik auf dem Sudetendeutschen Tag an Pfingsten angekündigt worden, nun soll er tatsächlich stattfinden. Am Sonntag und Montag wird der CSU-Politiker den tschechischen Ministerpräsidenten Petr Necas besuchen, und zwar in Begleitung von mindestens einem Vertreter der Sudetendeutschen. Noch nie war ein bayerischer Ministerpräsident offiziell zu Besuch in Prag, weil die tschechische Führung sich weigerte, mit den bayerischen Verantwortlichen über das Thema zu sprechen, erst recht, wenn auch noch Vertreter der Sudetendeutschen dabei wären.

> 65 Jahre ohne offizielle Gespräche

Die inhaltlichen Erwartungen an das Treffen sind allerdings moderat. Für Necas ist die Frage der Benesch-Dekrete erledigt, aber auch Seehofer will den Erwartungsdruck abbauen. Nach 65 Jahren ohne offizielle Gespräche auf oberster politischer Ebene gehe es jetzt vor allem darum, „einen vernünftigen Prozess des Miteinanders für die Zukunft zu eröffnen". Dies werde „einige Zeit in Anspruch nehmen". *K.B.*

Aus für den Baustopp

Obama gibt Netanjahu nach – US-Wahl im November hat die Israel-Lobby gestärkt

Die US-Regierung ließ verlauten, man werde nicht weiter auf einer Einstellung der israelischen Siedlungsbauten in den 1967 besetzten arabischen Gebieten bestehen. Das Abrücken von dieser Vorbedingung für direkte israelisch-palästinensische Verhandlungen ist für Präsident Barack Obama eine weitere schwere Niederlage, denn auch die Wiederbelebung des 1993 eingeleiteten „Friedensprozesses" war eines der von ihm bei Amtsantritt groß verkündeten Vorhaben.

Verständlicher ist nun aber, warum die „Jerusalem Post" in einer im Frühjahr erstellten Rangliste der 50 weltweit einflussreichsten Juden den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu an die erste Stelle setzte. Dessen Einfluss in den USA beruht nämlich nicht nur auf den jüdischen Organisationen, sondern auch auf den konservativ-evangelischen („evangelikalen") Kirchen und Sekten, von denen viele bedingungslose Unterstützer des Zionismus sind und die sich zum Teil sogar „Christian Zionists" nennen. Sie sind primär in der Republikanischen Partei einflussreich und haben durch die jüngsten Wahlschlappen der Demokraten weiter an Bedeutung gewonnen.

> Die Radikalen auf beiden Seiten reiben sich die Hände

Hingegen ist Palästinenser-„Präsident" Mahmud Abbas, dessen Amtszeit „eigentlich" bereits Anfang 2009 endete, ein weiteres Mal der Lächerlichkeit preisgegeben. Weder seine Ankündigung, nun die bilaterale Anerkennung Palästinas als Staat anzustreben, noch die Drohung, gar die palästinensische Autonomiebehörde aufzulösen, vermögen daran etwas zu ändern. Und dass ehemalige europäische Spitzenpolitiker, darunter Helmut Schmidt und Felipe González, die EU auffordern, mehr Druck auf Israel auszuüben, nützt ebensowenig wie die Ankündigung der USA, ihre frühere „Pendel-Diplomatie" trotz allem weiterführen zu wollen.

Die radikalen Kräfte sehen sich jedenfalls bestätigt. Auf israelischer Seite, weil man „dem mächtigsten Mann der Welt" den Herrn gezeigt hat, und auf arabischer, weil sich die Illusion einer unparteiischen Vermittlerrolle der USA selbst mit viel Gutgläubigkeit und Zweckoptimismus nicht aufrechterhalten lässt und zudem die eigenen Machthaber durch Wikileaks-Dokumente zusätzlich diskreditiert sind. Die neueste Kritik der EU am Siedlungsbau vom Wochenbeginn dürfte wie so oft wirkungslos verhallen. *R. G. Kerschhofer*

Knallharte Machtpolitik

Die Grünen versuchen, die Hartz-IV-Reform zu blockieren – »Schwarz-Grün« erscheint illusorisch

Zum Wochenbeginn zeichnete sich eine Niederlage der Regierung Merkel im Bundesrat ab: Die saarländischen Grünen wollten bei der Abstimmung am Freitag die Hartz-Reform blockieren. Eilig wird an Nachbesserungen gewerkelt, offen bleibt die Grundsatzfrage der schwarz-grünen Zusammenarbeit.

Lange war die Bundesregierung zuversichtlich: Trotz durchwachsener Kommentare in den Medien und heftiger Kritik der Opposition an der eher mageren Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze um nur fünf Euro im Monat, verbunden mit einem „Bildungspaket“ für Kinder, schien die Mehrheit im Bundesrat für das Gesetz zu stehen.

Man war bereits ein bisschen stolz auf sich, in einer nicht gerade populären Sache „gestanden“ und weder der Verlockungen der Meinungsumfragen noch den Mehrdeutigkeiten eines Verfassungsgerichtsurteils nachgegeben zu haben: Wenn die Haushaltslage eine kräftige Erhöhung nicht hergibt, muss es bei einer geringen Anpassung bleiben – zumal die Wirtschaftsexperten sowieso vor weiterer Aufblähung des im internationalen Vergleich unverändert üppigen deutschen Sozialstaates warnen.

Doch nichts wurde daraus. Überraschend kurzfristig, nur vier Tage vor der Abstimmung im Bundesrat, kam aus Saarbrücken das „Aus“. Die Grünen an der Saar waren (Stand Dienstag Abend) nicht bereit, das schwarz-gelbe Gesetz mitzutragen.

Nun ist der Zeitdruck groß: Schon zum 1. Januar hätte das Gesetz in Kraft treten sollen, ja müssen wegen der Vorgabe aus Karlsruhe. Dass die Grünen an der Saar so kurzfristig zum Strich durch die Rechung der Regierung Merkel angesetzt haben, gilt bei Union und FDP als ziemlich heimtückisch.

Ganz überraschend kommt die Androhung der Blockade allerdings doch wieder nicht. Die Saar-Grünen hatten sich auf ein „Ja“ noch nicht festgelegt, und generell – das Hamburger Beispiel hat es gezeigt – sucht die Öko-Partei momentan die offene Auseinandersetzung mit der Union. Die Umfragen sind für sie blendend. Kein Wunder, dass die Grünen nun versuchen, wie in Hamburg vorgezogene Wahlen zu erzwingen und so „aus Stimmungen Stimmen zu machen“ oder aber die Bundesregierung in ähnlicher Weise herauszufordern, wie in Stuttgart den dortigen CDU-Ministerpräsidenten Stefan Mappus. Man muss jedenfalls kein Insider der Grünen sein, um annehmen zu können, dass die Herausforderung des vergleichsweise winzigen saarländischen Landesverbandes der Grünen unter dem überregional kaum bekannten Hubert Ulrich nicht ohne enge Abstimmung mit der Bundespartei geschehen sein dürfte.

Die Bundesregierung ist allerdings entschlossen, sich nicht vorführen oder erpressen zu lassen. Falls die Grünen am Freitag im Bundesrat „blank ziehen“ sollten, könnte bereits 72 Stunden später, am Montag, der Vermittlungsausschuss tagen, hat die CDU erklärt. FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger bietet der Opposition halb kulant, halb drohend ein

> Bei diesem Manöver geht es nicht um die Armen im Land

„Blitz-Vermittlungsverfahren“ binnen Tagen an, damit das Gesetz wie vom Bundesverfassungsgericht gefordert am 1. Januar in Kraft treten kann. Dazu würde man den Bundesrat zu einer Sondersitzung am 27. Dezember einberufen, damit er erneut über den Gesetzesvorschlag abstimmen könnte.

Die erkennbare Hoffnung der Grünen, mit einer Blockadepolitik à la Lafontaine nicht nur ein wichtiges schwarz-gelbes Projekt zu torpedieren, sondern sogar noch sagen zu können, die Regierung Merkel arbeite mit verfassungswidrigen Sozialgesetzen, ist politisch reizvoll, aber auch nicht ohne Risiko. Der Erpresser tut gut daran, nicht wie ein Bankräuber mit schwarzer Maske im Gesicht aufzutreten.

Und so gaben sich die Grünen von der Saar selbst zu Wochenbeginn noch immer verhandlungsbereit. „An dem Reformpaket muss es deutliche Nachbesserungen geben, sonst bleibt es bei unserem Nein“, sagte Ulrich. Er sei gesprächsbereit, sofern Berlin Angebote „im Interesse des Saarlandes“ mache.

Also immerhin regionale Interessenvertretung statt reiner Parteiegoismus‘? Aber nicht doch! Es gehe den Grünen „zunächst einmal um die Reform selbst“, schob Ulrich nach. Entscheidend sei, „was sich da durchverhandeln lässt“. Die Regierungsfraktionen in Berlin vernahmen es mit Staunen und erklärten, es gebe keine Verhandlungen mit den Grünen im Saarland, da diese gar keine konkreten Forderungen gestellt hätten.

In dieser Lage hat für die Regierungsseite oberste Priorität, durch demonstrative Kulanz dafür zu sorgen, dass im Falle eines grünen „Nein“ im Bundesrat der Schwarze Peter bei den anderen liegt: Eine Blockade, die den Blockierer mehr schädigt als den Blockierten, ist politisch sinnlos und deswegen auch weniger wahrscheinlich. Vorsichtshalber lässt Ursula von der Leyen schon einmal prüfen, welche Teile des Gesetzes auch ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft treten könnten. Dazu gehören offenbar das geplante Schulessen und die Nachhilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Der höhere Regelsatz wiederum könnte zur Not auch rückwirkend ausbezahlt werden, womit die Verfassungsmäßigkeit gewahrt bliebe. Auch die geplante Förderung der Mitgliedschaft in Sportvereinen könnte eventuell später eingeführt werden.

Klar ist jedenfalls: Bei den Manövern von Grünen und Regierungspartei geht es nicht um die Armen im Land, sondern darum, wer hinterher als sozial oder unsozial, als Blockierer oder Gestalter, als Verfassungsbrecher oder als Verhinderer eines Verfassungsbruchs dasteht.

Die Grünen betreiben dabei knallharte Machtpolitik. Der Fehdehandschuh, den Angela Merkel ihnen in der Bundestagsdebatte – auch angesichts von Stuttgart 21 und der Wahl im Südwesten – hingeworfen hat, haben die Grünen in Hamburg und Saarbrükken (gewiss sorgfältig koordiniert mit Berlin) längst aufgenommen und giftig reagiert. Vielleicht hatte Angela Merkel ja Recht, als sie schwarzgrüne Bündnisse als „Illusionen und Hirngespinste“ abgetan hat.

Konrad Badenheuer



Gorleben, Stuttgart, Bundesrat: Ist die anarchistische Blockade ein Wesenselement der Partei der Grünen? Bild: ddp

MELDUNGEN

Peking auf Einkaufstour

Düsseldorf – Die Westdeutsche Landesbank könnte chinesisch werden. Wie das „Handelsblatt“ berichtet, sei eine chinesische Bank an der Übernahme interessiert. Die Chinesen zielten strategisch auf die Handels-, Rohstoff- und Projektfinanzierung der Bank. Peking nutze die Folgen der Finanzkrise, um seinen Einfluss in Europa auszubauen. Erst vor kurzer Zeit hatte ein chinesisches Institut der ebenfalls angeschlagenen HSH Nordbank 500 Millionen Dollar geliehen. Die WestLB war einst das Zentrum des „Systems Rau“, mit dem der spätere Bundespräsident Johannes Rau in seinen 20 Jahren als Ministerpräsident von NRW die Macht der SPD absicherte, aber auch den Strukturwandel behinderte. *PAZ*

China fürchtet »leeren Stuhl«

Oslo/Peking – Nervös und unsicher hat die chinesische Führung auf die Verleihung des Friedensnobelpreises an den Regimekritiker Liu Xiaobo reagiert. Wochenlang versuchten chinesische Dipolmaten, möglichst viele Länger zum Boykott der Verleihungsfeier zu bewegen. Heraus kam eine Liste derjenigen Staaten, die von Peking bereits wirtschaftlich abhängig oder mit ihm verbündet sind. Darunter waren merkwürdigerweise auch Afghanistan und Pakistan, was das US-Militärengagement in diesen Ländern in ein sonderbares Licht rückt. In China selbst versuchten Anhänger Lius, in Internetforen und Blogs ihre Solidarität zu bekunden, etwa indem sie ein Bild des leeren Stuhls von Liu Xiaobo in Oslo verbreiteten – und ernteten prompt Ablehung des Regimes. China werde als erstes Land der Welt in die Geschichte eingehen, wo es bald strafbar sei, „leerer Stuhl“ zu sagen, spottete ein Blogger. Auch sonst war die Reaktion unsouverän. Im Kommentar einer regierungsnahen Zeitung wurde Oslo sogar das „Zentrum einer Sekte“ genannt. *K.B.*

Die Schulden-Uhr: Wackelige Schuldner

Spanien, Portugal, Irland und Griechenland stehen mit zusammen umgerechnet 384 Milliarden Euro bei deutschen Kreditgebern in der Kreide. Dies ergab eine Berechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Spanien schuldet deutschen Gläubigern demnach 162 Milliarden Euro, Irland 140, Griechenland 49 und Portugal 33 Milliarden. Große deutsche Geldinstitute, Fonds und Versicherer hatten deutsche Spareinlagen in den Boomjahren in diesen, damals renditestarken, Ländern investiert. Im Falle von Zahlungsausfällen wäre Deutschland demnach heftig betroffen. Insgesamt hatten die vier Länder Mitte 2010 Auslandsschulden in Höhe von zusammen umgerechnet 1,6 Billionen Euro angehäuft. *H.H.*

1.711.281.878.767 €

Vorwoche: 1.709.643.650.875 €
Verschuldung pro Kopf: 20.933 €
Vorwoche: 20.913 €

(Dienstag, 14. Dezember 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Permanent tagendes Weltgericht

Die Motive von Wikileaks – »Neue Zürcher« warnt vor »Transparenz-Terrorismus«

Das Rad der Enthüllungen dreht sich weiter. „Wikileaks“ schöpft aus Datenlecks von Politik und Wirtschaft. Immer neue Details dringen an die Öffentlichkeit. Firmen oder Banken, die Konten für Wikileaks sperrten, erleben Hacker-Angriffe. Ein kleiner Cyber-Krieg scheint sich im Internet abzuspielen.

Unterdessen saß der Gründer der Enthüllungsplattform, der Australier Julian Assange (39), wegen angeblicher sexueller Vergehen in britischer Untersuchungshaft. Betrieben wird das Internet-Datenleck von etwa fünf festen Mitarbeitern, über die bis vor kurzem wenig bekannt war. Hunderte von freiwilligen Helfern arbeiten als „Aktivisten“ für die Plattform. Über das Internet werden dabei Wikileaks anonym geheime Daten zugespielt. Nach einer Prüfung der Dokumente werden diese dann auf verschiedene „Server“ im Internet weltweit gelegt, wo sie für jeden Nutzer zugänglich sind.

Natürlich gibt es für die Veröffentlichungen von Wikileaks keine rechtlichen Grundlagen, da keine Autorisierungen vorliegen. Zwar werden einzelne Personennamen unkenntlich gemacht, aber meist ist die Identifizierung der genannten Personen kein Problem. Für die Opfer des Online-Verrats ist es schwierig, gegen die Veröffentlichungen vorzugehen, da die Server in Ländern wie zum Beispiel Schweden stehen, wo journalistische Quellen besonders gut geschützt sind.

Dabei handelt es sich bei Wikileaks keinesfalls um eine irgendwie seriöse journalistische Arbeit. Die massenhafte Veröffentlichung von Dokumenten aus diplomatischen Depeschen oder US-amerikanischen Kriegsberichten hinterlässt politische Kollateralschäden von erheblichem Ausmaß.

> Kollateralschäden wie bei einem Flächenbombardement

Anders als beim investigativen Journalismus, der gezielt bestimmte Personen oder Zusammenhänge ausforscht und veröffentlicht, handelt es sich bei Wikileaks vergleichsweise um ein Flächenbombardement. Hier gelangen nicht nur die angeblichen Party-Gespräche von Politikern an die Weltöffentlichkeit, sondern auch Namen und GPS-Daten von Afghanen, die mit Amerikanern kooperiert haben. Ein Stammesältester wurde bereits daraufhin von den Taliban entführt und ermordet.

Positive Resonanz erleben die Wikileaks-Aktivisten, wenn ihnen eine Enttarnung wie jüngst beim FDP-Maulwurf Helmut Metzner gelingt. Der Büroleiter von FDP-Chef Westerwelle lieferte offenbar seit 2007 geheime Daten an die Amerikaner. Metzner, der auch führendes Mitglied im Lesben- und Schwulenverband ist, musste jetzt seinen Hut nehmen. Kurz vor seiner Entlassung hatte sein früherer Chef, der heutige Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel, noch behauptet, Metzner habe doch nur „ein ganz normales politisches Geschäft“ betrieben. Auch die FDP-Justizministerin Sabine Leuthäuser-Schnarrenberger hatte sich noch vor Metzner gestellt, nachdem dessen Verrat bekannt geworden war.

Viele Nachrichten, die Wikileaks enthüllt, sind zudem nicht neu. Dass Kenia ein hochkorruptes Land ist, kann man bei „Transparency International“ (TI) besser und detaillierter nachlesen. Diese Organisation, die seit Jahren die Korruptionspraktiken nahezu aller Länder der Welt untersucht, liefert stichhaltige und nicht nur zufällige Ergebnisse. TI folgt zudem erkennbaren ethischen Richtlinien, während sich die Wikileaks-Aktivisten offenbar als „neuartige Guerilla“ fühlen. Die Enthüllungs-Plattform arbeitet im besten Sinne des Wortes „anarchistisch“ an der Destabilisierung wirtschaftlicher und politischer Systeme.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ betitelte die Methoden von Wikileaks mit dem Wort „Transparenz-Terrorismus“. Schon die Wegbereiter der Französischen Revolution von 1789 forderten „absolute Öffentlichkeit“, auch den unrechtmäßigen Zugang zu politischen, militärischen und finanziellen Daten. Das lieferte später den Anklägern den Vorwand zu einem massenhaften Mord mittels der Guillotine. Der Verdachtsterror der Französischen Revolution sei das „exakte Abbild“ des heutigen Terrors der Transparenz. Was aber wird geschehen, wenn einmal die Denunzianten der Denunzianten am „Cyberpranger“ stehen? Das Internet präsentiere sich bei Wikileaks als permanent tagendes Weltgericht. *H. E. Bues*

Der Egerer Wald scheint verloren

Eger – Ein für die Vertriebenen bitteres Ende hat der Streit um den „Egerer Stadtwald“ gefunden. Seit dem Jahre 1554 gehörten der westböhmischen Stadt mehrere hundert Hektar Wald auf fränkischem Gebiet. Der Besitz lag 1945 und danach außerhalb der Reichweite Prags. Doch die Hoffung der Vertriebenen, wenigstens diesen Rest ihres Eigentums gerettet zu haben, trog: 1965 entschied ein bayerisches Gericht, trotz dem fast kompletten Bevölkerungsaustausch durch Vertreibung sei die tschechoslowakische Kommune namens Cheb rechtlich mit der bis 1945 deutschen Stadt Eger identisch und damit Eigentümerin des 634 Hektar großen Waldes. Das damals selbst von Sozialdemokraten kritisierte Urteil blieb wegen des eisernen Vorgangs ohne Folgen. Nach der Wende forderte die tschechische Stadt erneut die Übertragung – und bekam nach langen Hin und Her vor wenigen Tagen abschließend recht. Ein Sprecher der Sudetendeutschen kritisierte, dass damit das Verwaltungsgericht Regensburg „das tschechoslowakische Konfiskationsdekret Nr. 108 auf bundesdeutschem Staatsgebiet“ habe rechtswirksam werden lassen. Die Bundesregierung solle dagegen Berufung einlegen. *K.B.*

Klare Sache und damit hopp

Von THEO MAASS

Eine Volkspartei vertritt schon mal zwei gegensätzliche Positionen gleichzeitig. Die Indianer sagten dazu „mit gespaltener Zunge sprechen“. Volksparteivertreter klagen jedoch, sie seien dazu gezwungen, weil sie „alle“ mitnehmen müssten. Kleinere Klientelparteien haben es da einfacher. Wenn die Postkommunisten von Enteignung sprechen, dann wusste Vater Kempowski bei „Tadellöser und Wolff“: „Klare Sache und damit hopp!“

So „klar“ muss es aber nicht bei jeder Kleinpartei zugehen. Bei den Spreeliberalen ist im Moment nichts mit „klare Sache“. Ein Problem: Sie werden in Berlin für nichts gebraucht, nicht mal zum Regieren. Wenn die Umfrageinstitute ihr Geld wert sind, wird sich daran nach der nächsten Wahl im September 2011 auch nichts ändern. Die ebenfalls blasse örtliche CDU kann sich hingegen ein wenig Hoffnung auf eine Regierungsbildung machen – als Juniorpartner für Grün-Schwarz oder Rot-Schwarz.

Auf der Suche nach prägnanten Inhalten hat die FDP die Bürgerrechte entdeckt. Ohnehin ihr Hauptthema. Die gelten natürlich auch für Extremisten, von links wie von rechts. Konsequent geißelte FDP-Fraktionsvize Björn Jotzo im Abgeordnetenhaus die Blockadeaktionen Linksextremer am 1. Mai gegen die NPD, an denen auch Wolfgang Thierse (SPD) und der innenpolitische Sprecher der Grünen, Benedikt Lux, beteiligt waren. Die Grünen-Führung kündigte daraufhin schriftlich die virtuelle „Jamaika-Oppositions-Gemeinschaft“ mit den Liberalen auf.

Allerdings hielten die Liberalen ihre gerade Linie bei den Bürgerrechten nicht lange durch: Im September suchte die „Antifa“ ein bürgerliches Aushängeschild für einen Blockadeaufruf gegen die NPD. In dem Aufruf heißt es: „Die Neonazis nehmen das vom Senat geplante sogenannte Partizipations- und Integrationsgesetz zum Anlass, ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.“ Ausgerechnet der FDP-Abgeordnete Sebastian Kluckert signalisierte seine Unterstützung für Blockade: „Wir wünschen uns eine demokratische Diskussion darüber, wie wir unsere Einwanderergesellschaft gestalten und keine Nazi-Parolen.“ Berliner fragen sich da: Wofür stehen die Hauptstadtliberalen? Blockadeaktionen mit „Antifa“ und SED-Erben oder doch Demonstrationsrecht für alle?

Ironie am Rande: Kluckert könnte leicht selbst ins Fadenkreuz seiner Blockierfreunde geraten. Als die Berliner FDP im Windschatten des Sarrazinbuches ein eigenes „Integrationspapier“ vorstellte, assistierte Kluckert: „Integration ist eine Bringschuld der Zuwanderer“. Diese Position geht bei der „Antifa“ unbesehen als „migrantenfeindlich“ durch. Klare Sache!

Künast stolpert über sich selbst

Berlins grüne Spitzenkandidatin positioniert sich als altgrüne Verhinderungs-Politikerin



„Sowas von irre“: Renate Künast, zurzeit noch Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, will in Berlin erste grüne Chefin einer Landesregierung werden. Nun scheint sie ihren Traum selbst zu gefährden.

Bild: pa

BBI als Provinzflughafen, Tempo 30 in ganz Berlin, Gymnasien abschaffen: Renate Künast droht den Traum der Grünen, im September 2011 stärkste Partei in der Hauptstadt zu werden, eigenhändig zu zerstören.

„Frau Künast hat keine Ahnung, wovon sie spricht“ lästert Jutta Matuscheck von der Linkspartei. Seit Tagen steht die grüne Spitzenfrau Renate Künast im Kreuzfeuer der Kritik. Die Wende in der Wahrnehmung der zuvor hochgelobten Frontfrau hatte Künast selbst ausgelöst. Sie hatte vier inhaltliche Positionen benannt. Zuletzt stellte Künast gar den fast fertigen Flughafen Berlin-Schönefeld (BBI) als internationales Drehkreuz infrage: Es reiche, wenn BBI bloß innereuropäische, aber keine transkontinentalen Verbindungen anböte, so Künast. Damit solle der Fluglärm begrenzt werden. Damit fiele der Großflughafen sogar hinter den eher kleinen Konkurrenten Hamburg zurück, ja, würde zum „Parkplatz für die Drehkreuze Frankfurt und München“, wie Kritiker spotten.

Da wittert selbst die moribunde FDP wieder Morgenluft. „Eine derartige Grundsatzdiskussion zum BBI erneut zu beginnen ist fatal, denn ein kleiner Regionalflughafen als Single-Airport würde dem Wirtschaftsstandort Berlin langfristig massiv schaden“, erklärte FDP-Verkehrsexperte Klaus-Peter von Lüdeke, dessen Partei in den Umfragen stabil nur noch drei Prozent vorhergesagt werden. Berlins CDU-Chef Frank Henkel ließ sich das Propagandageschenk ebenfalls nicht entgehen: Die von Künast geforderte Grundsatzdiskussion über BBI sei „brandgefährlich“: „Wenn Frau Künast BBI zu einem europäischen Regionalflughafen degradieren will, dann stellt sie das Projekt insgesamt infrage. Ihr Vorstoß zeugt von viel Opportunismus, aber wenig Verantwortungsbewusstsein.“ Senatssprecher Richard Meng geißelte Künasts Ansichten als „merkwürdige Thesen“: „Bisher waren wir uns in Berlin einig, dass der Flughafen ein Erfolg werden muss – dazu gehört auch, dass die weltweite Anbindung Berlins besser werden muss.“ Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) labte sich am grünen Elend: „Sowas von irre“ nannte er Künasts Vorstoß. Entweder habe die Grüne keine Ahnung von der Materie oder sie nehme bewusst in Kauf, dass sich die Stadt wirtschaftlich nicht entwickeln könne.

> Selbst die Linke präsentiert sich da als wirtschaftsfreundlich

Künast wollte wohl im Windschatten von Stuttgart 21 eine Debatte über Sinn und Unsinn des Flughafens Schönefeld/BBI entfachen. Dem RBB Info Radio erklärte sie: „Als Erstes muss man jetzt auch öffentlich die Debatte über die Frage führen: Was für ein Flughafen soll es eigentlich sein? Einer, der uns mit Europa verbindet oder mit der ganzen Welt?“ und setze noch einen drauf. Auf die Frage, ob sie die gesamte Flughafenplanung infrage stelle, antwortete die Grünen-Politikerin: „Ja, natürlich.“ Ihr Auftritt vor ganzen 3000 Demonstranten im Berliner Außenbezirk Lichtenrade wirkte wie ein Befreiungsschlag – für ihre Gegner, die bislang auf die Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion gestarrt hatten wie das Kaninchen auf die Schlange.

Die Linkspartei, deren Ansehen in Sachen Wirtschaftskompetenz nach 45 Jahren DDR-Wirtschaft nicht eben glänzend ist, nutzte die Gelegenheit besonders gern, um sich zu profilieren. Der Wirtschaftssenator von Rot-Rot, Harald Wolf, schimpft über Künasts „fahrlässige Äußerungen“, die Investitionen und Arbeitsplätze aufs Spiel setze und dem Wirtschaftsstandort einen „Bärendienst“ erweise. Damit zeige sich die „wirtschaftspolitische Inkompetenz“ der Grünen. Der Wirtschaftsstandort braucht laut Wolf im Wettbewerb mit anderen Regionen eine gute Luftverkehrsinfrastruktur und interkontinentale Verbindungen. „Wer die aktuelle Flugrouten-Diskussion nutzt, um Sinn und Zweck von BBI infrage zu stellen, treibt ein verantwortungsloses Spiel mit den Sorgen der Menschen.“

Noch vor Wochen sah es völlig anders aus. Der stadtweite Überdruss an Klaus Wowereit war an jeder Straßenecke spürbar. Da entdeckten viele Berliner die Grünen als Alternative. Sie hatten in der Stadt bisher kaum Regierungsverantwortung getragen. Waren unverbraucht und profitierten vom Zustrom besserverdienender Zuwanderer aus den südlichen Bundesländern, die ihren Ökobauern vor der Stadt in ihr Herz geschlossen hatten. So mussten Künasts zahn- und kraftlose Gegner schon darauf warten, dass die Grüne über ihre eigenen Beine stolpert.

Diesen Gefallen hat ihnen die grüne Spitzenkandidatin nun tatsächlich getan: Sie forderte Tempo 30 auf fast allen Berliner Straßen und schlug die Abschaffung der Gymnasien vor. Dann kam die Idee mit dem Flughafen. Renate Künast hat damit alle alten Vorurteile gegen grüne Politiker bestätigt: weltfremd und „Hauptsache dagegen“. Trotzig erklärte sie im Berliner „Tagesspiegel“ dennoch: „Wir nehmen Fahrt auf!“ Danach ergoss sich ein Schwall von Leserbriefen in das Internet-Portal der Zeitung: Die Briefe waren gezeichnet von Häme und kalter Ablehnung.

Unterstützung erhielt Renate Künast nur von Teilen der eigenen Partei. Landesvorsitzende Irma Franke-Dressler: „Schönefeld darf nicht das Ausmaß von Frankfurt am Main oder München erreichen.“ Und aus dem Europaparlament äußerte sich der Grünen-Abgeordnete Michael Cramer im Stil klassisch-grüner Verhinderungspolitik: „Politische Aufgabe ist es, Privilegien abzubauen und den umweltfreundlichen Verkehr wie die Bahn billiger zu machen, damit erst gar nicht geflogen wird.“ Warum die Grünen – wenn sie so denken – Investitionen der Bahn in Stuttgart verhindern wollen, erklärte Cramer nicht. *Theo Maass*

Druck auf Platzeck

Affäre Speer: Ministerpräsident im Gerede

Rainer Speer, einst enger Vertrauter von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (beide SPD) und bis September dessen Innenminister, legt sein Landtagsmandat nieder. Es ist der zweite Rückzug des 51-Jährigen – diesmal auch von der Hinterbank der Landespolitik. Schon Speers Abgang vom Posten des Innenministers erfolgte im Zusammenhang mit seiner fraglichen Rolle in zwei Affären. Beide zehren seit Herbst an der durch Rücktritte und Stasi-Vorwürfe angegriffenen rot-roten Koalition von Potsdam.

> Opposition läutet »Ende einer Ära« ein

Speer wird belastet durch die Art des Verkaufs von landeseigenen Grundstücken unter seiner Amtsführung. Zudem soll er 13 Jahre keinen Unterhalt für eine uneheliche Tochter gezahlt haben. Noch Tage vor dem aktuellen zweiten Rückzieher stand die SPD-Fraktion weiter hinter Speer. Nun aber rang sich Platzeck dazu durch, Speer zum vollständigen Rückzug aufzufordern.

Die Opposition spricht vom „Autoritätsverlust“ Platzecks. CDU, FDP und Grüne läuten bereits das "Ende der Ära Platzeck" ein. Der „Focus“ spekuliert, Platzeck könnte durch Frank-Walter Steinmeier ersetzt werden.

Gegen Speer ermittelt unterdessen die Staatsanwaltschaft. Sie hält ihm vor, seine Geliebte in den Staatsdienst gehievt zu haben. Dem Staatsanwalt liegen demnach E-Mails vor, in denen Speer nicht nur entgegen eigener Aussage Kenntnis von der Verbeamtung der Frau hatte, sondern selbst gratulierte. Auch Platzecks Rolle erscheint hier in einem neuen Licht. Dieter Dombrowski, CDU-Generalsekretär in Brandenburg, fragt: "Was wusste Matthias Platzeck wirklich?" *SV*

»Politisch nicht gewollt«

Körting nennt Migranten-Kriminalität nur ungern beim Namen

Ausländer sind laut dem Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) wesentlich häufiger kriminell als Deutsche. Einheimische beklagen „No-Go-Areas“ für Deutsche, selbst die Polizei meidet angeblich bestimmte Kieze. Die Medien-Berichterstattung über solche Missstände nahm Körting nun zum Anlass, sich eingehender mit dem Thema zu befassen.

Am 3. Dezember legte das Landeskriminalamt eine Expertise zu „Straftaten von Angehörigen arabischer Großfamilien in Berlin“ vor. Personen aus der arabischen Welt geraten im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung dreimal so häufig mit dem Gesetz in Konflikt wie Deutsche.

Dem Papier ist zu entnehmen, dass es nicht einfach sei, den betroffenen Täterkreis statistisch zu erfassen. Einbürgerungen lassen einen Teil des Täterkreises „verschwinden“. Über die Hälfte der rund 64 000 Araber in Berlin sind Eingebürgerte. Die Zurückhaltung in der statistischen Erfassung hat System: "Eine generelle Darstellung des Migrationshintergrunds bei Tatverdächtigen ist weder politisch noch gesellschaftlich gewollt", so Körting.

> »Sechs Familien tauchen permanent in den Akten auf«

Aussagen wie „Leider steht die Clanbildung dem Integrationsgedanken entgegen“ oder „Hinzu kommt, dass gerade der enge Familienzusammenhalt ein Drohpotential für Zeugen, aber auch für Konkurrenten im kriminellen Milieu genutzt“ werde, sind keineswegs neu. Nach polizeilichen Erkenntnissen handelt es sich bei den „Familien“ um Gruppen mit 50 bis 500 Mitgliedern, die von der alten Heimat oder von Schweden, den Niederlanden, Dänemark und Deutschland aus operieren.

Körting räumt ein: „Sechs Großfamilien tauchen permanent in Ermittlungsakten auf.“ Doch nicht jeder Familienzweig sei als „kriminell einzustufen“. Die überraschende Erkenntnis: „Frauen und Kinder sind strafrechtlich weniger auffällig.“ Trotz allem beharrt der Senator: „Wir werden bei der Polizei keine Abteilung für kriminelle arabische Großfamilien einrichten.“

Das rief den Kreuzberger CDU-Abgeordneten Kurt Wansner auf den Plan: "Es gibt Großfamilien, die die innere Sicherheit dieser Stadt täglich torpedieren.“ Wansner bescheinigt Senator Körting „Realitätsverweigerung“. Der Christdemokrat sieht das Problem grundsätzlicher: „Menschen, die zwischen Ländern stehen, sind vielleicht auch für Grenzüberschreitungen der anderen Art anfälliger.“ *Hans Lody*

Garnisonkirche: Arbeit beginnt

Am 4. Dezember begannen die Vorbereitungsarbeiten für den Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche. Ein DDR-Plattenbau steht im Wege und wird abgerissen. Zur „Abrissparty“ kamen Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD), der ehemalige brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) und der evangelische Altbischof Wolfgang Huber. Die eigentlichen Wiederaufbauarbeiten sollen 2012 beginnen. An zentraler Stelle soll das „Nagelkreuz von Coventry“ vom „Bekenntnis der eigenen Schuld“ künden. Die „Stiftung Preußisches Kulturerbe“ (SPKE), die selbst 6,3 Millionen Euro Spenden für einen in Mission und Form am Original orientierten Wiederaufbau gesammelt hat, kritisiert das Konzept des Baus. Er sei ideologisch aufgeladen mit einem Bußkult, welcher der christlichen Lehre widerspreche. Die Stiftung will ihre Spenden zurückhalten für den Wiederaufbau der Kirche als „Denkmal und Symbol des christlichen Preußen“. *H.L./H.H.*

Zeitzeugen



Enja Riegel – Als „Superdirektorin" tritt sie bei Anne Will auf und schreibt Bücher. Nach dem Besuch der Helene-Lange-Schule wurde die 1940 Geborene Lehrerin. Als Direktorin ihrer alten Lehranstalt konnte sie mit viel Wohlwollen der damals linken Landespolitik ihr reformpädagogisches Konzept umsetzen. Der Missbrauchsskandal überschattet nun ihr Lebenswerk. Die Jury des angesehenen Deutschen Schulpreises musste sie bereits verlassen.

Hajo Weber – An der Helene-Lange-Schule hatte der vor zwei Jahren verstorbene Weber nach seinem Studium an der Kunsthochschule Kassel seit 1977 als Kunstlehrer gearbeitet. Bei seinen Schülern war der passionierte Fotograf beliebt. Genau das nutzte er schamlos aus, wie neue Funde im Wiesbadener Stadtarchiv erschreckend belegen.



Gerold Becker – Zusammen mit dem fast vergessenen Professor Helmut Kentler gilt Gerold Ummo Becker als Schlüsselfigur der deutschen Pädophilenbewegung. 1969 kam er an die Odenwaldschule, die er von 1972 bis 1985 leitete und nach Darstellung von Kritikern in eine Art Knaben-Harem umwandelte. Die Zahl der Missbrauchsakte dort geht in die Tausende, nur Verjährung rettete den im Juli 2010 verstorbenen Becker vor der Strafjustiz.

Alice Schwarzer – Man muss die 1942 geborene Feministin nicht mögen, um für ihre Haltung in Sachen Kindesmissbrauch Respekt zu haben. Schwarzer legte sich mit den Befürwortern der Freigabe der Pädosexualität bereits zu einem Zeitpunkt an, als selbst die evangelische Kirche zu diesem himmelschreienden Unrecht schwieg, weil die Vorstellungen der Pädophilenbewegung auf die Jugendarbeit der evangelischen Kirche Einfluss gewonnen hatten.



Andreas Späth – Der christlich-konservative Publizist und Religionslehrer gilt als einer der besten Kenner der deutschen Pädophilenbewegung. Diese sei integraler Bestandteil der linken 68er-Bewegung gewesen: „Hinter der reformfreudig-aufklärerischen Fassade verbargen sich mitunter Strukturen, die an organisierte Kriminalität erinnern", zeigt er in seiner neuen Dokumentation „Die missbrauchte Republik – Aufklärung über die Aufklärer" auf.

Linke Pädagogik in Trümmern

Noch ein Fall von Kindesmissbrauch und Vertuschung – Verbindungen in die Politik

Die sogenannte Reformpädagogik ist erneut in Verruf geraten. Im Stadtarchiv von Wiesbaden sind im Nachlass eines ehemaligen Lehrers einer bekannten Reformschule Tausende kinderpornographische Aufnahmen gefunden worden. Die damalige Schulleiterin Enja Riegel hat den Kunsterzieher selbst dann noch geschützt, als vier handfeste Missbrauchsfälle bekannt wurden – und sich inzwischen tief in Widersprüche verwickelt.

Ermittlungsverfahren gegen Verstorbene sind eine Seltenheit. Doch zu Wochenbeginn hat die Staatsanwaltschaft Wiesbaden zu eben diesem ungewöhnlichen Mittel gegriffen und gegen den vor zwei Jahren verstorbenen Fotografen und Kunstlehrer Hajo Weber ein solches Verfahren eingeleitet. Das liege daran, so Oberstaatsanwalt Hartmut Ferse, dass geklärt werden müsse, ob sich im Zusammenhang mit den bekannten Fällen auch andere Personen strafbar gemacht haben. Namen nannte Ferse nicht, aber es kursieren (teils wechselseitige) Vorwürfe an Mitarbeiter des Archivs, an Journalisten, die den Vorgang öffentlich gemacht haben, und gegen die frühere Schulleiterin der Helene-Lange-Schule.

Das Fotografieren nackter Kinder ist an sich nicht illegal, doch wenn Lehrer ihre eigenen Schüler so ablichten, ist es das auf jeden Fall. Im Falle Webers wurden zudem bereits 1989 vier „harte" Missbrauchsfälle bekannt. Die Sache ist insofern ein Politikum, weil Presseberichte erkennen lassen, dass die Schulleiterin der Jahre 1984 bis 2003, Enja Riegel, darauf hinwirkte und auch durchsetzte, dass die Sache damals ohne Einschaltung der Staatsanwaltschaft „geregelt" wurde.

Schulleiterin war als Kultusministerin der SPD im Gespräch

Riegel ist ein großer Name in der Reformpädagogik. Jahrelang gefeiert von linksliberalen Medien, war sie zeitweilig sogar als Kultusministerin einer SPD-Landesregierung in Hessen im Gespräch. Mit dem verstorbenen Gerold Becker, dem Schulleiter der berüchtigten Odenwaldschule, verband sie eine langjährige Freundschaft.

Im Frühjahr dieses Jahres versuchte Riegel im Falle Weber eine Flucht nach vorn, obwohl der pornographische Nachlass noch nicht bekannt war. Angeblich noch am Tage des Bekanntwerdens der eigentlichen Übergriffe Webers im Jahre 1989 habe sie diesen vom Dienst suspendiert, am selben Nachmittag eine Lehrerversammlung und – angeblich ebenfalls noch am selben Abend – eine Elternversammlung durchgeführt, um über Konsequenzen zu beraten. „Wir haben uns vorbildlich verhalten", lobte Rieger sich im März dieses Jahres, auf dem Höhepunkt der Enthülllungen über Kindesmissbrauch, selbst.

Webers Opfer sehen das ganz anders. Einer der Missbrauchten gab Riegel in einem Offenen Brief scharf Kontra. „Es geht Ihnen lediglich darum, Schaden von Ihrer Person abzuwenden", wies der 1989 als Schüler der 7. Klasse missbrauchte Mathias Fuchs auf evidente Widersprüche in Riegels Aussagen hin. Einerseits rühme sie sich, Weber rasch von der Schule verwiesen zu haben, andererseits erkläre sie dann doch, es sei ein „Fehler" gewesen, ihn schon bald wieder dorthin zurückkehren und sogar an einer Klassenfahrt teilnehmen zu lassen.

Nicht einmal die – ohnehin unzureichende – Konsequenz, Weber von der Schule zu entfernen, hat Riegel nach dieser Darstellung freiwillig gezogen. Seine Eltern hätten damals nur unter der Bedingung, Weber dürfe nicht weiter unterrichten, von einer Strafanzeige abgesehen, erinnert Fuchs. „Obwohl Sie seinerzeit dieser Bedingung zustimmten, bedurfte es eines schriftlichen Widerspruchs ... seitens der Elternschaft, bevor Herr W. endgültig die Schule verließ", ist im Offenem Brief in der „Wiesbadener Zeitung" vom 21. März dieses Jahres nachzulesen. Es sind indessen bei weitem nicht alle Unstimmigkeiten in den Äußerungen der Reformpädagogin (siehe unten und rechts). *J. H./K. B.*



Sie können nichts dafür: Schülerinnen und Schüler der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden

Bild: ap



Freunde bei der Presse und ein altes Privileg

Der Skandal um vertuschten Missbrauch und tausendfache Kinderpornographie trifft eine Schule mit bislang bester Presse. Die Helene-Lange-Schule führt eine stolze Galerie schöner Titel: Unesco-Projektschule, Club-of-Rome-Schule, Trägerin des Deutschen Schulpreises 2007 – sogar zur „Pisa-Siegerin 2002" hat die Presseagentur dpa diese integrierte Gesamtschule kurzerhand erklärt und unzählige Zeitungen gaben es wieder. Dass das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, in dessen Daten dieser „Erfolg" hineininterpretiert wurde, der dpa umgehend und deutlich widersprach, drang nicht mehr wirklich durch.

Der – tatsächlich sehr begrenzte – Erfolg der HLS bei PISA hat übrigens eine Ursache, die aufhorchen lässt. Noch aus SPD-Regierungszeiten stammt das Privileg dieser Institution, Schulanfänger vier Wochen vor den Nachbarschulen aufnehmen zu dürfen. Kritiker wie der Bildungsforscher Frank-Olaf Radtke bemängeln, dass die Schulleitung sich so gleichsam „die Rosinen herauspickt". 55 Prozent der Schüler hätten eine Gymnasialempfehlung, weitere 30 Prozent eine Realschulempfehlung – an anderen Gesamtschulen sieht das völlig anders aus. Auch der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund ist bisher minimal und soll erst jetzt auf vergleichsweise lächerliche zehn Prozent erhöht werden. Beides verzerrt nicht nur den Vergleich mit anderen Schulen. Linke Bildungspolitiker werden nicht müde, zu behaupten, die soziale und nationale Herkunft spiele bei guter Förderung für den Schulerfolg keine große Rolle. Das der HLS gewährte Privileg bei der Schülerauswahl legt nahe, dass sie diese Behauptung selbst nicht glauben. *K. B.*

Was linke Pädagogen selbst nicht glauben

Misslungene Verteidigung

Hat sich eine einst gefeierte linke Pädagogin schwer verplappert?

Im Licht der neuesten Enthüllungen der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" über die Reformpädagogik bekommen einige öffentliche Aussagen Enja Riegels vom März dieses Jahres einen neuen, irritierenden Klang. Sie selbst sei in den 50er Jahren Opfer eines sexuellen Übegriffs geworden – ein Lateinlehrer habe ihr unter den Rock gegriffen. Der allerdings habe auch „ein Verhältnis mit einer anderen Schülerin gehabt" und überhaupt: „Solche Vorgänge waren damals gang und gäbe", behauptete Riegel und berichtete von Lehrern, die Schülerinnen auf Klassenfahrten verführt hätten, und darüber, dass Schülerinnen, die ein Verhältnis zu einem Lehrer hatten, „beneidet worden" seien. Damals habe es eben „andere Maßstäbe" gegeben. „Heute wissen wir, dass das Unrecht ist."

Ob sich diese Einlassungen wirklich alle auf Riegels eigene Schulzeit in den 50er Jahren beziehen? Zeitzeugen würden das wohl bezweifeln, zumal die „68er", zu deren Speerspitze die Reformpädagogen gehörten, erklärtermaßen die damalige „Prüderie" überwinden wollten. Und dann noch das: „So erzählt sie [= Enja Riegel]... von einem ehemaligen Kollegen, der ein Verhältnis mit einer 15-Jährigen gehabt habe. ‚Angezeigt wurde damals niemand.'" Diese beiden Sätze sind bei genauerer Lektüre schockierend, denn Lehrer als „Kollegen" hatte die gefeierte Reformpädagogin in den 50er Jahren sicher noch nicht. Womöglich ist also auch diese unterbliebene Anzeige schlicht ein eigenes Versäumnis Riegels.

Bei genauer Lektüre schockierend

Erstaunlich ist auch, was aus dem in der linken Szene engagierten Fotografen und Kunsterzieher Hajo Weber wurde, der in den 70er und 80er Jahren die Proteste gegen die Atomkraft und die Startbahn West intensiv fotografiert hatte. Er war nach seinem Fehltritt für das hessische Institut für Lehrerfortbildung tätig, was alles andere als eine Degradierung war und kaum ohne Empfehlung seiner bisherigen Schulleiterin vorstellbar ist. An diesem Institut arbeitete auch Gerold Becker, die Schlüsselfigur des Pädosex-Skandals an der Odenwaldschule.

Der Kontakt zur Odenwaldschule erwies sich als dauerhaft. Gemeinsam mit Becker jedenfalls publizierten Riegel und Weber 1997 ein Buch über die Helene-Lange-Schule, und Weber durfte sich als Fotograf für eine Ausstellung über beide Schulen betätigen. Ehemalige Odenwald-Schüler werfen Riegel zudem vor, sich nicht von Becker distanziert zu haben, als 1999 die massiven Missbrauchsvorwürfe gegen diesen öffentlich wurden. Stattdessen nannte sie ihn noch 2004 in ihrem vielbeachteten Buch über Schulreformen „meinen Freund", dem sie herzlich danke. Ihrem verstorbenen Kollegen Weber dankte sie ebenfalls, in einem Nachruf, für seinen „unermüdlichen Einsatz für eine gute Schule in einer besseren Welt".

Zu dieser besseren Welt trägt vermutlich kaum etwas weniger bei als eine linksgestrickte Reformpädagogik. Aber funktionierende Netzwerke in Medien. Politik und Bildungsinstitutionen haben es den betroffenen Institutionen bis in die allerjüngste Zeit ermöglicht, öffentlich dennoch gut dazustehen (siehe Kasten). *K.B.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3216**

Die schiefe Norm von Pisa

Wie die OECD für ihr sozialistisches Menschenbild wirbt – »Zivilreligion der Gleichmacherei«

Alle (drei) Jahre wieder kommen die Pisa-Statistiker der OECD und präsentieren der Welt zur Adventszeit die Ergebnisse ihres Bildungstests. Die Resultate der 15-jährigen Schüler sind zumindest „nicht verheerend", wie Bildungspolitiker erleichtert feststellten.

Im Jahr 2009 kamen rund 470 000 Schüler aus 65 Ländern auf den Pisa-Prüfstand. Erstmals lagen dabei deutsche Schüler in Mathematik und den Naturwissenschaften über dem OECD-Durchschnitt. Bei der Schlüsselkompetenz des Lesens haperte es allerdings noch bei vielen Schülern, denn sie erreichten nur durchschnittliche 497 Punkte. Und erneut bewies das Gymnasium hier seine Qualität. Die 0,6 Prozent der „Exzellenz-Leser" erlernten ihr Können ausschließlich in dieser Schulform.

Erfreut registrierten Lehrer und Politiker, dass die Zahl der „Risiko-Schüler" hierzulande von 22,6 auf 18,5 Prozent zurückgegangen ist. Doch bedeutet dies in der Realität, dass immer noch knapp ein Fünftel aller deutschen Schüler nur auf Grundschulniveau lesen und rechnen kann. In der Wirtschaft gelten solche Kandidaten als nicht „ausbildungsreif" und können nur für einfachste Arbeiten eingesetzt werden.

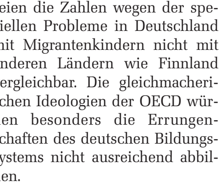
Ein Blick in die Nachbarländer Schweiz und Frankreich offenbart beim Pisa-Schultest interessante Unterschiede. Auch Schweizer Bildungspolitiker reagierten wie hierzulande erleichtert auf leicht verbesserte Ergebnisse. Doch die eidgenössischen Schüler lagen bei den Leseleistungen nur acht Punkte über dem OECD-Durchschnitt. „Super" konnten sich dagegen die alpenländischen Schüler nur in Mathematik fühlen, denn hier erreichten sie Platz 3 (hinter den Finnen und Koreanern).

Keinen Grund zum Jubeln haben dagegen französische Schüler, Lehrer und Bildungspolitiker. Die „Grande Nation" erlitt mitten im Advent Pisa-Schockwellen. Das, was deutsche Gastschüler oder Austauschstudenten immer wieder aus dem Nachbarland berichtet hatten, zeigte nun auch der OECD-Test. Das Niveau des französischen Baccalaureat ist erschreckend niedrig und mit einem deutschen Abitur auf einem Gymnasium kaum vergleichbar. So verwundert es nicht, dass die französischen Pisa-Statistiker in allen drei Disziplinen schlechtere Ergebnisse als vor drei Jahren meldeten. Zudem habe sich der Graben zwischen guten und schlechten Schülern noch vertieft. Auffallend ist, dass die Jungs schlechter lernten als die Mädchen. Ähnlich wie in Deutschland hinkten sie bei den Leseleistungen ein ganzes Schuljahr hinterher. Einen ähnlichen Rückstand von ein bis zwei Jahren haben Schüler mit Migrationshintergrund, die in den französischen „Banlieus" (Vorstädte) für besondere Probleme sorgten. Ebenso wie in Deutschland können auch in Frankreich rund ein Fünftel der 15-jährigen Schüler nicht ausreichend lesen und rechnen. Sie werden daher keine guten Arbeitsplätze finden können.

Jeder interpretiert die Pisa-Befunde wie es ihm passt

Bei der Interpretation der Pisa-Ergebnisse scheiden sich die Geister. Während linksorientierte Politiker und Bildungswissenschaftler das niedrige Einkommens- und Bildungsniveau der Eltern als Ursache der Bildungsmisere angeben, bemängeln Wissenschaftler, dass die OECD-Schüler-Tests keinen akademischen Ansprüchen genügen würden. Daher sei der Name „Pisa-Studie", der in vielen Medien verwendet wird, irreführend.

Seit Jahren kritisiert Josef Kraus, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, den „Pisa-Schwindel". Er spricht von der „Zivilreligion der Gleichmacherei" bei der OECD, die diesen Test organisiert. Ihr warf Kraus in der „Saarbrücker Zeitung" vor, „nach wie vor wenig Ahnung" vom deutschen Schulwesen zu haben. So verkenne sie die Vielfalt der schulischen Möglichkeiten in Deutschland, darunter die duale Berufsausbildung und der zweite Bildungsweg. Die wirklichen Grundlagen und Bedingungen des deutschen Bildungssystems würden nicht oder nur unzureichend erfasst. Weder Allgemeinbildung noch ethisches oder ästhetisches Grundwissen, noch Fächer wie Geographie würden gemessen. Beim Leseverständnis seien die Zahlen wegen der speziellen Probleme in Deutschland mit Migrantenkindern nicht mit anderen Ländern wie Finnland vergleichbar. Die gleichmacherischen Ideologien der OECD würden besonders die Errungenschaften des deutschen Bildungssystems nicht ausreichend abbilden.



Die Differenzierung des dreigliedrigen Schulsystems erscheint daher aus dem Blickwinkel der OECD als negativ. Bildung im Humboldt'schen Sinn, das besonders zu umfassendem Wissen, analytischem Denken und Urteilen befähigen soll, fragen die Pisa-Tester erst gar nicht ab. Dabei legte dieses Bildungssystem den Grundstein für eine hohe bis sehr hohe Anzahl von deutschen Nobelpreisträgern und Patenten.

Die wohl hilfreichste Erkenntnis des Pisa-Tests kam aus Österreich. Dort fand man heraus, dass Fernsehen die Kinder blöd macht. Jene Kinder, in deren Heim kein einziger Fernsehapparat steht, schnitten am besten ab. Bei den schlechtesten Test-Kindern standen zuhause sogar drei Fernseher herum. Bildungsorientierte Eltern haben dagegen zwei Autos und sehr viele Bücher daheim.

Und was noch viel peinlicher für alle linken Gesellschaftsveränderer ist: Die Mütter der erfolgreichsten Kinder arbeiten nur in Teilzeit, obwohl die Kinder schon 15 Jahre alt sind. Viel schöner kann man gar nicht für das konservativ-bürgerliche Familienbild werben. Lieber Bücher und eine zumindest halbtags verfügbare Mutter statt eine Flimmerkiste, könnte man als Lehre von Pisa 09 zusammenfassen.

Hinrich E. Bues



Die Glotze schadet: Je mehr Fernseher ein Haushalt aufweist, umso geringer der Schulerfolg. Bild: vario images

MELDUNGEN



Auch Gröhe für Gedenktag

Berlin – Ein altes Anliegen der Vertriebenen hat einen neuen Unterstützer. Auch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sprach sich nun für den 5. August als „Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung" aus. Gröhe tat dies am 3. Dezember auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU in Berlin. Gröhe hob generell die Verbundenheit der CDU mit den Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern hervor. BdV-Präsidentin Erika Steinbach begrüßte die Unterstützung und erinnerte daran, dass sich der Deutsche Bundesrat bereits im Juli 2003 mit seiner damaligen schwarz-gelben Mehrheit für den 5. August als Nationalen Gedenktag für die Opfer der Vertreibung ausgesprochen hatte. *PAZ*

Bedenken gegen »Super-Polizei«

Berlin – Die von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) angekündigte Fusion von Bundespolizei (bis 2005 Bundesgrenzschutz) und Bundeskriminalamt findet nicht nur Zustimmung. Neben Einwänden von links vor einer möglichen „Super-Bundespolizei" stehen Sorgen vor einer Aushöhlung von Länderrechten. Bisher sind die Länder für die Polizei zuständig und das soll nach deren Willen auch so bleiben, unbeschadet der notwendigen engen Zusammenarbeit, insbesondere bei der Terrorabwehr. Während deswegen Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) „verfassungsrechtliche Bedenken" äußerte, erklärte de Maizière, ihm gehe es um „Synergien" bei der Beschaffung und Flexibilität beim Personaleinsatz. Kritiker äußern indes eher Sorgen vor künftigen Begehrlichkeiten einer durch Fusion mit dem BKA verstärkten Bundespolizei. *K.B.*

Wackeliger »Tisch«

120 Millionen Euro für Heimkinder

Er steht auf drei Beinen, dennoch wackelt er: Der „Runde Tisch Heimerziehung", dessen vorläufige Ergebnisse die grüne ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer am Montag dieser Woche bekanntgab. Mit insgesamt 120 Millionen Euro wollen Bund, Länder und Kirchen Heimkinder für in den 50er, 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erlitttenes Unrecht entschädigen.

Aber: Wer wie viel in diesen Topf einzahlen soll, wird in dem nunmehr erzielten Kompromiss eher angedeutet. Lediglich die Kirchen haben sich uneingeschränkt zu ihrer Mitschuld bekannt und ihren finanziellen Beitrag unter – fast – keinen Vorbehalt gestellt. Zahlen wollen sie, allerdings nur in einer „Verantwortungsgemeinschaft". Bund und Länder hingegen halten sich einige Hintertürchen offen. Nach welchem Schlüssel sie sich zur Kasse bitten lassen, bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten. Außerdem müssen der Bundestag und alle 16 Länderparlamente zustimmen, was keineswegs sicher ist.

Reichlich Ärger gab und gibt es auch auf Seiten der Opfer. Diejenigen, die sich an den zweijährigen Verhandlungen beteiligt hatten, zeigten sich von der Höhe der Entschädigungen nicht begeistert, räumten aber ein, der „Spatz in der Hand" sei ja mehr wert als die „Taube auf dem Dach".

Andere, organisiert im „Verein Ehemaliger Heimkinder" (VEH) hatten sich erst gar nicht an den „Runden Tisch" gesetzt und träumten stattdessen von einem mit 25 Milliarden Euro ausgestatteten „Tischlein-deck-dich", an dem sich jeder ohne Einzelfallprüfung bedienen kann. Sie beschimpfen die Opfer, die nun zähneknirschend den Kompromiss akzeptieren, als „Verräter" und sprechen von „Bevollmerung".

Viele Opfer lehnen den Kompromiss ab

Antje Vollmer selbst nannte ihre Arbeit am „Runden Tisch" die „härteste meines Lebens". In der fraglichen Zeit lebten, auch infolge von Krieg und Vertreibung, rund 800 000 Kinder in bundesdeutschen Heimen. 2000 von ihnen haben Entschädigungsansprüche wegen Zwangsarbeit, Prügelstrafe, Psychoterror oder sexueller Übergriffe angemeldet. Die Dunkelziffer für solche – inzwischen verjährte – Taten wird auf bis zu 40 000 geschätzt. *H.J.M.*

Selbstbehauptung der Demokratie

Die »Jerusalemer Erklärung« von »Pro Deutschland« und weiteren »Nonkonformisten«

Die Pro-Deutschland-Bewegung gehört zu denjenigen Kräften, die den weiten von der CDU freigemachten Raum der demokratischen Rechten auszufüllen versuchen. Die heftigen Anfeindungen gegen diese neue Kraft und ihre regionalen und lokalen Gliederungen – etwa in Köln und NRW – haben Schlagzeilen gemacht. Nun hat diese Bewegung zusammen mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), dem Vlaams Belang, den Schwedendemokraten und weiteren europäischen „Nonkonformisten" im Anschluss an politische Gespräche in Jerusalem eine Grundsatzerklärung veröffentlicht, in der diese Kräfte ihren politischen Standort bestimmen. Die *PAZ* dokumentiert diese Erklärung fast ungekürzt:

„Die Grundlage unserer politischen Tätigkeit ist unser unverbrüchliches Bekenntnis zu Demokratie und freiheitlichem Rechtsstaat, zu den Menschenrechten, zum Völkerrecht und zum Wertekanon der westlichen Zivilisation, der auf dem geistigen Erbe der griechisch-römischen Antike, der jüdisch-christlichen kulturellen Werte, des Humanismus und der Aufklärung basiert.

Nachdem die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts überwunden wurden, sieht sich die Menschheit gegenwärtig einer neuen weltweiten totalitären Bedrohung ausgesetzt: dem fundamentalistischen Islam. Wir betrachten uns als Teil des weltweiten Kampfes der Verteidiger von Demokratie und Menschenrechten gegenüber allen totalitären Systemen und deren Helfershelfern. Damit stehen wir an vorderster Front des Kampfes für die westlich-demokratische Wertegemeinschaft.

Dabei lehnen wir jenen kulturellen Relativismus ab, der unter dem Vorwand der Achtung fremder Kulturen und Traditionen toleriert, dass Menschen, insbesondere nicht-islamische Minderheiten, in Teilen des muslimischen Kulturkreises in ihrem Recht auf Freiheit, Gleichheit und Mitbestimmung eingeschränkt werden. Dies gilt für alle Teile der Welt, selbstverständlich in erster Linie auch für Europa, da die Menschenrechte universell und geografisch unteilbar sind.

Der Schluss: Ein Bekenntnis zum Recht auf die Heimat

Der polemische Vorwurf, wir würden mit dieser Haltung Islamophobie fördern, kann uns nicht dazu bewegen, auf den kritischen Geist der Aufklärung zu verzichten. Ein solcher Verzicht wäre verhängnisvoll. Dadurch würde die Kritik am Islam als ein totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt, mit der Stigmatisierung der moderaten Muslime verwechselt werden.

Insbesondere wenden wir uns aber gegen den Missbrauch der Demokratie, wie er selbst von angeblich gemäßigten Islamisten proklamiert wird. ‚Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.'

Wir lehnen jedweden Fundamentalismus, gleich in welcher Religion oder in welcher politischen Bewegung entschieden ab. Wir bekennen uns zu den humanistischen Idealen der Aufklärung, einer absolut notwendigen historischen Entwicklungsphase, die der Islam bisher noch nicht durchlaufen hat. Terror ist, egal von wem und aus welchem Zweck er ausgeübt wird, absolut abzulehnen.

Israel als einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist uns wichtiger Ansprechpartner in dieser bewegten Weltregion. Eine Region, die sich in den letzten Jahrzehnten immer wieder mit Extremismus und Terror auseinander setzen musste. Ohne jede Einschränkung bekennen wir uns zum Existenzrecht des Staates Israel innerhalb sicherer und völkerrechtlich anerkannter Grenzen. Ebenso ist das Recht Israels auf Selbstverteidigung gegenüber allen Aggressionen, insbesondere gegenüber islamischem Terror, zu akzeptieren. Wir glauben, dass dies bei gleichzeitigem Respekt gegenüber den Menschenrechten und auch den politischen Rechten der arabischen Bevölkerung möglich sein muss.

Die hier aufgeführten Grundlagen unseres politischen Wirkens sind für uns unveräußerlich und unverhandelbar. Totalitäres Gedankengut, gleich ob von extrem linker oder extrem rechter Seite lehnen wir in jeder Form ab. Grundsätzlich respektieren wir jedes Volk, jede Kultur und jede Religion. Wir wenden uns jedoch klar gegen jede Form von Gewalt, gegen Terrorismus und Totalitarismus und gegen den politischen Missbrauch von Religionen. Das Recht auf Heimat ist ein Menschenrecht, welches für alle Völker zu wahren und umzusetzen ist." *PAZ*

MELDUNGEN

Zum Tag der Menschenrechte

Wien/New York – Der 10. Dezember ist der Tag der Menschenrechte, weswegen an diesem Datum auch der Friedensnobelpreis verliehen wird. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) fordert unter Hinweis auf drei sudetendeutsche Petitionen von 1975, 1976 und 1993 an UNO-Gremien die Rehabilitation der Opfer von Vertreibung, Zwangsarbeit und Völkermord in den Jahren 1945/46 durch die Benesch-Dekrete der damaligen CSR sowie die Wiedergutmachung der entschädigungslosen Enteignung. Dies sei möglich, denn ein großer Teil des konfiszierten Vermögens sei noch im Staatsbesitz der Tschechischen Republik. *PAZ*

Eine Fußnote zu Brandts Kniefall

Warschau – Willy Brandts Kniefall in Warschau am 7. Dezember 1970 war seinerzeit auch in der SPD nicht ganz unumstritten. Vor allem die Sorge, dass zu viel Entgegenkommen das Regime stärken, die demokratische Opposition aber entmutigen könnte, spielte dabei eine Rolle. Heute ist das anders, es dominiert völlig die Interpretation, dass Brandt den Kommunisten damals den „imperialistischen“ Westen als Schreckgespenst und Feindbild genommen und damit der Opposition wesentlich geholfen habe. Einer, der es wissen muss, hat dem nun widersprochen. Polens Präsident Bronislaw Komorowski, einst als Regimegegner im Gefängnis, erklärte nun laut „FAZ“ zum Jahrestag des „wunderschönen“ Kniefalls, echte Versöhnung sei nicht möglich „wenn nur die politischen Führungen“ sich versöhnten. Als Dissident wäre er damals dankbar gewesen, wenn jemand dem Totalitarimus gegenüber klar benannt hätte „wo der Feind steht und wo der Freund“. *K.B.*

Die Ukraine im Rückwärtsgang

Kiew: In den Kabinettssitzungen wird wieder Russisch gesprochen – EU-Beitritt rückt in weite Ferne

Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch macht ein Wahlversprechen wahr und bindet sein Land wieder enger an Russland. Doch dabei imitiert er auch die Führungsmethoden Putins. Die Folge könnte eine Zweiteilung der Ukraine sein.

Viktor Janukowitsch wurde am 25. Februar als vierter Präsident der Ukraine vereidigt. Unter die von seinem Amtsvorgänger Viktor Juschtschenko eingeleitete Öffnung seines Landes nach Westen setzte er einen Schlussstrich. Anfang März gewann Janukowitschs „Partei der Regionen“ auch die Parlamentswahl und Mikola Asarow, ein gebürtiger Russe, der seit 1984 in der Ukraine lebt, löste Julia Timoschenko als Regierungschef ab.

Asarow steht an der Spitze eines Kabinetts ohne Frauen, seiner Meinung nach haben Frauen, damit meint er vor allem die Oppositionsführerin Julia Timoschenko, in der Politik nichts zu suchen. Unter Präsident Janukowitsch und Regierungschef Asarow bewegt sich die Ukraine verfassungsmäßig in jene Richtung, die Wladimir Putin ab dem Jahr 1999 in Russland und Alexander Lukaschenko bereits 1994 in Weißrussland vorgegeben hatten: Behinderung und Marginalisierung der Opposition, Druck insbesondere auf die elektronischen Medien, Einsatz der Sicherheitsorgane für innenpolitische Zwecke, das heißt zur Bekämpfung der Opposition, Förderung der wirtschaftlichen Interessen von Oligarchen im Umfeld des Machtapparats. Im September erreichte Janukowitsch ein erstes Zwischenziel, als das Verfassungsgericht eine im Dezember 2004 im Gefolge der „Orangen Revolution“ durchgeführte Verfassungsreform verwarf, welche die Kompetenzen des Präsidenten eingeschränkt hatte.

Unter Janukowitsch haben sich auch die Akzente in der Sprach- und Geschichtspolitik verschoben. Die westlichen, ukrainischsprachigen Regionen des Landes sind in der Regierung kaum vertreten, die stark russifizierte Ostukraine dominiert klar – viele dort wollen neben Ukrainisch auch Russisch wieder zur Staatssprache machen. Am Kabinettstisch in Kiew wird bereits wieder Russisch gesprochen, denn Ministerpräsident Asarow, Innenminister Anatolij Mohiljow und zahlreiche andere hohe Amtsträger beherrschen die ukrainische Sprache kaum. Die Regierungskoalition verfügt zwar noch nicht über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, um die Verfassung zu ändern und damit Russisch auch offiziell zur zweiten Staatssprache zu machen, doch tut sie alles, um die russische Sprache zu stärken – und das Ukrainische zurückzudrängen.

In der Geschichtspolitik wird die Bedeutung des Holodomor – das Wortpaar „holod“ (Hunger) und „mor“ (Seuche) bezeichnet den Hungertod von etwa zehn Millionen Ukrainern in den Jahren 1932/33 auf dem Höhepunkt der Stalinschen Zwangskollektivierungen –, die unter Juschtschenko als „Genozid am ukrainischen Volk“ galt, nun erheblich relativiert: Der Holodomor gilt nur noch als eine jener Hungersnöte, wie sie zu Beginn der 1930er Jahre auch in anderen Teilen der Sowjetunion vorgekommen sind.

Neue Schulbücher in Geschichte werden schon umgeschrieben

In der Außenpolitik ist die neue Anbindung an Russland, wie sie bereits zum Wahlprogramm von Viktor Janukowitsch gehörte, am deutlichsten. Bereits am 21. April wurde der Vertrag über die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis mindestens zum Jahr 2042 geschlossen. Im Gegenzug erhielt die Ukraine lediglich einen „Rabatt“ auf den Preis für russisches Erdgas. Moskau gab nach der Ratifizierung des Vertrages sofort Pläne zur Modernisierung seiner Flotte bekannt, verfolgt jedoch weiterhin seine „South Stream“-Pläne zum Bau einer die Ukraine umgehenden Südpipeline.

Janukowitsch ließ kurz nach seinem Amtsantritt bereits die Pläne eines Nato-Beitritts der Ukraine fallen. Zwar bekennt er sich weiterhin zu einem EU-Beitritt seines Landes, doch erscheint das nur noch als Lippenbekenntnis.

In Russland haben Janukowitschs Positionsänderungen breite Zustimmung gefunden. Präsident Medwedew wünscht sich einen Beitritt der Ukraine zur „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“, eines Militärbündnisses früherer Sowjetrepubliken unter russischer Führung. Bisher lehnt Janukowitsch dies ab, weil er im Wahlkampf die Blockfreiheit als Ziel für die Ukraine gefordert hatte.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten Moskaus in der Ukraine haben sich unter Janukowitsch weiter intensiviert. So baut Russland das veraltete ukrainische Netz sowjetischer Atomkraftwerke aus. Der Kreml begrüßt jeden Schritt zur Zurückdrängung dessen, was man dort für „Erscheinungen des ukrainischen Nationalismus“ hält. Gerade die Nationalisten gingen jedoch aus den Kommunalwahlen am 31. Oktober als die eigentlichen Sieger hervor.

Zwar konnte die „Partei der Regionen“ ihre Dominanz in weiten Teilen des Landes deutlich ausbauen, doch der erhoffte Erdrutschsieg blieb aus. Internationale Beobachter beurteilten den Wahlvorgang als nicht den demokratischen Standards entsprechend. Vor allem die kurzfristige Änderung des Wahlgesetzes und die Nutzung administrativer Ressourcen durch die Partei der Regionen im Vorfeld beeinflussten den Wahlverlauf entscheidend. Internationale Beobachter übten scharfe Kritik am Wahlprozess und stellten zahlreiche Verschlechterungen seit den Präsidentschaftswahlen fest.

Die größte Oppositionspartei, die Vereinigung „Vaterland“ von Oppositionsführerin Julia Timoschenko, blieb dessen ungeachtet zweitgrößte Kraft, hat jedoch große Verluste erlitten. Von den Verlusten für „Vaterland“, die in einigen Regionen der Westukraine von der Wahl ausgeschlossen war, konnte vor allem die rechtsradikale Partei „Freiheit“ profitieren. Sie kam landesweit auf 5,1 Prozent der Stimmen, wurde jedoch im westukrainischen Galizien und im Stadtrat von Lemberg stärkste Kraft. Zurzeit sehen Beobachter im Aufstieg des antirussischen Nationalismus in Galizien noch keine Gefahr einer Abspaltung. Doch falls die Galizier eine Bedrohung der ukrainischen Sprache und der Unabhängigkeit des Landes spüren, dann könnte nach Meinung von Experten die radikale Stimmung steigen und damit die Gefahr des Separatismus. *Bodo Bost*



Sewastopol auf der Krim: Die Präsenz russischer Marinesoldaten ist bis 2042 gesichert. Bild: imago

Russland perplex

Misstrauen wegen Nato-Verteidigungsplänen

Vor einen Monat einigten sich die Natoländer und Russland beim Nato-Gipfel in Lissabon auf eine Zusammenarbeit beim geplanten Raketenabwehrschirm im Osten Europas. Beide Seiten sahen in der Vereinbarung ein „historisches Ereignis“, obwohl Dmitrij Medwedew betonte, Russland sei nur dann zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr bereit, wenn es gleichberechtigt sei und das militärische Gleichgewicht in Europa nicht verschoben würde. In seinem jährlichen Bericht zur Lage der Nation Ende November kündigte Medwedew den Bau neuer Angriffswaffen in den nächsten zehn Jahren an, falls der Aufbau eines einheitlichen europäischen Raketenschildes scheitern sollte.

Laut neuer Wikileaks-Enthüllungen fühlen sich die baltischen Länder von Russland immer noch bedroht. Nach Berichten von US-Diplomaten wolle die Nato deshalb einen bereits existierenden Verteidigungsplan für Polen auf die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zum Schutz gegen Russland ausweiten, zitierte die britische Zeitung „The Guardian“ das Internet-Portal. Vor allem die militärische Auseinandersetzung zwischen Russland und Georgien 2008 habe in den baltischen Staaten schmerzliche Erinnerungen hervorgerufen. In den Dokumenten heißt es, dass bereits im Januar 2011 Übungen mit den neuen Verteidigungssystemen in Polen und dem Baltikum stattfinden sollen.

Der Kreml reagierte auf diese Veröffentlichungen mit Skepsis, aber auch mit Misstrauen gegenüber dem „Doppelspiel der Nato“. Verteidigungsminister Sergej Serdjukow hofft, dass sich die Enthüllungen als „unwahr erweisen“ werden, weil andernfalls Russland gezwungen sei, „Gegenmaßnahmen zu ergreifen“. Dmitrij Rogosin, Russlands ständiger Vertreter bei der Nato, fordert nun eine Erklärung. Estlands Verteidigungsminister Jaak Aaviksoo beschwichtigte die Russen, indem er von Plänen „zur Abwehr von allgemeinen Gefahren“ sprach. Während Washington die verbesserten Beziehungen zu Russland wegen der Veröffentlichungen in Gefahr sieht, spöttelt ausgerechnet Russlands Premier Wladimir Putin über das Demokratieverständnis des Westens. In der Verhaftung des Wikileaks-Gründers Julian Assange sieht er einen Verstoß gegen die Meinungsfreiheit. *M. Rosenthal-Kappi*

Medwedew: »Neue Angriffswaffen«

Konflikt eines Einwanderungslandes

USA: Schulunterricht nur auf Englisch oder auch auf Spanisch, Russisch und Chinesisch?

Die moderne Völkerwanderung, Immigration genannt, hat in den Industriestaaten ein zunehmendes Schulproblem geschaffen. Wo früher ein exzellenter Unterricht für gute Ausbildung und damit eine aussichtsreiche Zukunft der Schüler sorgte, gibt es jetzt immer häufiger Verzögerungen durch die Vielzahl der Immigranten-Kinder, die die Landessprache nicht fließend beherrschen. Es ist ein zweischneidiges Problem. Auf dem Spiel steht nicht nur das Recht der einheimischen Kinder auf eine bestmögliche Erziehung, sondern das gleiche Recht der Schüler aus neu eingewanderten Familien, die ebenfalls die Zukunft ihrer Wahlheimat ausmachen.

Wie gehen die USA damit um, das Immigrationsland Nummer eins? In den 60er und 70er Jahren, den Jahren der Bürgerrechtsbewegung, gab es bereits Forderungen auf einen zweisprachigen Unterricht für Latino- und asiatische Schüler. 1968 wurden die Schulen des Landes im Gesetz über zweisprachige Bildung („Bilingual Education Act“) gesetzlich angehalten (nicht gezwungen), zweisprachigen Unterricht anzubieten. Doch das geschah nur zögernd. In einem prominenten Rechtsfall (Lau gegen Nichols) erklärte 1974 der Oberste Gerichtshof in Washington, dass „die Gleichbehandlung von Schülern nicht darin zu sehen“ sei, „sie mit den gleichen Schulen, Lehrern, Textbüchern und Lehrstoff zu versehen. Denn Schüler, die kein Englisch verstehen, sind effektiv ausgeschlossen von jeglicher bedeutsamen Ausbildung“. Zwei Jahre später beschloss der Staat Kalifornien offiziell ein zweisprachiges Unterrichtsprogramm an seinen Schulen. Fortan galt Kalifornien als Mus-terbeispiel für diese Methode, die sich überall in den USA durchsetzte – weitgehend für spanischsprachige Schüler. Dies auch für schwierige und in den USA seltenere Sprachen wie Russisch oder Chinesisch anzubieten, ist den Schulen überlassen. Je nach vorhandenen Lehrern. Viele dieser Kinder besuchen auch Privatschulen in ihrer Sprache.

„Bilingual Education“ bedeutet üblicherweise, dass ausländische Schüler in einer Klasse ihre eigenen Schulbücher haben und der Lehrer den Stoff in beiden Sprachen erklärt. Hausaufgaben und Klassenarbeiten können in der jeweiligen Sprache gemacht werden. Zusätzlicher Englisch-Unterricht befähigt die Zugewanderten, so schnell wie möglich in reine Englisch-Klassen zu wechseln. Zugleich lernen die einheimischen Schüler automatisch ebenfalls eine zweite Sprache.

Dies wurde so gehandhabt, bis 1998 konservative Kreise in Kalifornien ein Bürgerbegehren einbrachten, die sogenannte „Proposition 227“, wonach Unterricht an den staatlichen Schulen nur noch auf Englisch abgehalten werden dürfte, mit einjähriger Vorbereitung für anderssprachige Schüler. Diese wurde nach einem gewaltigen Werbefeldzug von 61 Prozent der Bevölkerung angenommen. Es war das Ende des zweisprachigen Unterrichtsmodells. Nach zwölf Jahren ist der erbitterte Streit darüber, was besser sei, noch nicht beendet. Nach Standard-Tests hat sich zwar die Sprach- und Lesefähigkeit der Immigranten-Schüler in reinen Englisch-Klassen verdoppelt. Nach anderen Untersuchungen hat sich aber die Kluft zwischen einheimischen und zugewanderten Schülern in Mathe und in den Naturwissenschaften vergrößert.

Der Streit um zweisprachige Schulen schwelt weiter

„Es funktioniert einfach nicht“, sagt Grace McField, Professorin für mehrsprachige und multikulturelle Erziehung. Ein Vorbereitungsjahr ist offensichtlich zu wenig für die meisten Schüler.

Ron Unz, Präsident der „English for Children“-Organisation, die die Proposition 227 mit lancierte, wischt das beiseite: „Das ganze zweisprachige System war verrückt. Jeder ist froh, dass es weg vom Fenster ist … Die müssen Englisch lernen, basta. Sonst werden sie es ganz schön schwer haben.“ Andere Fachleute sehen das Problem jedoch subtiler. Stephen Krashen, Professor an der University of Southern California, hält nichts von Standard-Tests, sondern schlägt eine offizielle Untersuchung vor, die eine Gruppe von Schülern in zweisprachigem Unterricht mit einer sprachlich und kulturell gleichgearteten reinen Englisch-Klasse über einige Zeit hinweg vergleicht. Und Joe Navarro, lange Lehrer in zweisprachigen Klassen und bis heute frustriert über die Abschaffung der Zweisprachigkeit, sieht besorgt auch einen anderen Aspekt: „Früher lernten die Kinder, beide Sprachen zu beherrschen. Jetzt werden sie in ausschließliches Englisch geworfen und damit oftmals auch ihren Familien entfremdet. Weil sie ihre Muttersprache verlernen. Plötzlich können sie sich nicht mehr mit ihrem Großvater unterhalten.“ *Liselotte Millauer*

Zuckerbrot und Peitsche vom Fiskus

Steuervereinfachung und härtere Strafen für Hinterzieher – Entlastung eher für die Verwaltung

Politiker der Bundesregierung loben sich heftig für die „umfangreichen Entlastungen“, die sie den Bürgern verschafft hätten. Bei näherem Hinsehen schlagen die Maßnahmen finanziell jedoch kaum zu Buche. Für Steuersünder wird es hingegen tatsächlich spürbar enger.

Steuern sind unbeliebt. Heute vielleicht sogar mehr denn zuvor, da den Deutschen schwindlig wird angesichts der Milliarden-Bürgschaften, die Berlin für anderer Länder Schulden abgibt, während bei den Bürgern daheim auf jeden Steuercent gepocht wird – notfalls auch mit Hilfe von Fahndung und Staatsanwaltschaft.

Berlin versucht den Groll mit Zuckerbrot und Peitsche zu dämpfen. Die strengere Bestrafung von Steuersündern wird zeitlich gekoppelt mit einer Reihe von kleinen Neuerungen, die neben geringen Entlastungen vor allem Vereinfachung bringen sollen. Die vollmundige Rede der Politik von einer „spürbaren Entlastung der Bürger“ trifft allerdings auf Kritik: „Entlastet“ werde vor allem die Verwaltung und weniger der Steuerzahler.

Zwei Beispiele: So spart der Staat rund 60 Millionen Euro jährlich, weil künftig nicht mehr belegt (also auch nicht geprüft) werden muss, ob Kinderbetreuungskosten wegen Berufstätigkeit oder aus privaten Gründen anfallen. Ob eine Familie Betreuer anstellt, weil die Eltern beide arbeiten oder etwa weil eine hohe Kinderzahl das notwendig macht – das ist dem Fiskus künftig egal.

200 Millionen spart der Staat gar, weil für das Kindergeld künftig nicht mehr geprüft wird, wieviel Geld volljährige Kinder selbst verdienen, die in Schul- oder Berufsbildung stekken. Bislang galt hier eine Obergrenze von 8004 Euro Jahreseinkommen des Kindes. Doch nur rund ein Prozent der Kinder erreichte diese Grenze. Die Überprüfung war ein Zuschussgeschäft für den Staat.

Eine wesentliche Vereinfachung für Steuerzahler wie Finanzämter gleichermaßen bringt die Neuregelung für Leute, die jedes Jahr in etwa das Gleiche verdienen: Sie sollen ihre Steuererklärung nur noch alle zwei Jahre abgeben müssen. Auch bei Erbschaften tut sich etwas: Hinterlässt ein Verstorbener Geld bei einer Bank, so musste die Bank dies bislang ab einem Betrag von 5000 Euro melden. Künftig liegt die Grenze bei 10 000. Weitere Vereinfachungen treffen Pendler, Unternehmen und Landwirte.

Beim härteren Vorgehen gegen Steuerhinterzieher will sich der Staat von seiner weniger kommoden Seite zeigen: Bislang gaben Selbstanzeiger oft nur jene „Schwarzgelder“ zu, denen der Fiskus sowieso auf der Fährte war, und verschwiegen andere, die sie besser verborgen glaubten. Künftig müssen die Sünder wirklich alles offenlegen. Wenn künftig noch etwas Unangemeldetes gefunden wird, dann setzt es auch Strafe für das bereits zugegebene Schattengeld.

Schwarzgeld strömt von der Schweiz ins ferne Singapur

Hintergrund: Nach dem Ankauf von CDs mit den Daten deutscher Steuerflüchtlinge in der Schweiz hagelte es zwar Selbstanzeigen der Aufgeflogenen. Jedoch hegen die deutschen Steuerfahnder den Verdacht, dass die scheinbar Reuigen nur über die Konten Ehrlichkeit einkehren ließen, wo sie sich bereits am Haken wähnten. Das soll sich durch die neue Regelung ändern.

Zahlreiche Steuerflüchtlinge reagieren indes auf ganz andere Weise: Nach der vom Ausland, auch und besonders von Deutschland, erzwungenen Lockerung ihres Bankgeheimnisses verzeichnen Schweizer Kreditinstitute einen massiven Kapitalabfluss hin zu anderen Finanzplätzen. Ausländische Anleger haben in diesem Jahr bereits umgerechnet rund 70 Milliarden Euro aus der Schweiz heraustransferiert – so die Schweizer Nationalbank, die die Kaptalströme von 76 Banken des Landes untersucht hat.

Dabei gibt es noch Zweifel an der Vollständigkeit dieser Aufstellung. Nach dem Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland, Großbritannien und vier anderen Ländern hofft die Schweizer Bankenwelt zwar auf Frieden und appelliert an die heimischen Geldhäuser, diesen nicht zu gefährden. Doch selbst der Branchenverband „Schweizerische Bankiervereinigung“ fürchtet offenbar, dass Schweizer Banken diesen „Frieden“ gefährden, indem sie ihren Kleinten helfen, ihr Geld auf Auslandsniederlassungen zu verlagern. Kenner der Szene sind sich recht sicher, dass genau dies geschieht.

Der steil aufstrebende Finanzplatz Singapur, an dem auch die Schweizer sehr aktiv sind, verzeihnet enorme Geldzuflüsse: Allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres sind die Depotbestände von Ausländern dort um rund 24 Milliarden Euro gewachsen. Allerdings warnen Experten, dass alsbald auch der Druck auf Singapur zunehmen könnte. Solchen Druck ausüben dürften vor allem Staaten, die finanziell in Schwierigkeiten stecken. Und das betrifft neben Japan und den USA nahezu alle europäischen Länder inklusive Deutschland.

Für Normalverdiener ist Tugend bei der Steuererklärung ohnehin durch den Mangel an Gelegenheit bedingt. Sie verfügen weder über die Beträge noch über die Kanäle, um mit ihrem Geld in der Schweiz, in Singapur oder sonstwo unterzutauchen.

Umso mehr füchten Politiker und selbst Wirtschaftsexperten den Groll der Steuerbürger angesichts der von niemandem mehr zu überschauenden Belastungen durch die Eurokrise. Einige empfehlen den Deutschen gar, eine „Tea Party“-Bewegung nach US-Vorbild zu bilden. Eine Massenbewegung also, die gegen die Ausplünderung des Volkes für ambitionierte Ziele orientierungsschwacher Politiker kämpft. Allerdings halten viele die Deutschen für zu zahm dafür.

Eher schon, heißt es, würden die Franzosen auf die Barrikaden gehen, wenn ihre Regierung Leistungen kürzt und Steuern erhöht, um bankrotten Euro-Staaten aus der Patsche zu helfen.

Hans Heckel



Entlastung nicht zu erwarten: Deutschland bleibt ein absolutes Hochsteuerland — Bild: vario images

KURZ NOTIERT

Chinas Immobilienblase immer gefährlicher: Nach einer Untersuchung der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften (CASS) haben sich die Wohnungspreise in den 35 größten Städten des Landes allein 2010 um 29,5 Prozent erhöht. Vorausgesagt waren „nur“ 15 Prozent. 85 Prozent der Familien könnten sich keine Wohnung mehr leisten, es sei denn, sie verzichteten 20 Jahre lang auf Essen und Trinken. Laut einer US-Studie erhöhten sich in China indes auch die Preise für Reis, Früchte und Gemüse allein im November um 20 Prozent. *H.H.*

Deutscher Anteil steigt schon: Wie das „Handelsblatt“ meldet, ist Irland aus dem Hilfsprogramm für Griechenland ausgestiegen, als es selbst unter den Euro-Rettungsschirm kroch. Dies sei kaum öffentlich geworden, so die Zeitung. Damit erhöht sich automatisch der Anteil der übrigen Helfer, vor allem Deutschlands, das 27,92 Prozent der Last zu tragen hat, die jetzt noch 13 Länder schultern müssen. Die Slowakei weigert sich, etwas zu den Hilfen beizusteuern. *H.H.*

Russland schichtet Devisenreserven um: Moskau hat begonnen, seine Devisenreserven neu zu sortieren. Dazu kauft die russische Zentralbank kanadische Dollar. Die Menge sei noch gering, soll aber wachsen. Auch an den Kauf australischer Dollar wird gedacht. Derzeit bestehen Russlands Devisenreserven zu 47 Prozent aus US-Dollar, 41 Prozent aus Euro und zehn Prozent Pfund. Der Rest verteilt sich auf übrige Währungen. Mit Devisen im Wert von rund 370 Milliarden Euro verfügt Russland nach China und Japan über die dritthöchsten Reserven der Welt. *H.H.*

Ungarn-Anleihen risikoreicher als Irak-Bonds: Kreditausfall-Versicherungen für ungarische Staatsanleihen waren in der vergangenen Woche teurer als solche für Irak-Anleihen. Auch Versicherungen für Anleihen Griechenlands, Irlands, Portugals und der Ukraine kosten mehr als Versicherungen gegen einen Bankrott des Zweistromlandes. *H.H.*

Unter Druck

Kreml erschwert Gastarbeitern das Leben

Terrorakte, das rituelle Töten von Schafen in aller Öffentlichkeit, die zunehmende Präsenz von Moscheen und die wachsende Zahl legaler und illegaler Migranten schüren vor allem in den Großstädten Moskau und St. Petersburg bei vielen Russen die Angst vor Überfremdung.

Der Kreml reagierte schon vor drei Jahren mit einer Verordnung, die Tätigkeiten im Handel für Ausländer einschränkte. Damit wollte man vor allem gegen Händler, die in U-Bahnzugängen und auf Märkten ihre Ware meist illegal anbieten, vorgehen. Ministerpräsident Wladimir Putin hat Ende November diese Regelung ausgeweitet. Ausländern ist ab 2011 jeder Handel außerhalb eines Geschäfts untersagt.

Während Volkswirtschaftler dies als Bekämpfung der krisenbedingten Arbeitslosigkeit Einheimischer begrüßen, reagieren Geschäftsleute ablehnend. Die Masse der Migranten ist gering qualifiziert und im Niedriglohnsektor beschäftigt. Sie durch Russen zu ersetzen, käme den Verbraucher teuer zu stehen, so ein Firmeninhaber. Russen wären fünfmal teurer.

Kritiker halten Putins Entscheidung für politisch motiviert. Innenpolitisch sollen fremdenfeindliche Wähler angesichts der bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beruhigt werden, außenpolitisch gehe es darum, illoyale GUS-Partner in Zentralasien und im Kaukasus abzustrafen. Dass die Maßnahme Wirkung zeigt, beweisen die Reaktionen Tadschikistans und Kirgisiens, deren politische Elite schockiert ist. Beide Länder beziehen 30 bis 40 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts aus Transferzahlungen ihrer in Russland als Gastarbeiter tätigen Landsleute. Offiziell füllen sie den tadschikischen Haushalt mit zwei Milliarden US-Dollar jährlich auf, den kirgisischen mit einer Milliarde. Wie hoch die tatsächliche Ziffer ist, kann niemand sagen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft ärmerer GUS-Partner

Experten gehen davon aus, dass die russische Geschäftswelt die Anordnung wie in den Jahren zuvor boykottieren wird. *MRK*

Die Meere leeren sich rasant

Entgegen allen Beteuerungen wird die weltweite Überfischung immer bedrohlicher

Auf den Speisekarten der Klima-Diplomaten in Cancun standen sie, auf der Agenda der Konferenz fehlten sie indes: Die Meeresfische und der drohende Kollaps der internationalen Fischereiindustrie.

Dennoch erhöhten Ende Dezember die 27 nationalen Fachminister der 27 Staaten der EU die Fangquoten, beim Hering um über 20 Prozent, bei der Scholle um 15 Prozent. Es ist eine politische und keine ökologische Entscheidung, die sich auf schwer nachprüfbare Fakten stützt. Denn in den rund 4000 Unternehmen des Industriezweiges arbeiten EU-weit 126 000 Beschäftigte, 85 000 Schiffe furchen mit ihren Netzen den Meeresgrund, voran aus Spanien, Italien, Portugal und Frankreich.

Eine löbliche internationale Ausnahme gilt dem bedrohten Thunfisch: Die „Western and Central Pacific Fisheries Commission“ in Hawaii setzte die Fangquoten für 2011 und 2012 für jungen Blauen Thunfisch herunter. Für Japan bedeutet das eine Reduktion um 26 Prozent von derzeit 6100 Tonnen jährlich.

Jedoch: Im Nordatlantik gibt es wegen Überfischung für die großen Flotten schon nicht mehr genug an Deck zu ziehen, also weichen sie nach Süden aus. Zum Teil plündern sie die Fischgründe anderer Nationen schon lange Zeit, so die Spanier vor Somalia. Dort erholen sich inzwischen, ironischerweise „dank“ der Piraten, die Fischbestände wieder.

Jetzt sind die Küsten von Westafrika dran. Angesichts der intensiven Ausbeutung vor Ländern wie Senegal steht die Fischereipolitik Brüssels auf fragwürdigen Säulen. Die Eurokraten handeln mit den Küstenstaaten Quotenabkommen gegen Bargeld aus und zerstören so langfristig die Ernährungsgrundlagen der Einheimischen, die mit ihrer handwerklichen Fischerei gegen die industrialisierten Flotten Europas keine Chance haben. Schon heute gelten dort rund 30 Prozent der Menschen als unterernährt.

Nordatlantik: Nur drei von 54 Beständen intakt

Da die Bevölkerung wächst, die Fischbestände aber eher abnehmen, entzieht die EU zur Deckung des eigenen luxuriösen Bedarfs den Menschen dort eine wichtige Nahrungsgrundlage. Und es klingt wie Hohn, wenn einige Staaten die aus Brüssel eingehenden Gelder ausgerechnet dafür verwenden, ihrerseits Fisch zu importieren.

Lediglich Namibia und Mosambik zogen die Konsequenz und setzten dieser Politik ein Ende. Die beiden Länder setzen auf internationale Kooperation, Charterverträge und umfangreiche Kontrollen. Zugleich entwickeln sie ihre eigene Fischerei. In Mauretanien griff China ein und finanzierte im wohl verstandenen Eigeninteresse den Aufbau der dortigen Fischwirtschaft.

Beim Weltgipfel 2002 in Johannesburg waren die europäischen Länder übereingekommen, bis 2015 ihre Fischbestände wieder aufzubauen – große Worte und kleine Taten. Für einige Fischarten kämen Taten ohnehin zu spät. Der Bestand von zwölf Spezies ist erschreckend geschrumpft. Dazu gehört nach Erkenntnissen von Anfang 2010 auch die Scholle, bei der jetzt die Quoten wieder steigen. Nur drei der 54 untersuchten Fischarten im Nordatlantik haben eine ausreichende Bestandsgröße.

Sicher ist, dass der Fischbedarf nur noch gedeckt werden konnte, indem die Gründe bis 1970 jährlich um je eine Million Quadratkilometer ausgedehnt wurden. Erschwert werden alle Maßnahmen durch die vor allem im Pazifik geübte illegale Fischerei. So räumen die Japaner in der 300-Meilen-Zone Samoas illegal ab, weil Samoa zwar ein Aufsichtsboot besitzt, es jedoch wegen der Spritpreise kaum auslaufen lässt.

Nicht nur die Überfischung macht der Wissenschaft Sorgen, es sind auch die sich immer mehr verschlechternden Umweltbedingungen in den Ozeanen. Zwar einigten sich die Unterhändler im Oktober beim UN-Naturschutzgipfel im japanischen Nagoya darauf, zehn Prozent der internationalen Meeresgewässer unter Schutz zu stellen und die Überfischung durch eine nachhaltige Fischwirtschaft weltweit zu stoppen. Doch wie das in der Praxis nach allen Erfahrungen mit anderen Übereinkommen aussieht, steht in den Sternen. Solange der Verbraucher noch seine beliebtesten Fische auf dem Teller hat, ist an seine Mitwirkung durch Verzicht am wenigsten zu denken.

Joachim Feyerabend

Es droht Anarchie

Von Hinrich E. Bues

Transparenz heißt eines der Zauberwörter unserer Tage. „Wikileaks" veröffentlicht geheime und vertrauliche Papiere aus dem Irak, Afghanistan oder dem diplomatischen Dienst. Im Hintergrund steht die verschwörerische Theorie, die Mächtigen und Reichen dieser Welt würden uns alle hinters Licht führen. Und stünde der Kaiser erst einmal ohne Kleider da, wäre eine bessere Welt möglich.

Transparenz forderten auch die Gegner von Stuttgart 21. Auch sie hingen verschwörerischen Gedanken an, die Politik hätte alle hinters Licht geführt. Wenn erst alle Fakten auf den Tisch kämen, würde der Baustopp verhängt werden, so die Hoffnung. Nach 72 langen und teuren Stunden der Schlichtung – vom Fernsehen übertragen – kam Heiner Geißler als Schlichter zur gegenteiligen Entscheidung. Nun wird dennoch weiter demonstriert.

Die Forderung nach immer mehr Transparenz erscheint hier als billiges Mittel, um die eigenen politischen Vorstellungen durchzusetzen. Es geht in Wirklichkeit nicht um Aufklärung oder Information. Vielmehr wollen diese Aktivisten eine andere Republik oder gleich eine andere Welt. Der Wikileaks-Gründer Julian Assange bekennt sich offen als Anarchist.

Mobilität als Exzess

Von Johannes Gundlach

Wir reden hier nicht von New York, wo alljährlich das Chaos ausbricht, wenn ein „Blizzard" mal wieder 20 oder 40 Zentimeter Schnee gebracht hat. Die Amerikaner schaffen es irgendwie nicht, damit fertig zu werden.

Wir reden von Hamburg oder Berlin. Dort kam der Autoverkehr über Stunden zum Erliegen, weil fünf oder zehn Zentimeter Schnee gefallen waren. Hunderte Flüge konnten nicht starten, weil das Enteisungsmittel für die Flugzeuge ausgegangen war: Der Tanklaster mit dem Nachschub war im Stau steckengeblieben, sodass im Ergebnis der Flugverkehr fast völlig zusammenbrach. Auch mit dem Zug kam man nicht sicher pünktlich an. Wer dieser Tage mit der Bahn quer durch Deutschland reist, muss sich auf beträchtliche Verspätungen einstellen.

Besonders ärgerlich sind solche Verspätungen natürlich für jene, die unter Zeitdruck stehen. Da helfen die Bahnsteigdurchsagen wenig, die um Verständnis bitten. Auch die Fluggäste, die zu Hunderten auf dem Boden der Airports kampieren mussten, äußerten sich wenig begeistert über die Umdisponierung ihrer Urlaubsreise oder ihres Geschäftstermins. Viele denken auch, dass dieser ganze Ärger sich doch irgendwie hätte verhindert lassen.

> Es gibt echte und vermeintliche Naturgesetze

Der Winter kommt in diesem Jahr zwar früh, aber doch auch nicht gänzlich unerwartet oder anders als sonst. Was hier von den Medien als „Schneechaos" bezeichnet wird, ist eigentlich nichts weiter als ein ganz normaler Wintertag. Dass solch ein Naturereignis zum Ärgernis wird, scheint doch an anderen Dingen zu liegen.

Die Mobilität der Menschen – sei es in Freizeit oder Beruf – wird zum Exzess ausgebaut. Muss man tatsächlich im Dezember oder Januar an einem Tag drei Gesprächstermine absolvieren und dafür 2000 Kilometer durch Deutschland fliegen? Das jedenfalls hält ein mir bekannter Wirtschaftsprüfer für normal beziehungsweise „alternativlos". Für normal hält man hierzulande auch, dass wir uns 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung zwei Standorte (Bonn und Berlin) für Ministerien leisten, was zusätzliche Mobilität erfordert.

Das sind nur einige Beispiele aus einer Welt, wo die massenhafte Dauermobilität alternativlos erscheint. Die schöne neue Hochgeschwindigkeitswelt beruht auf der Voraussetzung, dass Mensch und Maschine ständig unter Vollast und ohne Fehler funktionieren. Von den 1500 Flugzeuge, wie in Frankfurt am Main, darf kein einziges stehen bleiben. Sonst gibt es einen Riesenstau. Kann man sich eigentlich gegen dieses Mobilitäts- oder Geschwindigkeitsdiktat wehren? Viele würden hier mit Nein antworten. Alles scheint als Naturgesetz. Dabei sind die echten Naturgesetze ganz andere. Sie bestehen zum Beispiel aus Schnee und Eis im Dezember.



Schneechaos in München: Reisende stehen Schlange vor den Service-Schaltern am Hauptbahnhof, nachdem ihre Zugverbindungen wetterbedingt ausgefallen waren.

Bild: pa

Sonne des Südens

Von Wolfgang Thüne

Der größte und von den anwesenden 15 000 Klimalobbyisten mit Beifall quittierte Erfolg des Klimagipfels war, dass sich das Klimakarussell weiter dreht und man sich 2011 im südafrikanischen Durban am indischen Ozean wiedersehen kann. Dann ist dort – auf der Südhalbkugel – Hochsommer und man kann den 17. Klimagipfel als Regierungs- oder auch auf Staatskosten reisender Nichtregierungsvertreter gebührend feiern. Der Grund? Das Klima ist, so die Experten, noch lange nicht gerettet! Und auch das hat seinen Grund. Es wurde ein „Grüner Klimafonds" etabliert, in den jedoch erst ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar fließen sollen, um den ärmeren Ländern zu helfen, mit dem Wetter besser zurecht zu kommen. Doch ist es 2020 nicht zu spät, um die Erde zu retten? Noch ist die Prognose des Weltklimarates von 2007 nicht widerrufen, wonach wir 2020 die Klimakatastrophe und mit ihr sozusagen den Weltuntergang erleben sollen.

Was passiert aber bis zum Jahre 2020? Dazu wurde in Cancún kein Wort verloren. Man hätte wenigstens überlegen können, wie man die „Wettergötter" bestechen kann und welches das Mindestangebot wäre, um diese nicht noch mehr zu beleidigen. Sie sind ohnehin verschnupft, weil alles Augenmerk sich auf das Klima richtet. Dabei sollte jeder Experte wissen, dass allein das Wetter an einem Ort das Klima dieses Ortes bestimmt. Während wir im Norden frieren, herrscht in Durban im Dezember herrliches Bade- und Golfwetter. Die Delegierten gönnen sich ja sonst nichts!

Gastbeitrag



Der Fall Scheungraber: Ein Justizskandal

Von Klaus Goebel

Nun soll also ein schwerkranker, pflegebedürftiger 92-Jähriger, der kaum noch sehen und hören kann, ins Gefängnis gebracht werden, um für den Rest seiner Tage hinter Gittern dahinzuvegetieren – so wollen es die bayerische Staatsanwaltschaft und deren Weisungsgeber. Ein Sieg der „Gerechtigkeit"? Mitnichten. Der Sieg vielmehr einer politisch bestimmten Justiz, die vorgibt, stets Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu vertreten, es aber zuwege bringt, ein in Begründung und Ergebnis nur skandalös zu nennendes Urteil zu fällen.

Der ehemalige Leutnant und Führer einer Gebirgspionierkompanie der Wehrmacht Josef Scheungraber wurde 2006 mit seinem Bataillonskommandeur in einem rechtsstaatswidrigen Abwesenheitsverfahren des Militärtribunals La Spezia/Italien wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Beide Verurteilte sollten im Juni 1944 während des Rückzuges in einem Weiler der Toskana gemeinsam handelnd als Vergeltungsmaßnahme die Sprengung eines Hauses verabredet und befohlen haben, in dem elf bei einer Durchkämmung des umliegenden Partisanengebiets Festgenommene eingesperrt waren, wobei nur einer überlebte. Zwei Soldaten der Kompanie Scheungrabers waren in dem Weiler zuvor von Partisanen aus dem Hinterhalt ermordet worden, ein dritter entkam verwundet zu seiner mit der Wiederherstellung einer wichtigen, von Partisanen gesprengten Brücke beschäftigten Kompanie. Von den ermordeten Soldaten und dem Leid ihrer Angehörigen spricht kaum jemand, schon gar nicht die italienischen und deutschen Richter, so wenig, wie von den völkerrechtswidrigen Untaten der italienischen Partisanen überhaupt, die mit Gesetzen von 1946 und 1953 ebenso amnestiert wurden wie die italienischen Kriegsverbrechen in Libyen, Abessinien (Äthiopien) und auf dem Balkan.

Nachdem das Urteil von La Spezia im November 2007 rechtskräftig geworden war, beeilte sich die Münchener Staatsanwaltschaft, Anklage gegen Kompanieführer und Bataillonskommandeur zu erheben. Zustatten kam ihr in der Folge, dass die Generalstaatsanwaltschaft ein halbes Jahr später den italienischen Auslieferungsantrag zum Zwecke der Strafvollstreckung mangels Zustimmung des Verfolgten ablehnen musste. Mit der gerichtlichen Zulassung ihrer auf Vermutungen und schwache Indizien gestützten Anklage gegen Scheungraber und den damaligen Kommandeur des Gebirgs-pionier-Bataillons 818 hatte sie keine Schwierigkeit. Elf Monate lang bemühte sich die Schwurgerichtskammer des Landgerichts München I in der Hauptverhandlung gegen Scheungraber – das Verfahren gegen den zweiten Angeklagten musste wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt werden – Beweise dafür zu finden, dass er den Befehl zur Sprengung des Hauses erteilt oder wenigstens durchgeführt habe, doch vergeblich.

> Haarsträubende Fehler in Beweiswürdigung und Urteilsbegründung

Nachdem solche Beweise trotz intensivster Suche nicht gefunden wurden, genügten dem Gericht bloße Annahmen – nicht einmal durchschlagende Indizien – für die Behauptung seiner Täterschaft. So etwa meinte es die nachgewiesene Tatsache, dass der Angeklagte am Tage der Sprengung bei der Beerdigung seiner Soldaten im etwa 17 Kilometer entfernten Ort Umbertide die Gedenkansprache hielt, mit der Fiktion beiseite schieben zu können, er, der angeblich der einzige Offizier vor Ort gewesen sei, könne den Befehl auch am Morgen dieses Tages gegeben haben. Für diesen habe er sich bei der Division die Genehmigung eingeholt (!). Das Bataillon blieb dabei ebenso außer Betracht wie etwa die erwiesene Tatsache, dass auch andere Wehrmachtseinheiten im fraglichen Raum anwesend waren. Der damals 19-jährige Partisanenanführer Valli, sicher niemand, der ein Interesse hatte, den tatsächlichen Täter zu entlasten, hatte durch das Fernglas Truppen in schwarzen Uniformen ausgemacht – die Strafkammer „folgte" seiner Aussage einfach nicht.

Am Ende zog das Gericht aus schwachen Indizien sogar noch einen unmöglichen Schluss. Dass der von dem Gericht unterstellte Geschehensablauf aus militärischen Gründen unmöglich war, hatte der von der Verteidigung herangezogene Sachverständige Oberst i.G. (BW) a.D. Klaus Hammel deutlich gemacht. Das Gericht hatte seine Ladung immer wieder verschleppt, so dass er schließlich von der Verteidigung durch den Gerichtsvollzieher geladen werden musste, um seine Anhörung zu erzwingen.

Doch es bleiben nicht nur massive Zweifel an der Täterschaft Scheungrabers. Selbst eine erhärtete Täterschaft hätte für sich genommen noch keine Verurteilung wegen Mordes zur Folge haben können. Dazu bedurfte es weiterer Nachweise über die Motivlage des Täters. Das Gericht fand sie schließlich – man kann es nicht anders sagen – in seinen eigenen Unterstellungen über Herrn Josef Scheungraber, einem Bürger, der nicht nur 66 Jahre lang in keiner Weise mit dem Gesetz in Konflikt gekommen war, sondern der für sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement ausgezeichnet worden ist.

> Ein »innovativer Jurist« mit SPD-Vergangenheit lehnte die Revision ab

Bei der Urteilsverkündung am 11. August 2009 mussten wir drei Verteidiger mit ungläubigem Staunen hören, dass der Angeklagte 1944 angeblich aus „eigenen Wut- und Rachegefühlen" gehandelt habe. Seine Beweggründe stünden „auf sittlich tiefster Stufe" und seien „besonders verachtenswert". Mit dieser Annahme meinte das Gericht zu den für den Mordtatbestand erforderlichen „niedrigen Beweggründen" kommen zu können. Nur so war auch die bei einem Totschlagsdelikt längst eingetretene Verjährung zu vermeiden.

Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofes unter Vorsitz von Armin Nack setzte dem dann die Krone auf, als er 14 Monate später seine die Revision Scheungrabers verwerfende Entscheidung entgegen der Annahme des Landgerichts urteilswidrig damit begründete, dass dieser mit dem Bataillonskommandeur zusammengewirkt habe, nicht aber mit der Division. Beide Versionen schließen einander aber aus. Zudem hat der Strafsenat des BGH, der an die Tatsachenfeststellungen des Erstgerichts gebunden ist, in Abweichung von diesem gleich noch mit hinzuerfunden, dass Scheungraber bei der Sprengung anwesend gewesen sei. Der Eindruck politischer Voreingenommenheit hat auch in der Person des BGH-Richters Nack einen Anhaltspunkt. Armin Nack war viele Jahre lang Landesvorsitzender einer Vereinigung von SPD-Juristen. Laut Wikipedia gilt er als „innovativer Jurist" insbesondere hinsichtlich der „Glaubwürdigkeits- und Beweislehre".

Für Juristen abenteuerlich liest sich auch die Begründung, des BGH-Senats, warum das strikte Doppelbestrafungsverbot in diesem Falle nicht zum Tragen komme. Das alles wird nun das Bundesverfassungsgericht ebenso beschäftigen wie die grundrechtswidrige Meinung beider Strafgerichte, dass das Alter und die Zeitspanne von 66 Jahren seit dem Zeitpunkt der angeblichen Tat „in Fällen der vorliegenden Art" die Verhängung der lebenslangen Freiheitsstrafe „nicht unverhältnismäßig" mache. Soll das heißen, dass in mit Ereignissen im Zweiten Weltkrieg zusammenhängenden Fällen ein Sonderrecht gilt?

Übrigens hat sich bisher keine maßgebende Person des öffentlichen Lebens und keines der tonangebenden Medien, die Humanität und Menschenrechte sonst ständig im Munde führen, kritisch zum Justizskandal um Josef Scheungraber vernehmen lassen. Auch hier gilt: „Qui tacet, consentire videtur" (Wer schweigt, scheint zuzustimmen).

Dr. Klaus Goebel ist Rechtsanwalt und Strafverteidiger in München.

Mit sparsamem Spiel den Punkt getroffen

Zum 80. Geburtstag von Armin Mueller-Stahl – Der Schauspieler, Schrifsteller und Maler begeistert immer wieder sein Publikum

Am 23. Dezember strahlt der Fernsehsender Arte Heinrich Breloers Kinofilm „Buddenbrooks – Ein Geschäft von einiger Größe“ in erweiterter Fassung als Zweiteiler aus. Den Konsul Jean Buddenbrook spielt Armin Mueller-Stahl.

Auch andere prominente Namen stehen auf der Besetzungsliste: Iris Berben (als Konsulin Bethsy Buddenbrook), Jessica Schwarz (als Tony) und August Diehl (als Christian Buddenbrook). Der Film um Glanz und Gloria einer Lübecker Kaufmannsfamilie wurde von Heinrich Breloer mit großem Aufwand in Szene gesetzt. In 152 Minuten erzählt er die Geschichte nach, die Thomas Mann (1875–1955) auf 1000 Buchseiten 1901 veröffentlicht hat. 16,2 Millionen Euro hat das Vorhaben verschlungen und wurde so zur bisher aufwendigsten rein deutschen Produktion der Filmgeschichte. Ähnlich wie Manns Roman „Buddenbrooks“ hat sich der Film als Exportschlager erwiesen. Er wurde bisher in rund 80 Ländern gezeigt.

Beim Spiel folgt er einem »inneren Regisseur«

Es ist die vierte Verfilmung der spannungsreichen Familienchronik, für die Thomas Mann 1929 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet wurde. Bereits 1923 wurde ein Stummfilm zu den „Buddenbrooks“ gedreht, es folgten 1959 ein Tonfilm fürs Kino und 1978 eine Adaption für das Fernsehen. Schon damals spielte die deutsche Schauspieler-Elite mit: Liselotte Pulver, Nadja Tiller, Hansjörg Felmy, Lil Dagover, Werner Hinz, Hanns Lothar (1959) sowie Carl Raddatz, Martin Benrath und Ruth Leuwerik (1978).

Diesmal ist es vor allem der Hollywoodstar Armin Mueller-Stahl, der dem Film besonderen Glanz verleiht. Schon 2001 brillierte er in Breloers Doku-Drama „Die Manns – Ein Jahrhundertroman“ in der Rolle des Thomas Mann (zu sehen noch einmal auf Arte am 29. und 30. Dezember). Diese Darstellung wird mitunter als die gelungenste seiner Karriere angesehen.

In ihrer jetzt als Taschenbuch im Berliner Aufbau Verlag erschienenen Biografie (erweiterte und aktualisierte Ausgabe, 12,95 Euro) schreibt Gabriele Michel über Armin Mueller-Stahl: „So wie er in der Malerei möglichst sprechende, komprimierte Ausschnitte zur Darstellung bringt und von der Musik her kommend auf Genauigkeit im Timing und bei der Intonation achtet, so spielt er auch. Sparsam und punktgenau. Er folgt einem inneren Regisseur, dessen oberste Maxime mit Vivaldi gesprochen lautete: Wenn eine Geige genügt, setzte niemals zwei ein.“ Und Michel zitiert den Freund und Kollegen Mueller-Stahls, den Schauspieler Dietmar Mues: „Er zeigt, indem er verbirgt. Durch diese Kunst fesselt er uns. Immer ist da etwas Verborgenes, Undurchsichtiges, etwas Beängstigendes und zugleich Vertrautes ... Es ist etwas in seinem Gesicht und Ausdruck. Ohne es zu merken, fällt man in dieses Gesicht hinein und löst sich auf.“

Allein diese Zitate zeigen, dass sich hinter dem Namen Armin Mueller-Stahl gleich mehrere Begabungen verbergen. Er spielt die Geige virtuos, hat auf den Brettern großer deutscher Bühnen gestanden, verkörpert in Filmen und im Fernsehen immer wieder meisterhaft besondere Charaktere, schreibt Bücher und malt.

Geboren am 17. Dezember 1930 im ostpreußischen Tilsit, wuchs Armin Mueller-Stahl in der Geborgenheit einer großen Familie auf. Die Ferien bei den Großeltern im masurischen Jucha sind ihm bis ins hohe Alter unvergessen geblieben. „Die Wurzeln der vielseitigen Begabung und Produktivität dieses Künstlers“, so liest man in der spannend geschriebenen Biografie von Gabriele Michel, „liegen offenkundig hier. In einer Familie, in der jeder irgendwie Theater spielte, sang, ein Instrument spielte, zeichnete oder schrieb.“ Die Karriere als Schauspieler begann für Mueller-Stahl 1952 am Theater am Schiffbauerdamm in Ost-Berlin. Zuvor hatte er die Musikhochschule besucht sowie Geige und Gitarre studiert. Seine Liebe zur Musik, zu Chansons sollte ihn nie verlassen. 1953 wurde er in das Ensemble der Ost-Berliner Volksbühne aufgenommen. Und bald meldeten sich auch das noch junge Fernsehen und der Film, wo er mit den besten Regisseuren der damaligen DDR zusammenarbeitete („Nackt unter Wölfen“, „Jakob der Lügner“). Als er 1976 die Petition gegen die Ausbürgerung des Sängers Wolf Biermann unterschrieb, wurde er „von oben“ zur Untätigkeit verbannt. Über diese Zeit schrieb er schließlich sein erstes Buch „Verordneter Sonntag“. Nach seiner Übersiedlung in den Westen 1980 fand er sofort Anschluss. Der große Erfolg aber trat ein, als Rainer Werner Fassbinder ihn für die Hauptrolle in „Lola“ engagierte. Für diese Rolle wurde Mueller-Stahl mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet.

„Die Sehnsucht der Veronika Voss“, „Bittere Ernte“, „Utz“, „Music Box – Die ganze Wahrheit“, „Night on Earth“, „Das Geisterhaus“, „Der Kinoerzähler“, „Der Unhold“, „Illuminati“ sind Titel, in denen Mueller-Stahl in Deutschland und in den USA Erfolge feierte. Für seine Darstellung des Peter Helfgott in „Shine“ wurde er in Australien in der besten Nebenrolle ausgezeichnet und 1997 für den Oscar nominiert. Sein Lebenswerk fand Anerkennung mit der Verleihung der Berlinale-Kamera. Er erhielt den Grimme-Preis und den deutschen Filmpreis für sein Lebenswerk. Neben deutschen Auszeichnungen fand Mueller-Stahl auch Anerkennung im Ausland. So wurde ihm 1998 vom Spertus Institute of Jewish Studies in Chicago die Ehrendoktorwürde verliehen: „Durch den Ihnen eigenen künstlerischen Stil und Ihr besonderes Feingefühl haben Sie deutlich gemacht, dass Kultur nicht nur ein kostbares Vermächtnis der Vergangenheit ist, sondern auch eine wirksame Kraft sein kann, um die Gegenwart zu veredeln und eine reiche Zukunft zu gestalten“, hieß es in der Laudatio.



Die Buddenbrooks und ihre Darsteller: Jessica Schwarz, August Diehl, Armin Mueller-Stahl, Mark Waschke und Iris Berben (von links) Bild: arte

Als Mueller-Stahl 2003 den Quadriga-Preis erhielt, der alljährlich an vier Persönlichkeiten vergeben wird, die durch ihr Engagement ein Zeichen für Aufbruch, Erneuerung und Pioniergeist gesetzt haben, hielt Sir Peter Ustinov die Laudatio. „Die Charakterdarsteller unter uns sind die besten, weil sie den weitesten Horizont haben müssen und auch andere Begabungen“, so Ustinov. „Und diese Begabungen hat Armin Mueller-Stahl auch eingesetzt. Er kann Thomas Mann nicht deshalb so überzeugend spielen, weil er ihm ähnelt, sondern weil er auch Schriftsteller ist. Dabei ist er nicht nur vielseitig begabt – er ist einer der sehr raren Schauspieler, die als Charakterdarsteller auch große Stars geworden sind.“

Eigentlich wollte er schon seit längerem kürzertreten, nicht mehr so viele Filme drehen, um mehr Zeit zu haben, zu malen oder grafisch zu arbeiten und auch Bücher wie „Unterwegs nach Hause“, „In Gedanken an Marie Louise“, „Hannah“ zu schreiben. Irgendwie findet er trotz der Arbeit am Set die Muße für seine anderen Interessen. So sind seine treffsicheren Skizzen, die er kurzerhand auf die Seiten der Drehbücher zeichnete, wahre Meisterwerke. Anlässlich des 80. Geburtstages Armin Mueller-Stahls zeigt das Ostholstein-Museum in Eutin vom 5. Dezember 2010 bis 30. Januar 2011 über 80 seiner aktuellen Arbeiten. Es handelt sich dabei ausschließlich um Unikate in Öl, Acryl, Aquarell und Bleistift, die sich Themen wie dem Menschen und seinem Handeln, der Musik, der Landschaft, dem Film und der eigenen Vergangenheit widmen. Diese Arbeiten vermitteln aufgrund ihrer Aktualität, aber auch wegen ihrer persönlichen, biografischen Note ein eindrucksvolles Bild des künstlerischen Schaffens Armin Mueller-Stahls.

Eine Ausstellung in Eutin würdigt künstlerisches Schaffen

Allem Erfolg zum Trotz – Armin Mueller-Stahl wird sich kaum auf seinen Lorbeeren ausruhen. „Man muss an die eigenen Produktionen immer wieder zweifelnd herangehen, um nicht stehen zu bleiben“, hat er einmal gesagt. „Im Grunde mag ich nicht mehr bewundert werden oder bewundern müssen, beides war nie mein Lebensziel. Wofür auch? Wenn ich eine gute Arbeit mache, bekomme ich sowieso mehr Lob, als es in anderen Berufen üblich ist.“ An diesem Freitag wird Armin Mueller-Stahl 80 Jahre alt. Und wer ihn kennt, der weiß, dass er sich noch lange nicht zum alten Eisen zählt. „Leben bleibt anstrengend, bis zum Schluss. Es ist wie Rad fahren: Wenn man aufhört zu treten, fällt man um.“ *S. Osman*

Fundgrube

Virtuelles Archiv des Georg-Kolbe-Museums

Das Georg-Kolbe-Museum in Berlin ist nicht nur ein Ort, an dem Kunst gesammelt und ausgestellt wird, sondern auch ein Archiv, das die schriftlichen Nachlässe bekannter figürlicher Bildhauer bewahrt. Kern des Archivs bildet der Nachlass Georg Kolbes (1877–1947). Mit der Ausweitung des Sammelgebietes wurden elf weitere Nachlässe bekannter Bildhauer wie Richard Scheibe, Renée Sintenis und Ernesto di Fiori erworben. Das Archiv des Georg-Kolbe-Museums beinhaltet damit einen wahren Schatz an Dokumenten, darunter auch Briefe von Max Liebermann, Karl Schmidt-Rottluff, Gerhard Marcks, Max Pechstein und anderen Künstlerfreunden, Sammlern und Auftraggebern. Neben den Korrespondenzen sind es oft persönliche Lebensdokumente wie Urkunden, Verträge, Kassenbücher und Reisepässe, aber auch Kalender und Adressbücher sowie Modell-Quittungen, Gedichtsammlungen oder Zeitungsausschnitte. Dank der Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft konnten die schriftlichen Künstlernachlässe in den vergangenen zwei Jahren vollständig wissenschaftlich erschlossen werden. Alle Dokumente (etwa 2000 Einheiten) sind seitdem frei und kostenlos im Internet über die Autographen-Datenbank Kalliope recherchierbar. Mit der Ausstellung „Briefgeheimnisse“ wird erstmals das Archiv eröffnet und in den Ausstellungsräumen des Museums ein spannungsreicher Querschnitt durch die Nachlassbestände präsentiert. Befreit aus ihren unscheinbaren Archivkästen und ergänzt durch ausgewählte Kunstwerke der eigenen Sammlung, entfalten die ausgestellten Künstlerbriefe ihren ganz besonderen Reiz. *PAZ*

Die Ausstellung „Briefgeheimnisse – Einblicke in die Künstlerarchive des Georg-Kolbe-Museums“ ist bis 16. Januar 2011 in den Räumen Sensburger Allee 25, Berlin, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt: 5 / 3 Euro. Weitere Informationen unter www.georg-kolbe-museum.de/archiv/digitale_sammlung.htm, kalliope.staatsbibliothek-berlin.de

Ideallandschaft und Wirklichkeit

Eine Ausstellung im Essener Folkwang Museum mit Aquarellen und Zeichnungen



Salomon Corrodi: Blick auf Rom vom Monte Mario aus (Aquarell, 1867) Bild: Folkwang Museum / Jens Nober

Die letzte große Ausstellung des Essener Folkwang Museums im Kulturhauptstadtjahr richtet den Fokus auf den wichtigen Bestand mit Zeichnungen und Druckgrafik des 19. Jahrhunderts. Als besonders lohnend erweist sich dabei ein Blick auf die auch zahlenmäßig beachtliche Gruppe von Zeichnungen und Aquarellen zum Thema Landschaft und Natur. Hier lässt sich anhand dieser Werke das für die Landschaftsdarstellung des 19. Jahrhunderts charakteristische Nebeneinander zweier unterschiedlicher Auffassungen beobachten: auf der einen Seite das Fortleben des überkommenen Prinzips der Ideallandschaft, in die nicht selten ein mythologisches Geschehen eingebettet ist, und auf der anderen Seite der Wunsch, eine reale Gegebenheit so präzise wie möglich wiederzugeben.

Die Ausstellung präsentiert rund 75 Werke von 30 Künstlern des deutschsprachigen Raums, aus dem Zeitraum zwischen 1785 und 1898, darunter auch Blätter von Caspar David Friedrich, Adrian Zingg, Friedrich Preller d. Ä. oder Johann Heinrich Schilbach. Der Schweizer Salomon Corrodi (1810–1892) ist mit dem großformatigen Aquarell „Blick auf Rom vom Monte Mario aus“ (1867) vertreten, einem Glanzstück der Ausstellung. *PAZ*

Die Ausstellung „Ideallandschaft und Wirklichkeit“ ist bis zum 16. Januar im Folkwang Museum, Museumsplatz 1, Essen, dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, freitags bis 22.30 Uhr zu sehen, Eintritt 5 / 3,50 Euro.

Joseph Goebbels' später Sieg

Die Ausstellung »Hitler und die Deutschen« suggeriert die Einheit von Führer und Volk – Goebbels versuchte einst das selbe

„Hitler und die Deutschen – Volksgemeinschaft und Verbrechen", so der Titel einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum zu Berlin, die voraussichtlich noch bis März besichtigt werden kann. Das Interesse an der Ausstellung ist beachtlich. Doch was geht in den Köpfen der Betrachter vor?

Hitler ist ein ganz konkretes Individuum, von dem wir wissen, wann und wo er geboren wurde, wann und wo er verstarb. Doch wer sind *die* Deutschen, von denen im Titel die Rede ist? Es ist die nicht minder nebulöse „Volksgemeinschaft", von der Joseph Goebbels schwärmte, die hier ihrerseits mit den „Verbrechen" verwoben ist.

Machen wir einen Gang durch die Räume: Zunächst geht es um „Hitler unter den Deutschen". Bilder zeigen den Soldaten Hitler, den Agitator, den Verfasser von „Mein Kampf". „Hitler und die NSDAP" ist ein Thema für sich. Wir begegnen zahlreichen Mitstreitern, einzelnen und in Gruppen, mit und ohne Uniform, Bekundungen irrationaler Verehrung.

„Machtübertragung und nationale Revolution" ist eine weitere Station überschrieben. Hitlers Zylinder, Demonstrationen der Macht, Begeisterung und Unterdrückung werden hier dem Besucher vorgeführt und wieder Menschenmassen, die dem Führer fanatisch huldigen.

Der „Führerstaat" demonstriert die architektonische Megalomanie der neuen Machthaber und ihr Werk der Zerstörung von Synagogen. Nachdenklich macht eine Aufnahme. Sie zeigt Tausende Juden, in Reih und Glied angetreten. Keiner trägt einen Hut. Es ist November 1938 im KZ Buchenwald. Die eingeschüchterten Opfer hätten wohlalle die Hand zum Hitlergruß erhoben, hätte man sie dazu aufgefordert. Angst ist fast allmächtig. Schließlich die Götterdämmerung. Sie beginnt mit der Selektion von Geisteskranken. Auf die Vertreibung von Juden und die Zwangsarbeit folgen Verwüstung und Tod. Das alles lässt sich gut veranschaulichen.

Der Besucher erhält Gelegenheit, seine Empfindungen mitzuteilen. Das Gästebuch wird täglich von Dutzenden genutzt, von Ausländern wie von Deutschen, meist der jüngeren Generation angehörig. Viele geben sich damit zufrieden, dass sie ihre Anwesenheit dokumentieren. Andere äußern Kritik, so an der nur bedingten Lesbarkeit der Begleittexte. Immer wieder heißt es wörtlich oder sinngemäß: „Interessante Ausstellung, aber leider nichts Neues." Und: „Wichtige Fragen bleiben unbeantwortet."

Nun, wer tiefer einsteigen möchte, dem wird der stattliche Ausstellungskatalog angeboten: 328 Seiten, Großformat DIN A4. Er bietet nicht nur zahlreiche Abbildungen von Exponaten, sondern auch Aufsätze, die zusammengefasst sind unter den Überschriften „Zur Person Hitler", „‚Führerbewegung'", „Der Führerstaat", „Herstellung und Inszenierung der ‚Volksgemeinschaft'", „Der nationalsozialistische Krieg und die deutsche Gesellschaft" sowie „Hitler und kein Ende".



Hitler und kein Ende: Entgegen dem Eindruck beteiligten sich nicht alle Deutschen am Führerkult. Bild: dapd

Manche dieser Beiträge sind sehr gediegen, andere rufen schon deshalb Widerspruch hervor, weil immer wieder von *den* Deutschen die Rede ist, wo es schlimmstenfalls *die große Mehrheit* der Deutschen heißen dürfte.

> Ein Kommentator räumt ein, dass das viele verwendete »NS-Material ganz unbewusst und ungewollt deren Sicht« konserviere

Ein Kommentator räumt ein, dass die Verwendung von „NS-Material ganz unbewusst und ungewollt deren Sicht" konserviere. Begeisterung für Hitler war ganz im Sinne des Regimes und wurde deshalb von der Propaganda immer wieder provoziert und aufgezeichnet. Doch wie wurden die abweisenden Empfindungen dokumentiert? Der Oppositionelle war gut beraten, sich nur den nächsten Freunden zu offenbaren. Hans Mommsen widerspricht in seinem Beitrag der Einflüsterung, dass die „Volksgemeinschaft" Hitlers Politik getragen habe: „Die Fiktion einer geschlossenen ‚Volksgemeinschaft' war zwar durchweg Gegenstand der offiziellen Propaganda, aber sie gab es nur bedingt und nur bezogen auf die aktiven NSDAP-Anhänger."

Was wohl nur sehr wenige Besucher der Ausstellung und Leser des Katalogs wahrnehmen, ist das Fehlen der Zeitzeugen und der von ihnen hinterlassenen Dokumente. Eine Ausnahme bildet der Reserveoffizier Wilm Hosenfeld. Er wird mit den Worten zitiert: „Wir verdienen keine Gnade. Wir sind alle mitschuldig." Ungesagt bleibt, dass Hosenfeld schon am 15. April 1933 in die SA eingetreten war, also lange eine aktive Stütze Hitlers. Warum kommt kein jüdischer Zeitzeuge zu Wort und kein sonstiger Gegner des Systems? Ihnen verdanken wir das deutsche Volk betreffend höchst erfreuliche Aussagen, so dem Dresdner Juden Victor Klemperer: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde." Diese und Hunderte ähnlicher Feststellungen, erinnert sei an die voluminösen, aufschlussreichen Berichte der Auslands-SPD, hätte man durchaus in einem eigenen Raum dem Betrachter zeigen können. Dann stünde wohl nicht im Gästebuch: „Das Bild, das hier vor allem ausländischen Besuchern vermittelt wird, ist sehr unvollständig." *Konrad Löw*

Die Ausstellung im Deutschen Historischen Museum (DHM), Ausstellungshalle von I. M. Pei, Unter den Linden, Hinter dem Zeughaus, 10117 Berlin ist noch bis zum 6. Februar zu sehen. Die Ausstellung ist sonnabends bis donnerstags von 10 bis 18 Uhr sowie freitags von 10 bis 21 Uhr geöffnet; die Öffnungszeiten an den Feiertagen sind im Internet zu finden unter www.dhm.de. Der Eintritt kostet für Erwachsene 6 Euro, für Minderjährige ist er frei. Der Katalog „Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen" (328 Seiten, Sandstein Verlag) kostet 25 Euro. Nähere Informationen erteilt das DHM unter der Telefonnummer (030) 20304-444.

Katholischer Präsident

Der Reichstagsabgeordnete Franz von Ballestrem

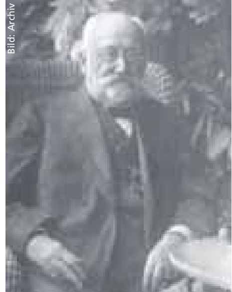
Dass einem auch als Nichtprotestanten im sogenannten Bismarckreich oder Preußen-Deutschland höchste Staatsämter offenstanden, zeigt die Biographie des katholischen Reichstagspräsidenten Franz Karl Wolfgang Ludwig Alexander Graf von Ballestrem.

Bereits vor seiner Geburt hatte seine ursprünglich aus Savoyen stammende Familie durch Einheirat den Besitz der Familie von Stechow erworben und im oberschlesischen Kohlenbergbau große Bedeutung gewonnen. Als erstgeborener Spross eines solchen Geschlechts stand dem am 5. September 1834 auf Schloss Plawniowitz im Landkreis Gleiwitz Geborenen eine akademische Ausbildung gleichsam doppelt offen. Nach dem Besuch des Katholischen Gymnasiums in Glogau und der Philosophischen Lehranstalt der Jesuiten in Namur besuchte er die Bergakademie in Lüttich.

Dieser auf den Familienbesitz bezogenen Ausbildung folgte 1855 der Dienst in der Armee. Als Kavallerieoffizier nahm er sowohl am Deutsch-Dänischen als auch am Deutschen Krieg teil. Beim Vormarsch auf Paris stürzte der Adjutant der 2. Kavallerie-Division allerdings so unglücklich vom Pferd, dass er den Dienst quittieren musste.

Mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse sowie dem Roten Adlerorden ausgezeichnet, stürzte sich der überzeugte Katholik nun in die Politik. Er sammelte in seiner schlesischen Heimat die Zentrumsanhänger in einem Wahlverein und wurde 1872 erstmals in den Reichstag gewählt, dessen Mitglied er mit einer Unterbrechung bis 1907 blieb.

Ballestrem behielt seinen Reichstagssitz auch, als 1879 sein Vater starb. Trotz seines bergwissenschaftlichen Studiums übernahm er nicht die Geschäftsführung, überließ diese vielmehr einem Generaldirektor. 1890 übernahm er von seinem Parteifreund Georg Arbogast von und zu Frankenstein den Fraktionsvorsitz des Zentrums und dessen Sitz im Präsidium des Reichstages.



Graf Franz von Ballestrem Bild: Archiv

Wenn Ballestrem auch im Kulturkampf 1874 hart mit Reichskanzler Otto von Bismarck zusammengestoßen war, so bemühte er sich doch seit dessen Ende 1878 um eine regierungsnahe Politik seiner Partei – was seiner Parteikarriere schadete. Als er für die Heeresvorlage von Bismarcks Nachfolger Graf Leo von Caprivi eintrat, die eine Erhöhung der Heeresstärke vorsah, verlor er nicht nur den nach Ludwig Windhorsts Tod im Jahre 1891 entbrannten Kampf mit Ernst Lieber um dessen Nachfolge als Parteiführer. Seine Isolation ging so weit, dass er bei der Reichstagswahl von 1893 auf eine Wiederwahl verzichtete.

Bereits bei den nächsten Wahlen 1898 gelang ihm allerdings der Wiedereinzug in den Reichstag, zu dessen Präsident er noch im selben Jahr gewählt wurde. Ballestrem behielt dieses ehrenvolle Amt bis 1906.

Wenn Ballestrem seine regierungsnahe Haltung auch in der eigenen Partei Probleme bereitet hatte, so wurde sie ihm doch vom Staat gedankt. Bereits seit 1873 Geheimer Kämmerer des Papstes, wurde der deutsche Katholik 1900 von Wilhelm II. zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel „Exzellenz" ernannt. Drei Jahre später wurde Ballestrem, der seit dem Tode Windhorsts neben dem Reichstags- auch noch einen Sitz im preußischen Abgeordnetenhaus besaß, erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses.

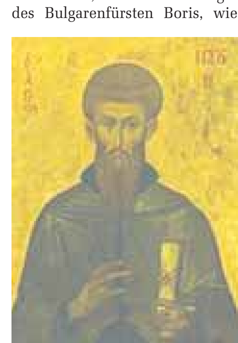
Am 23. Dezember 1910 starb der Ehrenritter des Malteserordens und Komtur der Ballei Schlesien auf Schloss Plawniowitz, wo er über 76 Jahre zuvor zur Welt gekommen war. *Manuel Ruoff*

Heiliger Schriftgelehrter

Vor 1100 Jahren starb Kyrills und Methods Schüler Naum

Ende Oktober veranstalteten die Bulgaren, Anfang November die Mazedonier internationale Kongresse über Leben und Werk des Heiligen Naum, von dem nur zwei Fakten unstrittig sind – dass er einer der Schüler der „Slawenapostel" Kyrill und Method war und dass er am 23. Dezember 910 verstarb. Kyrill und Method, byzantinische Mönche und Slawen aus Thessaloniki, hatte der byzantinische Kaiser Michael III. 863 ins Großmährische Reich geschickt, damit sie dort das Christentum in slawischer Sprache verbreiteten. Für Übersetzungen liturgischer Texte hatten die beiden ein neues Alphabet entwickelt, die „Glagoliza", die ihre slawischen Gehilfen und Begleiter, darunter Naum, Kliment und Angelarij, im südslawischen Raum verbreiteten. Kyrill starb 869 in Rom, Method 885 in Mähren, ihre Schüler wurden von deutschen Klerikern unter Bischof Wiching von Neutra aus dem Land gedrängt.

Der Naum-Trupp kam nach Belgrad, damals ein Grenznest im altbulgarischen Reich, und reiste weiter in die Hauptstadt Pliska, wo Fürst Boris sie erfreut aufnahm. Der hatte 864 mitsamt allen Bulgaren und dank der Vermittlung seines fränkischen Partners, König Ludwigs des Deutschen, von Byzanz das Christentum angenommen. Das bescherte den slawischen Bulgaren eine gräzisierte Kirche, die sie nun durch Naum und die Seinen slawisieren wollten. Fürst Boris platzierte die Neuankömmlinge umsichtig, schickte den genialischen Kliment ins makedonische Ohrid, behielt den diplomatischen Naum in der Hauptstadt Pliska und ließ beide an ihren Wirkungsorten Schulen nach dem Muster der berühmten Magnaura-Schule von Byzanz gründen. An der hatten Kyrill gelehrt und Simeon, Sohn und Nachfolger des Bulgarenfürsten Boris, wie



Der Heilige Naum Bild: Archiv

auch Naum studiert. Kliments Ohrider Schule ist die berühmtere, weil sie 3500 Mittler von Kyrills und Methods Schriftkultur ausbildete und zu allen Slawen schickte.

Das war möglich, weil im makedonischen Süden die Slawen unter sich waren und in der nördlichen Hauptstadt die slawische Magnaura-„Fraktion" um Naum und Simeon ihre dortige Schule zur Denkfabrik gegen Byzanz ausbaute. Details hat Naum, unter dem Pseudonym Tschernorisez hrabar (mutiger Mönch), in dem Traktat „Über die Buchstaben" gewürdigt, wo er als Mitbeteiligter das Werk von Kyrill und Metod feiert. Doch eigentlich haben wir keine Originaltexte von ihm – weil dieser polyglotte Schriftkundige den Herrschern Boris und Simeon als Premier, Außenminister, Geheimdienstchef, Archivar, Berater und in weiteren Rollen diente, die nicht für den offenen Markt taugen. So berichtete es der Deutsche Regino von Prüm, der 893 Augenzeuge des bulgarischen Reichstags war, als Simeon zum Zaren gekrönt wurde, Bulgarien die nationalkirchliche Unabhängigkeit von Byzanz erlangte und das Duo Simeon und Naum die alte Schriftnorm „Glagoliza" gegen die leichtere „Kyrilliza" auswechselte – ein Kompromiss-Alphabet, dem griechischen ähnelnd und so griechische Aggressivität gegen „barbarische" Slawenkultur dämpfend. In Makedonien hielt man noch drei Jahrhunderte an der Glagoliza fest, und dorthin ging Naum, um am Ufer des Ohrid-Sees sein Kloster zu bauen, das später nach ihm benannt wurde. Seine und Simeons Kyrilliza ist seit dem EU-Beitritt Bulgariens 2007 „europäische" Schriftnorm, die wohl bald auf jedem Euroschein erscheinen wird. Naums Lehrer Kyrill und Method hat Papst Johannes Paul II. 1980 zu Schutzpatronen Europas erhoben. Vielleicht wird Naum das auch, da doch aller guten Dinge drei sind. *Wolf Oschlies*

Als Polen von der Landkarte verschwand

Harte Konsequenz des Aufstandes gegen die Zweite Teilung – Petersburg und Wien schanzten Preußen den »Unruheherd« Warschau zu

Mit der Zweiten Teilung war das Königreich Polen im Jahre 1793 auf etwa 240000 Quadratkilometer mit dreieinhalb Millionen Einwohnern halbiert worden. Hiergegen erhob sich am 24. März 1794 ein Aufstand unter der Führung von Tadeusz Kosciuszko. Er wurde niedergeschlagen und hatte die Aufteilung Restpolens zur Folge – und Preußens Erwerb weiterer Teile Polens.

Kosciuszko war Bürger der USA, Ehrenbürger Frankreichs und mit der revolutionären Entwicklung in beiden Ländern vertraut. Als einziger polnische General, der in dem der Zweiten Teilung vorausgegangenen russisch-polnischen Krieg von 1792 gegen die Invasoren siegreich gekämpft hatte, als Teilnehmer am Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg auf Seiten der Kolonien sowie als Streiter für die Sklavenbefreiung in Nordamerika genoss er allgemeine Autorität. Am 24. März 1794 rief er auf dem Marktplatz von Krakau zum Volksaufstand auf und proklamierte sich selber zum Oberbefehlshaber und Diktator bis zum Zusammentritt eines frei gewählten Reichstages. Bereits zwölf Tage zuvor hatte sich eine polnische Brigade, die sich ihrer Auflösung widersetzt hatte, auf den Marsch von Ostrolenka nach Krakau begeben. Die Teilungsmächte hatten Polen nämlich nicht nur auf die Hälfte verkleinert, sondern auch eine massive Truppenreduzierung auf 15000 Mann vorgeschrieben.

Kosciuszko standen Polens reguläre Truppen zur Verfügung, außerdem verstand er es, Zivilisten für den von ihm aufgenommenen Kampf gegen die Russen zu mobilisieren. Legendär sind die polnischen Bauern, die mit geradegeschmiedeten Sensen unter Kosciuszkos Befehl in den Kampf zogen. Auf dem Weg nach Warschau gelang den bestens motivierten Polen sogar bei Raclawice nördlich von Krakau am 4. April ein Sieg über die Russen. Der ersehnte Durchbruch Richtung Hauptstadt gelang zwar trotzdem nicht, doch brach dort am 17. ein Aufstand dortiger polnischer Truppen und Bürger aus, der insoweit erfolgreich war, als die russische Garnison die Stadt räumte. Weitere Aufstände folgten in Wilna und dem übrigen Litauen.

Wenn Kosciuszkos Versuche erfolgreich gewesen wären, den Preußenkönig Friedrich Wilhelm II. auf seine Seite zu ziehen, hätten die Polen vielleicht eine Chance gehabt. Dieses Unterfangen war allerdings erfolglos. Nachdem das spätabsolutistische Preußen das revolutionäre Frankreich bekämpft hatte, ließ es nun ein Heer von 50000 Mann gegen das revolutionäre Polen aufmarschieren. Am 6. Juni wurde Krakau von Preußen besetzt und auch Wilna verloren die Aufständischen. Auch Österreich intervenierte nun. Angesichts dieser Allianz der Teilungsmächte von 1772 und 1793 hatten die Aufständischen in Warschau und den anderen Teilen des Landes keine Chance.



Kampf zwischen russischen Truppen und polnischen Aufständischen in Warschau am 17. April 1794: An dem von dem polnischen Adligen und General Tadeusz Kosciuszko geführten Aufstand gegen die Zweite Teilung Polens beteiligten sich auch Zivilisten. Bild: dapd

Bei dem Versuch, die Vereinigung zweier ungefähr doppelt so großer russischer Armeen südöstlich von Warschau mit 6200 Mann zu verhindern, wurde Kosciuszkos am 10. Oktober 1794 in der Schlacht bei Maciejowice vernichtend geschlagen. Er selber geriet schwer verwundet in Gefangenschaft. Einen Monat später kapitulierte Warschau.

An der Niederschlagung des polnischen Aufstandes hatte sich Friedrich Wilhelm II. mit 50000 Mann beachtlich beteiligt. Doch entscheidend für den Verlauf der nun folgenden Dritten Teilung Polens war, dass die Zarin und der Kaiser übereinstimmend der Ansicht waren, dass Preußen bei den beiden vorausgegangenen Teilungen unverhältnismäßig gut abgeschnitten hätte, und dass das nun bei der Dritten Teilung eine Kompensation erfordere. Am 3. Januar 1795 einigten sich Katharina die Große und Franz II. auf einen Teilungsvertrag, dem Friedrich Wilhelm II. am 24. Oktober 1795 nolens volens beitrat.

Aus dem genannten Grund war Preußens Gewinn bei der Dritten Teilung Polens, die nun vollständig war und entlang der Flüsse Memel, Bug und Pilica verlief, mit 43000 Quadratkilometern und 1,042 Millionen Seelen am geringsten. Es erhielt den Rest Masowiens mit Warschau sowie den nördlich des Bug gelegenen Teil Podlachiens und den westlich der Memel liegenden Teil Litauens. Diese an Ost- und „Südpreußen“ grenzende Neuerwerbung bekam den künstlichen Namen „Neuostpreußen“. Außerdem bekam es nordwestlich der vergebens von Friedrich Wilhelm begehrten Stadt Krakau ein kleines Gebiet an der oberen Warthe. Dieses Gebiet an der Grenze zu Schlesien erhielt den nicht weniger ahistorischen Namen „Neuschlesien“.

Österreich bekam als Entschädigung für die an die Franzosen verlorenen Österreichischen Niederlande 51100 Quadratkilometer mit 1,098 Millionen Bewohnern. Der aus dem restlichen Teil Kleinpolens bis zu Pilica und zum Bug bestehende Teilungsgewinn Österreichs lag nördlich des Westteils Galiziens und bekam den Namen „Westgalizien“ – auch das eine Name „aus der Retorte“. Den Rest des polnischen Staatsgebietes, immerhin 146000 Quadratkilometer mit 1,338 Millionen Menschen, erhielt Russland.

Seines Landes auf diese Weise entwunden, dankte Polens König Stanislaus August am 25. Juni 1795 ab. Um sicherzustellen, dass die polnische Frage damit ein für allemal erledigt wäre, erklärten die drei Teilungsmächte 1797 das Königreich Polen für erloschen und versprachen einander, auf die Führung des Titels eines Königs von Polen zu verzichten. Im selben Jahr entstand im französischen Exil die heutige polnische Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren“. *Manuel Ruoff*

Schon zwölf Jahre später entstand das »Herzogtum Warschau«

Die richtige Antwort auf die Frage, wie lange Polens Teilung Bestand hatte, liegt zwischen gut einem Jahrzehnt (bis zum Vierten Koalitionskrieg) und über einem Jahrhundert bis 1916. Nach dem Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 schuf das traditionell polenfreundliche Frankreich aus Preußens Erwerbungen der Zweiten und Dritten Teilung das Herzogtum Warschau. Nach dem Fünften Koalitionskrieg von 1809 vergrößerte Napoleon das Herzogtum um die österreichischen Erwerbungen aus der Dritten Teilung. Aus Rücksicht auf Russland verzichtete Bonaparte ganz im Sinne des Versprechens von 1797 auf das Wort „Königreich Polen“. Mit der napoleonischen Ordnung Europas endete im Jahre 1815 auch das Herzogtum Warschau.

Nun war es der russische Zar, der aus preußischen und österreichischen Teilungsgebieten ein „Königreich Polen“ schuf. Anfänglich war dieses sogenannte Kongresspolen „nur“ in Personalunion mit dem Zarenreich verbunden, da der zeitweise liberale und reformfreudige Nikolaus I. in dem kleinen Land Reformen ausprobieren wollte, um sie später auf sein Riesenreich zu übertragen. Aus der anfänglichen Personalunion wurde dann spätestens nach dem polnischen Novemberaufstand von 1830 eine Realunion.

Im Ersten Weltkrieg schufen dann die Mittelmächte ein Königreich, das nach dem Kriege in eine Republik umgewandelt wurde. Nach französischem Vorbild nummerierten auch die Polen ihre Republiken durch. Zwischenkriegspolen lief dabei unter der Bezeichnung „Zweite Republik“. Obwohl er einen König an der Spitze hatte, ist der 1795 untergegangene polnische Staat nämlich weniger als „Königreich“ denn als „Adelsrepublik“ bekannt, weil es weniger der König als der Adel war, der dieses Gemeinwesen dominierte. Die „Zweite Republik“ ging im Zweiten Weltkrieg unter.

Nach dem Krieg war Polen „Volksrepublik“. Nach der Umwandlung in eine bürgerliche Republik im Jahre 1989 stellte sich Polen in die Tradition der Zweiten Republik und firmiert seitdem inoffiziell bis zum heutigen Tage unter der Bezeichnung „Dritte Republik“. *M.R.*

Ein »entlaufener Bürger« ohne politische Heimat

Kurt Tucholsky verzweifelte an den Zuständen in der Weimarer Republik und schließlich auch an Deutschland

Wie sein Vorbild Heinrich Heine war auch Kurt Tucholsky jüdischer Abstammung und konvertierte als Erwachsener zum Protestantismus. Der am 9. Januar 1890 in Berlin Geborene hatte einen wohlhabenden Vater, der bereits 1905 starb und seinem Sohn ein Erbe hinterließ, das diesem eine Ausbildung frei von Geldsorgen ermöglichte.

Kurt Tucholsky entschied sich für ein Jurastudium. 1911 schrieb Franz Kafka über ihn in sein Tagebuch: „Will Verteidiger werden ...“ Zwei Jahre später verzichtete er jedoch auf das für diesen Beruf notwendige erste Staatsexamen. Um überhaupt einen Abschluss zu haben, promoviert er 1915. Und das mit Ach und Krach, was dafür spricht, dass die Jurisprudenz wirklich nicht seine Welt war.

Anschließend wurde Tucholsky zum Militär eingezogen. Bis Ende 1916 war er an der Front, den Rest des Krieges in der Etappe. Er selber schrieb 1926 rückblickend: „Ich habe mich dreieinhalb Jahre im Kriege gedrückt, wo ich nur konnte.“ Und acht Jahre später behauptete er, sich bereits 1913 „als Pazifist schärfster Richtung in Deutschland betätigt“ zu haben. Andererseits soll Tucholsky sogar mit dem Gedanken an eine militärische Laufbahn gespielt haben. Sein Biograf Michael Hepp spricht deshalb bezüglich Tucholskys Attacken gegen den Militarismus von „einer Art öffentlicher Selbstanalyse“.

Selbstmord oder Unfall vor 75 Jahren

Erschwert wird die Verortung Tucholskys im politischen Spektrum dadurch, dass bei ihm nicht nur die Überzeugung, sondern auch Opportunismus die Feder führte – was ihm im linken Lager geharnischte Kritik einbrachte. Parteipolitisch kann man Tucholsky wohl zwischen SPD und KPD verorten. 1911 schrieb der „entlaufene Bürger“, als der er sich selber sah, seinen ersten Artikel für den „Vorwärts“ und machte für die SPD Wahlkampf. Als Pazifist, welcher der Verfasser des Satzes „Soldaten sind Mörder“ spätestens seit Kriegsende war, fand er 1920 zur USPD. Als sich diese pazifistische Abspaltung 1922 ihrerseits spaltete, wurde Tucholsky SPD-Mitglied. Trotz deren staatstragenden Charakters stand Tucholsky der Weimarer Republik anfänglich kritisch, schließlich sogar ablehnend gegenüber. Ähnlich wie die Kommunisten sah Tucholsky im langjährigen SPD-Vorsitzenden und Reichspräsidenten Friedrich Ebert ein Hassobjekt. Er warf ihm Verrat an der Novemberrevolution vor. Wie andere intellektuelle Bürgersöhne tat Tucholsky sich schwer mit der Parteidisziplin der KPD und deren unkritischer Verherrlichung der Sowjetunion. Trotzdem ließ er sich 1927 in den Vorstand ihrer Vorfeldorganisation „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) wählen und schrieb ab 1928 für die kommunistische Zeitschrift „Arbeiter Illustrierte Zeitung“. Tucholsky radikalisierte sich. Und es war nicht erst das nationalsozialistische Dritte Reich, sondern bereits die demokratische Weimarer Republik, die ihn 1930 ins schwedische Exil trieb.

Wenn Tucholsky mit seinen Texten auch politisch wirken wollte, so ist er doch nicht als Politiker, sondern als Literat in die deutsche Geschichte eingegangen. Im Jahre 1912 – also ein Jahr bevor er sich mit dem Verzicht auf das erste Staatsexamen gegen den Anwaltsberuf entschied – machte er sich mit der netten Liebesgeschichte „Rheinsberg“ einem breiteren Publikum bekannt.

Im darauffolgenden Jahr begegnete Tucholsky Siegfried Jacobsohn, dem Mann, von dem er kurz vor seinem eigenen Lebensende meinte, dass er ihm „alles, was er geworden ist“ verdanke. Nach der Begegnung ließ Jacobsohn Tucholsky in der von ihm herausgegebenen „Schaubühne“, der späteren „Weltbühne“, breiten Raum. Unter Tucholskys Einfluss wurde aus der Theaterzeitschrift ein politisches Blatt. Dort veröffentlichte der Journalist, der zu den gefragtesten und bestbezahlten der Weimarer Republik zählte, mehr als die Hälfte seiner über



Kurt Tucholsky Bild: pa

3000 Artikel, auch seinen wohl berühmtesten Satz: „Soldaten sind Mörder.“ Als ihr Frankreichkorrespondent konnte er schon vor seiner endgültigen Übersiedlung nach Schweden den von ihm immer mehr als elend empfundenen Zuständen in der Weimarer Republik entfliehen. Als 1926 Jacobsohn starb, übernahm er kurzfristig die Leitung der „Weltbühne“. Er trat sie aber bereits wenige Monate später an den von ihm geschätzten Mitstreiter Carl von Ossietzky ab, da er nicht dauerhaft nach Deutschland zurückkehren wollte. Als 1935 die Deutsche Liga für Menschenrechte, der beide angehören, Ossietzky für den Nobelpreis vorschlug, unterstützte Tucholsky die entsprechende Kampagne tatkräftig. Ihren Erfolg im Jahre 1936 erlebte Tucholsky nicht mehr. Er starb am 21. Dezember 1935 an einer Überdosis Schlaftabletten in seinem schwedischen Exil. Ob es Selbstmord war aus Frustration angesichts der NS-Herrschaft, einer schweren Krankheit und der finanziellen Abhängigkeit von seiner damaligen Lebensabschnittsgefährtin Hedwig Müller oder aber ein Unfall, ist und bleibt wohl unbekannt. *M.R.*

Rudolf Augstein und die »Chicago Daily Tribune« waren kritischer mit »Nürnberg« als die *PAZ*

Zu: „Deutsche Tabus" (Nr. 47)

Sie berichten kritisch über die neue Dauerausstellung in Nürnberg über das Kriegsverbrechertribunal. Was die politische BRD-Schickeria über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs und die Nürnberger Urteile noch heute im Siegerinteresse willig beglaubigt, das kann für jeden Deutschen, der die Kriegsjahre durchlebt hat, in der Tat nur beschämend sein.

Lesenswert ist, was der verstorbene „Spiegel"-Herausgeber, Rudolf Augstein am 7. Januar 1985 zum bevorstehenden 40. Jahrestag des Kriegsendes verbittert schrieb: „Das Gespenstige an der Potsdamer Konferenz lag darin, dass hier ein Kriegsverbrechergericht von Siegern beschlossen wurde, die nach den Maßstäben der späteren Nürnberger Prozesses allesamt hätten hängen müssen. Stalin zumindest für Katyn, wenn nicht überhaupt, Truman für die überflüssige Bombardierung von Nagasaki, wenn nicht schon für Hiroshima, und Churchill zumindest als Ober-Bomber von Dresden, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland schon erledigt war. Alle drei hatten ‚Bevölkerungsumsiedlungen' verrückten Ausmaßes beschlossen, alle drei wussten, wie verbrecherisch diese vor sich gingen. Gemessen am Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Sauckel, der Hitler die Arbeitskräfte zutreiben musste, hätten sie alle drei hängen müssen. Auch gemessen an Generaloberst Jodl wäre ihr Schicksal der Strick gewesen."

Die Sieger wussten, warum die Prozessdurchführung nicht in die Hände von Juristen aus neutralen Ländern gelegt werden durfte. Die Weltöffentlichkeit erkannte sehr schnell den Nürnberger Prozess als einen in der Geschichte beispiellosen Racheakt an den Besiegten. Selbst die „Chicago Daily Tribune" schrieb am 10. Juni 1946: „Das Statut, in dessen Namen die Angeklagten abgeurteilt werden, ist eine Erfindung Jacksons [= US-Hauptankläger] und widerspricht dem Völkerrecht, so wie es in der Zweiten Haager Übereinkunft definiert ist. Durch die Erfindung eines solchen Statutes verleiht Jackson der Lynchjustiz die Legalität."

Der Nürnberger Prozess ist tatsächlich nicht nur in den von der *Preußischen Allgemeinen* angesprochenen Punkten ohne Lehren geblieben. Beispielsweise verweigern die USA bis heute die Ratifizierung der Urkunde des Internationalen Strafgerichtshofes und damit ihren Beitritt. Wie lange noch werden die Völker der Welt diesem schändlichen Treiben zusehen?

Dieter Bock, Burgstall

Brutales Schächten

Zu: „Elchschaufel in Gefahr" (Nr. 44)

Die Tierschutzfreunde sollten erst mal dafür sorgen, dass das Schächten von Schafen verboten wird, was eine viel größere Tierquälerei ist. Gewisse Gruppen in unserem Land betreiben diese widerliche Grausamkeit entgegen dem Tierschutzgesetz. Der Staat toleriert diesen Gesetzesbruch. Herr Beck tut ein gutes Werk, wenn er dieser Grausamkeit Einhalt gebietet.

Dr. Klaus Krech, Ahrensburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Foto: pa

Konservative sind in der EKD-Spitze kaum mehr zur finden: Der neue Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland Nikolaus Schneider mit Katrin Göring-Eckardt, Präses der Synode

EKD: Protagonisten des Materiellen

Zu: „Wie die 68er die EKD übernommen haben" (Nr. 48)

Während meines Studiums hörte ich in einer evangelischen Studentengemeinde den halblaut geraunten Satz „Wer Theologie studiert und die Uni nicht als Heide verlässt, ist nicht ehrlich."

Als ahnungsloser Laie hielt ich dies zunächst für eine nicht ganz ernst zu nehmende studentischübermütige Respektlosigkeit. Doch wenig später erklärten mir die angehenden Theologen, dass die Moses-Kapitel nicht von Moses, die Evangelien nicht von den Evangelisten und die Paulusbriefe nicht von Paulus stammen, dass die meisten Jesus-Worte ebenfalls nicht authentisch sind und eine Menge historischer Bibel-Ereignisse nachweislich nicht stimmen.

Von daher wurde deutlich, weshalb sich Theologie und Kirche nur noch „sozial" orientierten und Altem und Neuem Testament eine eigene, beliebige Auslegung gaben.

Zwangsläufig hat diese Entwicklung die kirchlichen Gemeinden verunsichert und schließlich ratlos gemacht und die Kirchen geleert.

Die 68er in den Talaren und Etagen der Evangelischen Kirche in Deutschland haben den Gemeinden nicht Wahrheit geben und mit allgemeingültiger Ethik helfen wollen. Sie wurden stattdessen Protagonisten des sozial rein Materiellen, des moralisch Abnormen und zu geistigen Mitverursachern des Asylmissbrauchs und der Überfremdung.

Dr. K.-J. Schneider-Haßloff, Berlin

Aufklärung über die Geschichte tut Not

Zur *PAZ*

Seit ich die *PAZ* im Abo beziehe, ist jeder Freitag ein Sonnenschein in meinem Herzen. Ich reiche das Blatt immer weiter und hoffe, Interesse zu wecken. Mein Herz schlägt für Preußen und Deutschland. Leider ist hier in den neuen Ländern das Wort Preußen schon beinahe unbekannt, zumindest sollte man das nicht sagen – denken die Massen. Dem ist doch nicht so und deshalb bekenne ich mich als Preuße und setze alle meine mögliche Kraft für die Aufklärung ein. Das brachte mir schon viel, viel Ärger. Denn sie leben noch und sitzen fest in Ämtern: die rote Brut.

Die Menschen brauchen Aufklärung, damit sich der Geist reinigen kann. Das Interesse besteht. Kaum einer kennt hier die noch offene deutsche Frage und natürlich auch nicht, was damit zusammenhängt. Die Notwendigkeit eines Friedensvertrags, der Streichung der Feindstaatenklausel, des Besatzungsrechts. Nötig wäre auch die Aufklärung über die juristische Stellung des Deutschen Reiches und der Berliner Republik.

Ich persönlich vermisse etwas über Danzig – das sollten wir nicht vergessen. Ich habe das Gefühl, die Menschen suchen einen Weg, auch jüngere Leute. Ein gutes „Blatt" kann hilfreich sein.

Manfred Klaus, Peissen

EKD vertritt bald nur noch Laue und Linke

Zu: „Unwahrhaftigkeit und Feigheit" (Nr. 48)

Die zahlenmäßige Bilanz der evangelischen Landeskirchen (EKD) aus den aktuellen Aus- und Eintritten und den Säuglingstaufen ist eher etwas besser als die der römisch-katholischen Kirche, deren „rechter" Flügel die eigene Kirche in katastrophaler Lage sieht. Gleichzeitig vertritt die EKD immer mehr nur noch Laue und Linke. Aktive konservativere Protestanten (deren Gottesdienste meist mehr Evangelische besuchen als die der EKD-Linken) haben in Deutschland in den letzten 30 Jahren schätzungsweise 4000 bis 5000 EKD-unabhängige Gemeinden neu gegründet. Die meist konservativere Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche, die konservative Evangelisch-Lutherische Freikirche und die ebenfalls konservative Kamen-Initiative haben inzwischen fast überall Gemeinden. Allein dank konservativerer Kirchen wächst der Weltprotestantismus weltweit schneller als alle anderen großen Weltreligionen, einschließlich des Islam. Im Gegensatz zum papsttreuen römischen Katholizismus und Teilen der EKD lehren Evangelisch-Konservative, dass Moslems mit Allah nicht Gott anbeten, sondern einen Götzen.

Ulrich Motte, München

Zurückgedrängt

Zu: „Türkische Chupze in Wien" (Nr. 46)

Die Europäer werden Stück für Stück in allen Lebensbereichen zurückgedrängt wie einst die Indianer in Nordamerika. Der Unterschied ist allerdings, dass viele Indianer wenigstens versucht haben, sich und ihr Land zu verteidigen. Die meisten unserer Häuptlinge tun jedoch das Gegenteil.

Lorenz Spiewok, Berlin

Schönes Geschenk

Zur *PAZ*

Mein Mann und ich sind sehr erfreut, dass wir Ihre Zeitung abonniert haben. Allerdings war meine Überraschung groß, von Ihnen auch noch ein Geschenk zu bekommen, das ich – wegen der Fülle von Informationen – an unsere Kinder weiterleite. Sehr herzlich danke ich Ihnen für dieses Geschenk.

Elisabeth Weber-Schebky, Ostfildern-Kemnat

Danke für das Buch von de Zayas

Betr.: *PAZ*-Gewinnspiel

Das Buch „50 Thesen zur Vertreibung" habe ich erhalten und danke Ihnen. Ich habe mich über den Gewinn des Buchpreises sehr gefreut. Da ich selber mit meiner Familie am Ende des Zweiten Weltkrieges aus Ostpreußen vertrieben wurde, schätze ich die interessante Stellungnahme zu diversen Themen besonders, vor allem, weil ich Alfred de Zayas aus der *PAZ* kenne.

Kurt Balbach, Nürnberg

Unentschuldbare Verbrechen

Zu: „Von Mitschwestern kennen wir ihr grausames Ende" (Nr. 39)

Der Bericht über die grausamen Erlebnisse der Ordensfrauen ist für Menschen, die nur die Nachkriegszeit kennen, so unvorstellbar, vor allem, dass man so wenig darüber berichtet.

Ich selbst komme auch aus Ostpreußen, konnte aber rechtzeitig flüchten, was aber Ordensschwestern auf Grund ihres Glaubens, anderen Menschen zu helfen, nicht möglich war.

Wenn man es auch versucht, sich einmal vorzustellen, dass die Rotarmisten, von Stalin aufgehetzt, voller Hass auf deutsche Menschen waren, gibt es doch keinen Grund dafür, so brutal und unwürdig vorzugehen, vor allem, wo doch sichtbar war, dass es Krankenbetreuer waren. Wenn man dann noch liest, dass es sich bei diesen Bestien, die so unwürdig bei den Schwestern vorgingen, um hohe russische Offiziere handelte, kann man auch nach so vielen Jahren nur noch Hass und Verachtung für die sogenannten Befreier empfinden. Dafür gibt es keine Entschuldigung.

Wenn man dann an den Auftritt unserer Kanzlerin bei der Siegesfeier in Moskau denkt, wo sie der Roten Armee im Namen aller Deutschen für die Befreiung vom Faschismus dankt, dann kann man an Gerechtigkeit nicht mehr glauben. Das Wort „Befreiung« klingt bei den Menschen, die diese Horden erlebt haben, wie eine Verhöhnung der Opfer, die sich für Hilfsbedürftige aus Überzeugung einsetzten.

Wann wird man endlich in unserem Land dazu kommen, auch der unschuldigen deutschen Opfer, die so grausam ums Leben kamen und leiden mussten, würdevoll zu gedenken? Man könnte sich auch vorstellen, dass von Seiten der Kirchen mehr öffentliche Aufklärung über diese grobe Verletzung der Menschenrechte erfolgen müsste.

Man kann nur hoffen, dass in unserem Rechtsstaat endlich mehr über die deutschen Opfer – vor allem in den Medien – öffentlich berichtet wird, ohne ständige Bemerkung „Verbrechen gegen Verbrechen".

In keinem anderen Land würden sich die Menschen gefallen lassen, dass ein Denkmal an die eignen Opfer des Krieges von den Siegermächten nach so vielen Jahren untersagt wird.

Ursela Maertin, Rostock

Brückenbauer

Zu: „Ignoranz, die kalt macht" (Nr. 43)

Dem Artikel von Wilhelm v. Gottberg stimme ich voll zu. Ich hoffe sehr, dass Herr v. Gottberg seine Stellungnahme auch dem Deutschlandfunk mitgeteilt hat. Wir Vertriebenen brauchen uns das nicht gefallen zu lassen, dass eine Kommentatorin, die offensichtlich wenig Sachkenntnisse hat, so etwas in einem vielgehörten Sender von sich gibt. Wir sind die Brückenbauer und das aus eigenen Mitteln, etwa mit der Bruderhilfe. Es passt in unsere Zeit, dass immer mehr Menschen über Ereignisse mitreden wollen, von denen sie wenig Ahnung haben. Natürlich steckt dahinter eine gewisse Absicht, die linke Schickeria würde am liebsten die Vertreibung abschaffen.

H. John, Völklingen

Nicht die DDR, sondern die Vertriebenen trugen die Hauptlast

Zum Leserbrief „Westen war nicht besser als DDR" (Nr. 44)

Die Leserin schreibt, wenn man schon vergleiche, dann solle man „ehrlich schreiben, dass der sogenannte Osten 90 Prozent der Reparationen zahlen musste und man uns auf dem Weltmarkt Steine in den Weg legte, wo es nur ging". Nein, 90 Prozent der Reparationen hat der sogenannte Osten (gemeint ist hier die SBZ/DDR) ganz sicher nicht gezahlt. Im Gegenteil. Den Löwenanteil der Reparationen haben zweifelsfrei die Heimatvertriebenen gezahlt, denn sie bezahlten mit ihrem Land und ihrem Vermögen. Die von den Siegermächten als Beute in Besitz genommenen ostdeutschen Gebiete sind selbstverständlich echte Reparationen, auch wenn Polen und Russland hierzu eine andere Rechtsauffassung vertreten.

Die Leserbriefschreiberin meint mit „Reparationen" sicherlich die Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion. Insoweit drückt sie zwar eine bekannte mitteldeutsche „Befindlichkeit" aus, doch wird diese durch ständiges Wiederholen nicht richtiger. Die Entnahmen aus der Vermögenssubstanz waren, gemessen an Vorkriegswerten, in Mitteldeutschland zwar tatsächlich höher als in Westdeutschland – sie betrugen etwa 5,3 Milliarden Reichsmark (Westzonen/BRD) zu 6,1 Milliarden RM (SBZ/DDR), doch waren die sonstigen Kriegsschäden (zum Beispiel Bombenschäden) im Westen mit über 60 Milliarden R-Mark rund viermal so hoch wie in Mitteldeutschland. Vergessen werden darf auch nicht, dass sich die SBZ/DDR als das bessere, das antifaschistische Deutschland um die Zahlung von Kriegsfolgelasten „drückte" – weder gab es Lastenausgleich in der DDR noch eine Rückerstattung jüdischen Vermögens oder eine Wiedergutmachung (Lastenausgleich: 65 Milliarden Euro, Wiedergutmachung: 68 Milliarden Euro). Im Gegenteil, Bodenreform, Beschlagnahmen und Wegnahmen entsprachen in ihrer Stringenz durchaus den Maßnahmen der Vertreiberstaaten. Die DDR drückte sich auch um eine Auslandsschuldenregelung (die BRD zahlte die aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Schulden ebenso alleine wie die Schulden aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg). Kurz und gut – in einem Vergleich der Gesamtlasten käme man ganz zweifelsfrei zu dem Ergebnis, dass die SBZ/DDR den geringsten Anteil an den Kriegs- und Kriegsfolgelasten getragen hat.

Richtig ist an den Ausführungen alleine, dass man der DDR auf dem Weltmarkt Steine in den Weg gelegt hat, wo es nur ging – doch dies ist ein ganz anderes Thema.

Wilhelm Kreuer, Lohmar

Borna: Widmung für Ostpreußen

Betrifft: Zentrum gegen Vertreibungen

Mehrfach fand ich in der *PAZ* Leserbriefe, in denen die Gründung einer vom Einfluss der Politklasse unabhängigen Gedenkstätte für die Opfer der ethnischen Säuberung Ostdeutschlands angeregt wurde. Dieser Versuch ist bekanntlich mit der Gedächtnisstätte bei Borna unternommen worden und vorerst gescheitert. Ich habe diese Initiative von Anfang an gekannt, die Verantwortlichen eindringlich auf den zu erwartenden Terror hingewiesen und sie bis zum traurigen Ende unterstützt. Jetzt erlebe ich die Fortsetzung des Kampfes gegen die Vertriebenen und schätze darum das Projekt Borna noch viel höher ein als vordem.

Als ich Anfang November von einer längeren Reise zurückkehrte, fand ich eine der zwölf für Borna bestimmten Stelen liebevoll aufgestellt vor. Sie hat mich beindruckt mit ihrer eindringlichen Erinnerung an die Millionen deutschen Opfer von Vertreibung, Gefangenschaft, Bombardierung und Zwangsarbeit. Übrigens steht auf der anderen Seite des Steins die Widmung für Ostpreußen mit der Zahl der Toten und Vertriebenen, ergänzt durch Worte von Agnes Miegel.

Adolf Frerk, Geldern

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 18. Dezember 2010

MELDUNGEN

Neue Hauptstraße

Allenstein – Bereits seit einigen Monaten wird an der neuen General-Wachs-Straße (ul. Artyleryjska) gebaut. Dieses Bauvorhaben führt das polenweit bekannte Unternehmen Strabag aus. Es soll die Robert-Schuman-Straße mit der Ausfallstraße in Richtung Guttstadt, die weiter bis zur Staatsgrenze führt, verbinden. Diese Investition ist die Verwirklichung eines bereits vor vielen Jahrzehnten entworfenen Plans, auf welche die meisten durch Staus geplagten Allensteiner große Hoffnungen setzen. Sie setzt zugleich den Umbau der bisherigen Gleisunterführung am Vorstädtischen Bahnhof und die Ersetzung der ausgedienten Überführung am Ausgang der Hindenburgstraße (ul. 1. Maja) voraus. Deswegen wurde in deren nächster Nachbarschaft für die Zeit der Bauarbeiten ein Bahnübergang mit den hierorts lange nicht mehr gesehenen Bahnschranken eingerichtet. Was aber das Interesse von Liebhabern der Stadtgeschichte besonders weckt, sind zwei anfänglich sehr geheimnisvoll wirkende Ausgrabungen. Im ersten Fall handelt es sich um die Kellerräume einer Apotheke. Man hat dort bis heute lesbare Drucke, alte Glasgefäße und anderes Zubehör entdeckt. Der andere unterirdische Raum war bei dessen Entdeckung voll mit Wasser gefüllt. Nachdem es abgepumpt worden war, stellte sich heraus, dass er unbekannte, zum Teil verrostete Anlagen birgt. Sachkundige sind zu dem Schluss gekommen, dass es eine technische Rarität im wahrsten Sinne des Wortes ist, und zwar eine aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert stammende Vorrichtung zur Beseitigung der städtischen Abwässer – die Erfindung eines englischen Ingenieurs, die damals nirgendwo anders auf dem europäischen Kontinent genutzt wurde. Nun wird erwogen, wie die beiden wertvollen Entdeckungen technisch und stadtgeschichtlich Interessierten zugänglich gemacht werden können. *G. S.*

Avtotor will expandieren

Königsberg – Wladimir Schtscherbakow, Chef der Avtotor-Holding, hat die aktuellen Produktionszahlen für dieses Jahr belanntgegeben und ehrgeizige weitere Ziele vorgestellt. Dieses Jahr werden wohl gut 170 000 Fahrzeuge von BMW, Kia und diversen General-Motors-Marken von den Fließbändern rollen. Mit Hilfe von Investitionen von umgerechnet über 80 Millionen Euro, die in den letzten zwei Jahren getätigt wurden, soll die Produktion im kommenden Jahr auf 250 000 Einheiten erhöht werden. Bis 2015 soll der Jahresausstoß auf 400 000 Fahrzeuge gesteigert werden. Zur Erreichung dieser ehrgeizigen Ziele sollen bis 2014 weitere rund 750 Millionen Euro investiert werden. *PAZ*

Winter-Chaos in Nordostpreußen

Räumdienste sind machtlos gegen die Schneemassen – Politiker erwägen Änderung der Verkehrsordnung

Starke Schneefälle im Königsberger Gebiet halten die Winterdienste in Atem. Obwohl die städtischen Räumdienste gut vorbereitet waren, konnten sie das Chaos auf den Straßen nicht verhindern.



Weiße Pracht im Stadtzentrum: Was einigen Anlass zur Freude gibt, ist anderen eine Last. Bild: Jurij Tschernyschew

In diesem Jahr kam der Winter zwar erheblich später als im vergangenen, dafür aber mit aller Macht. Innerhalb weniger Tage sind Königsberg und das Umland buchstäblich im Schnee versunken.

Die städtischen Räumdienste hatten sich auf die diesjährige Wintersaison gut vorbereitet. Schon beim ersten Schneefall waren auf den Straßen der Stadt Dutzende Räumfahrzeuge unterwegs. Kurz darauf waren es schon über 100. Trotzdem konnte nur etwa ein Drittel der Straßen geräumt werden. Die Arbeiter konzentrierten sich in erster Linie auf die großen Kreuzungen.

Für die Reinigung der Bürgersteige und Privatwege sind – wie in der Bundesrepublik Deutschland – die privaten Anwohner zuständig. Hausmeister und Haustechniker sind der Streupflicht bisher nur dürftig nachgekommen.

Am Straßenrand geparkte Fahrzeuge behindern immer wieder die Räumfahrzeuge. Deshalb denken die Politiker darüber nach, neue Regeln aufzustellen, damit die Behinderung der Räumfahrzeuge vermieden wird. Gedacht ist an das Aufstellen neuer Verkehrszeichen, die das Parken am rechten Fahrbahnrand nur an geraden Tagen erlauben und am linken an ungeraden. Dann könnten beide Straßenseiten abwechselnd von Schnee und Eis befreit werden. Um das Räumen auch bei dichtem Verkehr zu gewährleisten, müssen die Räumdienste teilweise die Hilfe der Verkehrspolizei heranziehen.

Währenddessen müssen Fußgänger sich selbst auf den Gehwegen der Hauptstraßen vorkommen, als liefen sie auf Sand, wenn sie in einem zentimeterhohen Gemisch aus Schnee, Matsch und Sand versinken. Die Situation auf den Fahrbahnen ist oft noch schlimmer. Eis- und Schneeglätte haben schon zu zahlreichen Unfällen geführt. Jeden Morgen ereignen sich im Berufsverkehr Dutzende Glätteunfälle.

> Pendler stehen in kilometerlangen Staus

Besonders für Pendler aus den umliegenden Orten sind die Straßen im Zentrum eine alltägliche Herausforderung. Zum Beispiel dauert die zehn Kilometer lange Fahrt aus Neuhausen (Gurjewsk) nach Königsberg sehr lange, denn der Stau zieht sich über die gesamte Strecke hin. Dieses Problem betrifft ebenso die Bewohner des Samlandes und die von Metgethen (Kosmodemjansk) und Aweiden (Juschnyj): Der Verkehr kommt mit höchstens 20 Stundenkilometern voran.

Der starke Schneefall hat nicht nur den Verkehr im Gebiet lahm gelegt, sondern vielerorts auch zu Strom- und Heizungsausfällen geführt. Zirka 1500 Menschen in den Dörfern Margen (Schukowskoje) und Großheidekrug (Wzmorje) hatten keinen Strom, weil Masten und Leitungen unter dem Gewicht des Schnees zusammengebrochen waren. Betroffen waren auch Schulen, Heizwerke und Kläranlagen.

Bislang haben die Meteorologen noch keine Entwarnung gegeben. Auch für die kommende Woche werden starke Schneefälle erwartet. *Jurij Tschernyschew*

Uralter Hafen

Teile von Altstadt und Lastadie entdeckt

In unmittelbarer Nähe der Baustelle für die neue mehrspurige Pregelbrücke ist der Bau eines Hilton-Hotels geplant. Bei der obligatorischen archäologischen Untersuchung, die jedem Neubau im Zentrum vorausgeht, wurden die Überreste einer alten Stadt entdeckt.

Der Ort der Ausgrabungen gehört zum Teil zur Altstadt und zur Lastadie, dem Verladekai des Hafens. Es ist einer der ältesten Teile der Stadt, denn direkt neben dem heutigen Sportkomplex „Junost“ befand sich der erste Königsberger Hafen, der im 13. Jahrhundert angelegt worden war. Schon früh wurde hier mit Fisch, Getreide und Stoffen gehandelt. Später wurde dieser Platz mit Lagerhallen bebaut. Es kam häufig zu Bränden, von denen viele Funde unterschiedlichen Alters zeugen. Die Brückenbauer fanden Überreste von Häusern und Gassen der alten Stadt, außerdem große Findlinge sowie Treppen, Fundamente von Wohnhäusern, Pflaster und vieles andere. Das ist deshalb ungewöhnlich, weil bisher in der Innenstadt noch nie ganze Straßenzüge samt Häusern und Höfen entdeckt wurden. Viele Menschen sorgen sich nun um diesen Fundort, denn der Bau des Hotelkomplexes würde die archäologische Entdeckung für immer zerstören *Jurij Tschernyschew*



Innenstadt: Fundamente auf dem Hilton-Grundstück Bild: J.T.

Rentner- und Enkeldemo

Gegen Korruption, Willkür und Kirchenraub

Über 1000 Menschen demonstrierten Ende November im Königsberger Südpark gegen die Korruption. Es waren überwiegend Rentner zusammen mit ihren Enkeln.

Die Organisatoren hatten bewusst darauf verzichtet, Politiker einzuladen, um zu verhindern, dass die Protestkundgebung als Wahlkampfplattform missbraucht würde: Im März kommenden Jahres wird das Gebietsparlament neu gewählt. Zu den Organisatoren gehörten die Oppositionellen Wladimir Chabarow, Jewgenij Labuzin und Viktor Wassiljew. Die Demo wurde behindert, was zeigt, dass die Politik sie durchaus ernst nahm: Wer in den Südpark wollte, musste eine Sicherheitsschleuse wie am Flughafen passieren. Viele blieben hinter der Absperrung zurück. Auch die Polizeipräsenz war massiv – fast entstand der Eindruck, als seien sie in gleicher Zahl angerückt wie die Demonstranten. Der Südpark ist in der letzten Zeit ein alternativer Versammlungsort zu dem Denkmal „Mutter Russland“ geworden, wo bisher die meisten Demonstrationen stattgefunden haben.



Südpark: Regierungspartei Einiges Russland in der Kritik Bild: J.T.

Von der Tribüne erklangen Losungen gegen Korruption in allen Bereichen der Macht. Die Redner forderten den neuen Gouverneur Nikolaj Zukanow auf, die gleiche Politik zu betreiben wie der neue Moskauer Bürgermeister, der angekündigt hatte, alle korrupten Beamten zu verhaften und die von Präsident Medwedew geforderten Antikorruptionsmaßnahmen umzusetzen.

Die Organisatoren kritisierten die Regierung für ihre Untätigkeit, weil sie nicht hart gegen korrupte Beamte vorgehe und forderten die Entlassung einer ganzen Reihe von Beamten auf Stadt- und Kreisebene. Darüber hinaus fordern sie, die Vollmachten einiger Abgeordneter mit sofortiger Wirkung einzuschränken. Ein weiteres Anliegen der Redner galt der wilden Bebauung der Stadt. Auch die Übereignung ehemaliger lutherischer Kirchen an die Orthodoxe Kirche Russlands war ihnen ein Dorn im Auge. Sie sammelten Unterschriften für ein Protestschreiben an Präsident Medwedew gegen die Übereignung einiger Kirchen. *J. T.*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

„Süßer die Glocken nie klingen als zu der Weihnachtszeit“, so singen wir jetzt auf unseren Adventsfeiern, und manchmal tönt auch der Klang unserer heimatlichen Kirchenglocken mit, moderne Tonträger machen's möglich. Aber ostpreußische Kirchenglocken, die rechtzeitig ausgelagert und in Glockenarchiven bewahrt blieben, hängen heute in den Türmen hiesiger Kirchen, und von einer berichtet uns Frau **Helga Krause** aus Langenhagen. Was sie uns darüber mitteilt, passt so recht in diese Tage vor dem Fest: „Weihnachten steht vor der Tür, und ich wollte Ihnen schon lange geschrieben haben. Anlässlich einer Weihnachtsfeier im vergangenen Jahr, zu der mich meine Cousine in ihre Gemeinde eingeladen hatte, habe ich erfahren, dass eine Kirchenglocke aus Königsberg ihren Weg zu meinem jetzigen Wohnort gefunden hatte. Ich war darüber sehr erfreut und wollte Ihnen das schon längst mitgeteilt haben.“ Es ist gut, liebe Frau Krause, dass sie diese Glockenlegende für die Adventszeit aufbewahrt haben, jetzt fügt sie sich so gut in unsere weihnachtlich gestimmte Familie ein. Der zuständige Pastor übergab Frau Krause die Chronik der Kirche von Langenhagen, in der auch die Geschichte dieser ostpreußischen Glocke enthalten ist. So steht es da zu lesen:

„Das Geläut dieser Kirche bestand aus vier Glocken. Nach dem Krieg wurde das Geläut durch eine weitere Bronzeglocke bereichert. Diese Glocke mit Schlagton b-7/16, Durchmesser 0,86 Meter, 360 Kilogramm, stammt von der Glockengießerei Dörling in Königsberg/Preußen aus dem Jahre 1746 und trägt die Inschrift: Wenn ich die Ohren fülle, so füllst Du, Gott, das Hertz, sonst ist mein Ruf zum Grab und des Lebens gewiss vergebens. Soli den gloria, me fecit Johann Christoph Dorling Regiomonti 1746.

Diese Glocke hing nicht in einer Königsberger Kirche, sondern in der von Friedland, Kreis Bartenstein. Im Zweiten Weltkrieg wurde sie vor dem Einschmelzen bewahrt und in den Westen Deutschlands gebracht. Bei der Kirchenvisitation im Jahre 1953 in Langenhagen hörte die Gemeinde durch den Glockenrevisor von der Existenz der ostpreußischen Glocke. Dank der Initiative des in Langenhagen tätigen, aus Ostpreußen vertriebenen Pastoren-Ehepaares **Nasner** wurde daraufhin die Glocke nach Langenhagen gebracht. Am 1. Weihnachtstag 1956 fand die Weihe der Glocke statt. So die Kirchenchronik von Langenhagen. Wir danken Frau Helga Krause für ihre Bemühungen um die Herkunft der Glocke und die Übermittlung ihrer Nachforschung. Es waren damals viele Glocken ausgelagert, ein Teil befand sich nach dem Krieg im Hamburger Hafen, und im Jenisch-Haus, an der Elbchaussee wurden alle geretteten Glocken sorgfältig registriert. Ich habe 1950 das Glockenarchiv besichtigt, das leider später aufgelöst wurde, und auch für das noch junge *Ostpreußenblatt* geschrieben.

Damals hatte ich auch über jenen Flüchtlingsjungen geschrieben, den ich in einem Lüneburger Kinderheim fand und der als „österreichisches“ Waisenkind nach Salzburg gebracht werden sollte, weil man dort seine Heimat vermutete. Er stammte aber, wie ich feststellte, aus Hohensalzburg, dem alten ostpreußischen Lengwethen, das 1938 so umbenannt wurde aufgrund seiner Geschichte als Siedlungsdorf der Salzburger Einwanderer. So konnte der kleine **Werner**, der auf der Flucht von seinen Angehörigen getrennt worden war, wieder zu seiner Familie finden. Ich erwähnte diesen Vorgang in Folge 46 in Zusammenhang mit dem Suchwunsch von **Horst Ulrich** aus Stemmen, dessen Schicksal als Findelkind noch immer ungeklärt ist, was auch nach so langer Zeit auch sehr schwierig ist, bislang erfolgte jedenfalls noch keine Reaktion auf die Veröffentlichung. Aber es kam eine andere und die bezieht sich auf den Fall des kleinen Werner in dem Lüneburger Kinderheim. Herr **Gert-Hartwin Quiring**, Erster Vorsitzender des BdV-Verbandes Mainz/Stadt und des Landesverbandes Rheinland-Pfalz des Bundes der Danziger, schreibt: „Vor einiger Zeit erhielt ich ein kleines Buch mit dem Titel ‚Tohuus is tohuus‘ von 1951 für Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, erschienen im Zeit-Verlag, Hamburg. Dort ist eine wunderschöne Geschichte abgedruckt, wie eine Flüchtlingsfrau ihren kleinen Sohn wieder fand. Die Gewissheit, dass es ihr Sohn war, kam ihr, als sie das Spiel der Waisenkinder ‚Hänschen klein‘ beobachtet. ‚Lieb Mama, ich bin da ...‘ singen die Kinder am Schluss, und Hänschen läuft zu der Schwester, schlingt die Arme um ihren Hals und gibt ihr drei lange Küsse, einen auf die linke, einen auf die rechte Wange und einen auf den Mund. Damit hat die Mutter mit endgültiger Bestimmtheit festgestellt, dass es ihr Sohn ist, weil sie das Kinderlied damals mit ihm genau so gespielt hat. Steckt in dieser Geschichte eine wahre Begebenheit dahinter?“



Wer weiß etwas über das Schicksal der beiden linken Männer?: Erich Gadomski (rechts) mit dessen Neffen (Mitte) und einem Unbekannten (links) Bild: privat

Ich weiß nicht, ob Herr Quiring, als er den Brief schrieb, die „Ostpreußische Familie“ in Folge 46 schon gelesen hatte, ich glaube nicht, denn sonst wäre ihm die Ähnlichkeit der Vorgänge aufgefallen. Tatsächlich hat mich damals, als das Flüchtlingskind aus Hohensalzburg/Lengwethen durch meine Berichte seine Familie wieder gefunden hatte, dieser Vorgang so beschäftigt, dass ich ihn als Stoff für eine Kurzgeschichte verwendete, um auch in literarischer Form auf dieses so wichtige Thema aufmerksam zu machen, das – wie man jetzt am Beispiel des Horst Ulrich sieht – noch immer aktuell ist. Sie wurde in dem erwähnten Buch veröffentlicht, später schrieb ich sie noch einmal um, nannte sie „Das Pitschchen“, und unter diesem Titel erschien sie zuletzt im Kalenderbuch „Der redliche Ostpreuße“, Jahrgang 2002. Ich freue mich natürlich sehr, dass Herrn Quiring diese Geschichte so gefallen hat – was kann sich ein Schriftsteller mehr wünschen?

Ich würde auch gerne ein neues Buch schreiben, aber die Arbeit für die „Ostpreußische Familie“ hat nun einmal Vorrang, denn da geht es nicht um fiktive, sondern reale Schicksale. Die „Bunten Nuschtkes“, die früher unsere Kolumne bestimmten – also die kleinen, unsere ostpreußische Lebensart betreffenden Wünsche und Fragen –, sind längst und leider in den Hintergrund getreten. Und da viele neue Leserinnen und Leser hinzugekommen sind, die keine persönlichen Beziehungen zu uns Ostpreußen und unserer Heimat haben, ist die Arbeit schwieriger und zeitaufwendiger geworden. Immer wieder muss ich betonen, dass unsere „Ostpreußische Familie“ ein Redaktionsbeitrag ist, der unser Leserschaft eine Kommunikationsmöglichkeit auf breiter Basis bietet, aber wir können – um nur ein Kriterium zu nennen – keine fachlich fundierte Familienforschung betreiben. Meine „Ein-Frau-Redaktion“ wäre da gänzlich überfordert. So bin ich Herrn Dr. **Wolfgang Klein** aus Schwörstadt dankbar, dass er mir auf einem Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont sein Ortsverzeichnis mit über 52000 Ortsnamen mit ihren Synonymen überlassen hat – eine großartige Arbeit! –, aber es stimmt schon, wie er jetzt in einem Brief schreibt: „Sie haben sicher nicht immer die Zeit, in verschiedenen Verzeichnissen nach Namen zu suchen“. Deshalb bin ich froh, dass er dies im Falle „Czarnowken“, den wir in Folge 47 behandelten, getan hat und Folgendes erklärt:

„Nun zum Ort Czarnowken (wohl gegründet und erstmalig in Urkunden erwähnt 1572). In meinem Verzeichnis sind folgende Synonyme für diesen Ort aufgeführt: Czarne (1663), Carnowken, Zarnen, Zarnoffcken und Zarnoffken. Der von Herrn **Becker** genannte Namen Zarnowski ist die oft verwendete Anwendung – von Laien – von Ortsnamen mit en-Endung im masurischen Gebiet, was ich selbst erlebt habe. Bei Orten mit dem Anfangsbuchstaben Z in diesem Gebiet sollte fast immer nach SZ oder CZ gesucht werden. Was Sie auch getan haben.“

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Vielen Dank, lieber Herr Dr. Klein, für diese Ortsnamen-Erklärung, wie sie präziser nicht sein kann. Das hätte wohl Herr Becker nicht erwartet, als er sich auf seiner vergeblichen Suche nach dem Heimatort seiner Vorfahren an uns wandte. Lieber Herr Dr. Klein, bleiben Sie mir und unserer Ostpreußischen Familie gewogen!

Und natürlich haben wir auch heute einen Suchwunsch. Er bezieht sich auf das Foto, das in den 20er Jahren in Wartenburg, Kreis Allenstein, aufgenommen wurde und drei junge, gut gekleidete Herren zeigt – schließlich handelt es sich um eine Atelieraufnahme. Dazu schreibt Herr **Lothar Gadomski** aus Delitsch: „Vertrauensvoll wende ich mich an Sie und unsere Ostpreußische Familie, die mir schon einmal bei meinen Nachforschungen zur Familiengeschichte geholfen hat. Diesmal besonders an die Wartenburger gerichtet, weil das Foto dort seinen Ursprung hat. Es wurde vermutlich Ende der 20er Jahre beim Fotografen **Hermann** in der Breitenstraße aufgenommen. Auf dem Foto sind drei junge Männer zu sehen. Stehend vermutlich der Neffe meines Vaters, ein Sohn des Fischers **Grammsch**, mit dem die Schwester meines Vaters verheiratet war. In dieser Familie wurde mein Vater aufgezogen, da seine Eltern sehr früh verstorben waren. Mein Vater **Erich Gadomski**, *21. November 1904, sitzt auf dem Foto rechts, erkenntlich an den ledernen Schaftstiefeln. Der neben ihm sitzende Mann ist unbekannt.“ Nach ihm sucht nun Lothar Gadomski, wie auch nach seinem Vetter Grammsch. Seinen Vater kann er nicht mehr befragen, Erich Gadomski verstarb bereits 1990. Die Abgebildeten dürften nicht mehr leben, aber vielleicht leben Nachkommen, die sich aufgrund dieses Fotos bei Lothar Gadomski melden, der für jede Information dankbar wäre. (Lothar Gadomski, Zur Wassermühle 7 in 04503 Delitsch, Telefon 034202/53045.)

Frau **Roloff** suchte in der Folge 49 alles über den Heiligen Martin, leider hat sich bei der Adresse der Fehlerteufel eingeschlichen. Es ist nicht Südring 716 sonder 71b. (Hildegard Roloff, Südring 71b, 18059 Rostock, Telefon 0381/200689.)

Auch das Jahr nähert sich nun langsam seinem Ende zu. Aber unsere Ostpreußische Familie nicht, sie läuft weiter, und wenn uns unsere Leserinnen und Leser weiter so die Treue halten, werden wir noch so manchen Wunsch erfüllen, manche Frage lösen können.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Der Osten zu Gast in Potsdam

Adventliches aus Posen, Stettin, Thorn und Ostbrandenburg beim »Sternenmarkt«

Jedes Jahr zur Adventszeit veranstaltet das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam zusammen mit dem Kulturzentrum Zamek in Posen den „Sternenmarkt“ als Weihnachtmarkt im Kutschstallhof (einem Teil des vormaligen Potsdamer Stadtschloss-Ensembles). An dem diesjährigen nachbarschaftlichen und völkerverbindenden Ereignis vom 3. bis 5. Dezember, dem Wochenende des ersten Advent, waren zudem Stände aus Stettin und Thorn wie aus den an Brandenburg angrenzenden Woiwodschaften beteiligten.

Umrahmt von den historischen Gebäuden der Alten Schmiede, der Manege und dem Pferdelazarett wurde ein stimmungsvolles Bühnenprogramm mit Musik, Tanz und Gaukelei von Künstlern aus Deutschland und Polen gestaltet.

Buden und Stände boten ein umfangreiches Verkaufsangebot an Kunsthandwerk, Handarbeiten, Schnitzereien und Keramik von polnischen Künstlern und Kunsthandwerkern an. Dieses reichte vom traditionellen Weihnachtsschmuck über Holzschnitz- und Korbflechtwaren, Keramik- und Steinarbeiten, Lederwaren sowie Stickereien bis hin zu Glas- und Seidenmalerei sowie vielfältigen Schmuckarbeiten.

Deutsche und Polen in Adventsstimmung freudig vereint

Natürlich fehlten die kalorienreichen Köstlichkeiten der polnischen Küche wie Bigos (Krauttopf), Barszcz (Rote-Beete-Suppe), Pierogi (Teigtaschen), Krówki (polnische Bonbons) und Oscypki (würziger Schafskäse aus dem Riesengebirge) nicht. Die wohlbekannte Spezialität der Thorner Kathrinchen, welche auf die Ordenszeit zurückgeht, wurde als Lebkuchen aus dem westpreußischen Thorn (Torun) angeboten.

In der historischen Gewölbehalle wurde anlässlich des Sternenmarktes eine polnische Informations- und Begegnungsbörse mit kulturellen und touristischen Reisezielen aus allen Regionen Polens präsentiert. So wurde beim „Sternenmarkt“ wieder einmal so manche Erinnerung an die ostpreußische Heimat wach und vielfach konnte man erfahren, was in der Heimat an Neuem geschehen ist.

Beeindruckend war der Besuch der sich auch im Kutschstall-Ensemble dauerhaft befindlichen Museumsgalerie „Die Ersten Preußen“ der Prußen-Stiftung Tolkemita. Hier konnten polnische wie deutsche Besucher zum Teil erstmals etwas über die ursprüngliche Bevölkerung Ostpreußens, die Prußen, ihre kulturellen Werte und ihr Schicksal erfahren. Anfängliche Vorurteile oder Berührungsängste konnten schnell abgebaut werden und alte wie neue Bewohner suchten emsig ihren Heimatort auf alten Karten und tauschten sich gegenseitig aus.

In der Museumsgalerie lagen übrigens Freiexemplare der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* aus, die auf reges Interesse gestoßen sind. Potsdam ist mit dem nahen Berlin zu einem Magnet geworden, der mit dem baldigen Wiederaufbau des Stadtschlosses, zu dem der Kutschstall gehört, sicher in Zukunft noch mehr Besucher anlocken wird. Folgerichtig wäre zu überlegen, ob nicht auch kulturelle Aktivitäten für Ostpreußen hier stärker ausgebaut werden könnten. *RG/SF*

Heimat Bartschtal

Ausstellung im Haus Schlesien ab Januar

Die zweisprachige Ausstellung „Exodus des Bartschtals“ beschäftigt sich mit dem Schicksal der Menschen, die bis 1945 im Bartschtal, dem ehemaligen schlesischen Kreis Militsch-Trachenberg, gelebt haben, und der Menschen, die seitdem dort wohnen. Ehemalige deutsche Bewohner erzählen von Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat ab Januar 1945. Heutige polnische Bewohner schildern ihre Flucht und die Zwangsumsiedlung aus ihrer Heimat in „Ostpolen“. Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftprojekt der fünf polnischen Gemeinden des Bartschtals, Militsch (Milicz), Trachenberg (Zmigród), Prausnitz (Prusnice), Kraschnitz (Krosnice) und Freyhan (Cieszków) sowie der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg.

Vom 9. Januar bis zum 13. Februar 2011 zeigt das Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott diese Ausstellung im Eichendorffsaal und bietet dazu ein umfangreiches Begleitprogramm mit Lesungen, Zeitzeugengesprächen und Führungen (auf Anfrage), ferner einen Vortrag zum historischen Kontext von Flucht und Vertreibung. Schulklassen können die Ausstellung mittwochs kostenlos besuchen, denn nicht nur Besucher mit schlesischen Wurzeln sollen angesprochen werden, sondern es soll auch die jüngere Generation über dieses Thema unterrichtet werden.

Zur Eröffnung am 9. Januar um 15 Uhr wird Hans J. Nitschke, Zweiter Vorsitzender und Geschäftsführer der Heimatkreisgemeinschaft Militsch-Trachenberg, eine Einführung halten. Nähere Informationen unter 02244/8860, museum@hausschlesien.de sowie unter www.hausschlesien.de *PAZ*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Greszik, Helene, aus Lötzen, jetzt Julius-Leber-Weg 1, 25524 Itzehoe, am 23. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Koch, Erna, geb. **Oldach**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Wacholderstraße 3, 45770 Marl, am 20. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Amtzeller Straße 15, 88289 Waldburg, am 20. Dezember

Iwanowski, Marie, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Melanchthonstraße 75, Seniorenheim, 42653 Solingen, am 25. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fichtner, Eva, geb. **Langkath**, aus Johannisburg, jetzt Johanneshaus Thebäerforum, Mechternstraße 28, 50823 Köln, am 20. Dezember

Reuter, Hildegard, geb. **Paulson**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Ulmenstieg 6, 24568 Kaltenkirchen, am 25. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hartel, Helene, geb. **Kutz**, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, jetzt Neubukower Straße 9, 18230 Seebad Rerik, am 21. Dezember

Helm, Luise, aus Hüttenfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Giselherweg 8, 42653 Solingen, am 22. Dezember

Niedanowski, Johann Emil, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, jetzt Kuhschnapler Berg 2, 09337 Rüsdorf, am 22. Dezember

Rohrberg, Wilhelm, aus Preußisch Eylau, jetzt Esmarchstraße 33, 34131 Kassel, am 8. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Laskowitzki, Frieda, geb. **Wischnewski**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Leithestraße 63-65, 45886 Gelsenkirchen, am 20. Dezember

Schink, Christel, geb. **Walendy**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 14, jetzt Am Forstkreuz 10, 56639 Königswinter, am 24. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

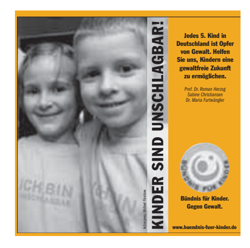
Krause, Martha, geb. **Kudritzki**, aus Lyck, General-Busse-Straße 24, jetzt Tubitzer Straße 35, 70825 Korntal-Münchingen, am 26. Dezember

Mirbach, Christel, aus Lyck, jetzt Roonstraße 5, 50996 Köln, am 25. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Erwin, Wilhelm, aus Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Zeisigstraße 9C, 33607 Bielefeld, am 24. Dezember

Ewert, Christine, geb. **Rasch**, aus Carlsdorf, Kreis Rastenburg, jetzt Ernst-Thälmann-Straße 15, 16321 Börnicke, am 24. Dezember



Fürst, Rosa, geb. **Tolksdorf**, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Am Swatten Diek 9, 27476 Cuxhaven, am 20. Dezember

Heinrich, Charlotte, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Walkmühlenweg 13, 35745 Herborn, am 26. Dezember

Költsch, Waltraut, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kastanienweg 1, 08529 Plauen, Vogtland, am 24. Dezember

Massar, Liesbeth, geb. **Poschmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 5, jetzt Hollerweg 19, 66482 Zweibrücken, am 19. Dezember

Mertins, Charlotte, geb. **Herrmann**, aus Kuglacken, Jakobsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Ostlandsiedlung 29, 27383 Scheeßel, am 26. Dezember

Prank, Eugen, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Birkenfeldstraße 22, 38165 Lehre, am 24. Dezember

Wagner, Willi, aus Ebenrode, jetzt Humboldtstraße 20, 14712 Rathekow, am 22. Dezember

Wirths, Christa, geb. **Schirwinsky**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Rosenhang 7, 51545 Waldbröl, am 25. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Diekmann-Mintel, Gertrud, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhofstraße 12a, 28865 Lilienthal, am 25. Dezember

Fedrau, Christel, geb. **Sokoll**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Borstels Ende 4G, 22337 Hamburg, am 26. Dezember

Grisard, Alfred, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Woltersweiher 22, 53175 Bonn, am 21. Dezember

Horn, Christa, aus Elbing, jetzt Contrescarpe 65, 28195 Bremen, am 20. Dezember

Nobel, Hildegard, geb. **Karpowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Steinweg 5, 04448 Wederitzsch, am 22. Dezember

Reiner, Ursula, geb. **Krüger**, aus Lötzen, jetzt Thouretallee 3, 71638 Ludwigsburg, am 20. Dezember

Röhle, Else, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Pareyken, Kreis Wehlau, jetzt Ahornweg 1, 29549 Bad Bevensen, am 25. Dezember

Schölzel, Elfriede, geb. **Meyer**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Berliner Straße 54, 40880 Ratingen, am 20. Dezember

Wisotzki, Ernst, aus Lyck, Yorkstraße 19, jetzt Alte Mühle 3, 23568 Lübeck, am 20. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anuschewski, Reinhold, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt Jasminweg 27, 46537 Dinslaken, am 22. Dezember

Becker, Hildegard, geb. **Rudnik**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Landschützstraße 58, 45663 Recklinghausen, am 22. Dezember

Beinert, Rose, geb. **Müller**, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Holzstraße 84, 44869 Bochum, am 26. Dezember

Blödner, Emma, geb. **Korzen**, aus Groß Damerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 18, 99510 Obertrebra, am 26. Dezember

Böhm, Christa, geb. **Klein**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Lechnitzer Weg 12, 45701 Herten, am 24. Dezember

Freith, Martha, geb. **Brodowski**, aus Sentken, Kreis Lyck, jetzt Zur Lüppich 6, 53773 Hennef, am 26. Dezember

Grajewski, Elise, aus Treuburg, jetzt Böhmeweg 10, 30851 Langenhagen, am 23. Dezember

Hoffmann, Ingrid, geb. **Poerschken**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Thomas-Mann-Straße 6, 10409 Berlin, am 25. Dezember

Hofmann, Hilde, geb. **Thom**, aus Lyck, jetzt Herichhauser Straße 21b, 42349 Wuppertal, am 22. Dezember

Husing, Anna, geb. **Holz**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Fischhausen, jetzt Gartenfelder Straße 113a, 13599 Berlin, am 23. Dezember

Janich, Else, geb. **Breier**, aus Heiligenbeil, Laforce-Weg 19, jetzt Drususstraße 51, 64187 Wiesbaden, am 18. Dezember

Killick, Christel, geb. **Bartlick**, aus Treuburg, Bussestraße, jetzt Seminarstraße 85, 25436 Uetersen, am 21. Dezember

Klaus, Manfred, aus Weimar, jetzt Hohenwaldstraße 25, 61449 Steinbach / Taunus, am 24. Dezember

Küßler, Bruno, aus Ebenrode, jetzt Schöneicher Straße 101, 12587 Berlin, am 22. Dezember

Leimann, Helmut, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Arcostraße 20, 44309 Dortmund, am 25. Dezember

Liebeskind, Gertrud, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Ernst-Thälmann-Ring 63, App. 309, 99510 Apolda, am 20. Dezember

Lilienthal, Käthe, geb. **Wronna**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Bugelstraße 19, 46240 Bottrop, am 22. Dezember

Marcharski, Margarete, geb. **Schulz**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Hirschberger Straße 3, 37586 Dassel, am 24. Dezember

Opielka, Grete, geb. **Winkler**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Lindenstraße 26, 31689 Lindhorst, am 25. Dezember

Pachutzki, Johann, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Hessenstraße 20, 59067 Hamm, am 22. Dezember

Pollnow, Gerda, geb. **Willuda**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Hauptstraße 145, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, am 25. Dezember

Röbe-Oltmanns, Melitta, geb. **Kestner**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Bengtheimer Straße 25, 27356 Rotenburg / Wümme, am 8. Dezember

Sadtkowski, Horst, aus Osterode, jetzt Bochumer Weg 42, 28199 Bremen, am 24. Dezember

Schlewing, Hedwig, geb. **Blasko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Maiweg 2, 32105 Bad Salzuflen, am 21. Dezember

Smorra, Ernst, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, jetzt Winkeling 64, 46487 Wesel / Büderich, am 25. Dezember

Steinke, Christel, geb. **Bewernick**, aus Braunsberg, Wilhelm-Ehrlich-Weg 1, jetzt Kaminfegerstraße 26, 79618 Rheinfelden, am 11. Dezember

Utke, Helmut, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Böcklerstraße 1, 58099 Hagen, am 21. Dezember

Zibelius, Johanna, geb. **Kleindopp**, aus Altena, jetzt Eschenweg 5, 58099 Hagen, am 20. Dezember

Zimmermann, Gerda, geb. **Masanek**, aus Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Wacholderweg 41, 95445 Bayreuth, am 20. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adelsberger, Margot, geb. **Emelius**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Fliederstraße 35E, 65396 Walluf, am 25. Dezember

Amrein, Christel, geb. **Krause**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, jetzt Karl-Günther-Straße 28, CH 4310 Rheinfelden, Schweiz, am 25. Dezember

Borchelmann, Hermann, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, jetzt Im Leichfeld 8, 99885 Ohrdruf, am 26. Dezember

Glaser, Christel, geb. **Szepanek**, aus Kleineppingen, Kreis Neidenburg, jetzt Gerolsteinerstraße 85, 50937 Köln, am 26. Dezember

Glowatz, Willi, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt Straße des Friedens 15, 07338 Kaulsdorf, am 22. Dezember

Gorzkowski, Walter, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Lesna 5/9, PL 19-330 Stare Juchy, Polen, am 26. Dezember

Grambow, Lisa, geb. **Kerschowski**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Neukers Hölzle 14, 70771 Leinfelden-Echterdingen, am 24. Dezember

Hildenbrandt, Christa, geb. **Bernecker**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, jetzt Goethestraße 4, 98714 Stützerbach, am 25. Dezember

Jedamzick, Christel, geb. **Borowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Lange Straße 26A, 37534 Gittelde, am 22. Dezember

Joswig, Artur, aus Gusken, Kreis Lyck, jetzt Kirchstraße 21, 54518 Binsfeld, am 25. Dezember

Kadelka, Friedrich, aus Narthen, Kreis Neidenburg, jetzt Bussardweg 18, 23795 Bad Segeberg, am 22. Dezember

Lepszy, Hildegard, geb. **Simoleit**, aus Tilsit, jetzt Jordanstraße 18, 39590 Tangermünde, am 8. Dezember

Leyk, Otto, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schöntalerstraße 32, 58300 Wetter, am 26. Dezember

Mittmann, Erwin, aus Heiligenbeil, Rosenbergerger Straße 9, jetzt Röttler-Straße 62, 79541 Lörrach, am 23. Dezember

Polert, Wolfgang, geb. **Polakowski**, aus Wehlau, An der Pinnau, jetzt Rixstraße 2b, 25421 Pinneberg, am 22. Dezember

Pomaska, Irene, geb. **Weiß**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, jetzt Brandenburger Straße 23a, 58089 Hagen, am 23. Dezember

Schräder, Marianne, geb. **Wolff**, aus Heiligenbeil, Memeler Weg 3, jetzt Kamper Weg 318, 40627 Düsseldorf, am 5. Dezember

Weber, Emil, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Im Wiesental 15, 58513 Lüdenscheid, am 20. Dezember



Hannig, Norbert, Frau Gisela, geb. Pultke, aus Heiligenbeil, Wermke-straße 1, jetzt Geigerstraße 6, 88045 Friedrichshafen, am 25. Dezember



Korzen, Ernst, aus Groß Damerau, Kreis Ortelsburg, und Frau Hildegard, geb. **Putze**, aus Apolda, jetzt Wormstedter Straße 2, 99510 Apolda, Ortsteil Utenbach, am 17. Dezember



Bahl, Eduard, und Frau Gertraud, geb. **Tschorz**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Glebkestraße 2, 59872 Meschede, am 24. Dezember

Broeke, Andres **ten**, und Frau Irene, geb. **Duwe-Rischkau**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Buitenschanz 92, 7141 El Groenlo, Niederlande, am 8. Dezember

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchores

Hamburg – Ein Weihnachtskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg am Freitag, 17. Dezember, 15 Uhr, in der Kirche St. Gabriel, Hartzlohplatz 17, Hamburg. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann ab Barmbek mit dem Bus 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort aus sind es etwa sieben Minuten Fußweg.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

FREITAG, 17. Dezember, 20.15 Uhr, 3sat: Auf Jesus Spuren im Heiligen Land.

SONNABEND, 18. Dezember, 18.45 Uhr, Phoenix: Die neuen Trakehner.

SONNABEND, 18. Dezember, 22.30 Uhr, 3sat: Sounds and Silence – Dokumentarfilm über Manfred Eicher, den Gründer des Münchner Plattenlabels ECM.

SONNTAG, 19. Dezember, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 19. Dezember, 22.15 Uhr, 3sat: Die Frau mit den fünf Elefanten.

MONTAG, 20. Dezember, 20.05 Uhr, N24: Die Befreiung von Paris – Ende der Nazibesatzung.

DIENSTAG, 21. Dezember, 22.25 Uhr, NDR: Meine Kindheit in der Weihnachtszeit.

MITTWOCH, 22. Dezember, 23.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

DONNERSTAG, 23. Dezember, 20.15 Uhr, SWR: Winter in Ostpreußens Zauberwald.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

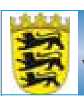
Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Advents- und Weihnachtsberichte

Alle Jahre wieder kommen unsere Leser überall in Stadt und Land zusammen, um die adventliche und vorweihnachtliche Zeit festlich zu begehen.

Bei den vielen Berichten, die uns über die heimatlichen Feiern erreichen, ist es uns, entgegen unserer sonstigen Gepflogenheit, auch in diesem Jahr nicht möglich die Beiträge zu veröffentlichen. Wir bitten unsere Mitarbeiter und unsere Leser dafür um Verständnis. Aus der Fülle der Einsendungen geht hervor, dass unser ostpreußisches Brauchtum bei allen Feiern nach wie vor gepflegt wird. In den Gedanken, die in diesen Stunden nach Hause wandern, tauchen Sternsinger, Schimmelreiter und Umzüge mit dem Brummtopf auf. Gemeinsam gesungene Advents- und Weihnachtslieder, Lesungen und Gedichte ostpreußischer Dichter und Schriftsteller bringen heimatliche Atmosphäre in die meist von den Frauen der Gruppen festlich geschmückten Räume und Säle. Im Schein der Kerzen sitzen unsere Landsleute bei Kaffee und Mohnstrietzel oder Fladen, Pfeffernüssen und selbstgebackenem Marzipan beisammen, lauschen dem Chorgesang oder zarter Flötenmusik und erfreuen sich an Weihnachtsspielen, die von Jugendlichen und Jugendgruppen gleichermaßen dargeboten werden. Häufig kommt auch „Knecht Ruprecht“ oder der „Nikolaus“ und bedenkt die Kinder mit bunten Tüten voller Gebäck und Süßigkeiten.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



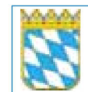
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 19. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier im „Wimpnasaal“, neben dem Rathaus, Buchen. Auf dem Programm stehen der Auftritt eines Gesangs-Ensembles, der Weihnachtsmann und das Theaterspiel „Das tolle Weihnachtsgeschenk“. Ein Bus zum Abholen wird eingesetzt. Nähere Information: Rosemarie Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 19. Dezember, 14 Uhr, Weihnachtsfeier in den „Ulmer Stuben“. Es werden weihnachtliche Gedichte und Texte vorgetragen und der BdV-Chor tritt auf. Jeder Gast erhält eine kleine weihnachtliche Leckerei.

Weiden – Zum Totengedenken am Totensonntag am Vertriebenenmahnmal im Weidener Stadtfriedhof trafen sich zahlreiche Mitglieder und Freunde der im BdV-Kreisverband Weiden-Neustadt zusammengeschlossenen Landsmannschaften. Von der Aussegnungshalle aus bewegte sich der Trauerzug zum Mahnmal, wo der Erste Vorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Eugen Neufeld, und Norbert Uschald für die Ost- und Westpreußen Gestecke zur Ehrung der verstorbenen Landsleute niederlegten. Der Zweite BdV-Kreisvorsitzende Norbert Uschald erinnerte anschließend in seiner Ansprache an die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die im August 1950 vor dem Stuttgarter Schloss feierlich verkündet wurde. Uschald würdigte die Charta als einmaliges Dokument, in dem Rache und Vergeltung eine Absage erteilt wurde und damit zum ersten Mal in der Geschichte eine große Opfergruppe die Spirale von Gewalt und Gegengewalt durchbrochen hat, obwohl die Lage der Heimatvertriebenen auch fünf Jahre nach Kriegsende noch schlecht war. Ein großes Verdienst sei es auch, dass die deutschen Vertriebenen über ihr eigenes Schicksal hinaus gedacht haben und stellvertretend für die Vertriebenen und Entrechteten in aller Welt die Formulierung und Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte gefordert haben. Uschald schilderte die praktische Umsetzung der Charta vor Ort in Weiden anhand der vorbildlichen Arbeit im Heimatring Weiden und der vielfältigen Beiträge der Vertriebenen in der Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Danach gedachte er besonders der Initiatoren der Charta der Heimatvertriebenen, aller Opfer der Vertreibung, vor allem der Deutschen, die noch heute unentdeckt in Massengräbern verscharrt und vergessen in heimischer oder fremder Erde liegen. Uschald ermunterte die Anwesenden trotz politischem Gegenwind und Rückschlägen weiter für die berechtigten Anliegen der Landsmannschaften zu arbeiten. Er bekräftigte den Willen der Vertriebenen mit persönlichen Erfahrungen und Wissen, sowie vor dem Hintergrund des eigenen Schicksals weiter für Frieden und Freiheit in aller Welt einzutreten. Uschald dankte schließlich den Landsmannschaften für ihre Arbeit und Unterstützung.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ingolstadt – Sonntag, 19. Dezember, 13 Uhr, Adventsfeier der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, vorweihnachtliche Feier im „Deutschen Kaiser“, Kitzingen. Erleben Sie besinnliche Stunden mit Gedichten, Geschichten und weihnachtlichen Weisen.

Landshut – Dienstag, 21. Dezember, 14 Uhr, vorweihnachtliche Feier im kleinen Clubraum der der „Insel“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonntag, 19. Dezember, 16 Uhr, Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen sowie Gedichte und Geschichten aus dem Nordosten Deutschlands in den „Engel-Stuben“, Bahnhofstraße, Gunzenhausen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

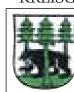


Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesgruppe – Ostdeutscher Kulturtag in Berlin. Seit vielen Jahren ist der ostdeutsche Kulturtag der Höhepunkt Berliner Veranstaltungskalenders des BLV. Seine Zielsetzung hat sich nicht verändert. Mit dieser Veranstaltung will man das kulturelle Erbe pflegen und fordern und den damit verbundenen Informations-Austausch aktivieren. Dazu gehört auch, dass die Mitglieder der Landsmannschaften ihre Arbeit vorstellen und mit den Besuchern über die Geschichte der ostdeutschen Heimat, ihre Lieder und Bräuche diskutieren. Um zu verhindern, dass die ehemaligen deutschen Gebiete kulturell veröden, bedarf es nicht nur der Arbeit in den Heimatkreisen, sondern vielfältiger Anstrengungen und solcher Großveranstaltungen, die wie der ostdeutsche Kulturtag anregen, die alten Heimatgebiete und ihre Kultur wieder zu entdecken. Vergleichbar waren die Teilnehmerzahlen 2009 und 2010. Rund 400 bis 500 Besucher kamen ließen sich überraschen. Das Programm begann mit einem ökumenischen Gottesdienst, und einer ausführlichen Begrüßung durch Rüdiger Jakesch, dem Vorsitzenden des Berliner BLV. Er hatte sich mit Erfolg für den neuen Tagungsort, das Schöneberger Rathaus in Berlin, eingesetzt. Dessen Räumlichkeiten zeigten sich von ihrer besten Seite. Sie wirkten wie ein Maßanzug für die Veranstaltung und ermöglichten, die einzelnen Stände der vertretenen Landsmannschaften hintereinander aufzubauen. Der Besucher konnte dann wie auf einer Flaniermeile an den „östlichen Schaustellern“ vorbei bummeln. Man entdeckte unter anderem Wappen, alte Landkarten, Fahnen, Fotografien und Postkarten. Am Ostpreußenstand konnten sich die Besucher aus einer Fülle von Broschüren Lesestoff über die Bernsteinküste, über die Welt der Störche, über die Prußen besorgen. Nicht zu vergessen unter den Titeln: ein ostpreußisches Kochbuch für den Anfänger. Die kulinarische Seite war durchaus Teil des Kulturtages. Stichworte zum Angebot der Stände: Mohnkuchen, Käsekuchen, Streuselkuchen Pommerscher Kartoffelsalat und Mettbrötchen. Und schließlich war da noch der ostpreußische Bärenfang. Für gute Stimmung sorgte nicht nur er, sondern schon am Vormittag der Berliner Polizeichor. Heimatweisen und Volkslieder wurden perfekt und mit der nötigen Gefühlstiefe vorgetragen. Das Publikum ging mit, sang mit und applaudierte mit großem Schwung. Vor der großen Pause bestimmten dann farbenfrohe Trachten das Bild. Es entwickelte sich eine wahre Welt der Trachten und Volkstänze. Der Vortänzerin gelang der berühmte Brückenschlag zum Publikum. Mit humorvollen Randbemerkungen, die man bei den ernsten Trachtenmenschen nicht vermutet hätte. Das Programm des ostdeutschen Kulturtages endete nach alter Tradition mit einer Lesung landsmannschaftlich geprägter Texte. Diese umfassten Kurzgeschichten, Gedichte, Auszüge aus längeren Werken und humorvolle Texte. Literatur also, die sich für eine nähere Beschäftigung in den landsmännischen Kreisen gut eignete. Dr. Manfred Schulz, Kreisbetreuer der Königsberger in Berlin, moderierte kenntnisreich und anregend die unterschiedlichen Beiträge: Auf eine Literaturveranstaltung, wie diese, hatten sich schon viele Besucher des ostdeutschen Kulturtages gefreut.

KREISGRUPPE



Rastenburg – Sonntag, 19. Dezember, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin, Weihnachtsfeier. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 2101.



Brandenburg

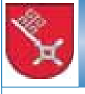
Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Auf seiner letzten Sitzung des Jahres beschloss der Vorstand den Arbeitsplan für das kommende Jahr. Im Mittelpunkt stehen eine weitere Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit der Mitglieder und die Aufrechterhaltung

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

der Liebe zur Heimat. Weiterhin die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden. Auf der Vorstandsebene ist diese Arbeit gut, nun gilt es dass sich auch zahlreiche Mitglieder besser kennenlernen. Der erste Schritt war, dass der Königsberger Schriftsteller Hans-Joachim Kroschewsky bei den Schlesiern eine vielbeachtete Buchlesung hielt. Durch die Werbung neuer Mitglieder wurde der natürliche Rückgang weitgehend kompensiert. Vorrangig wird der Vorstand die Einbeziehung junger Menschen weiter intensivieren. Den Mitgliedern wird nahe gelegt, möglichst aus den Familien junge Menschen für die Heimatarbeit zu gewinnen. Bei den Enkelkindern ist ein verstärktes Interesse bei der Suche nach den Wurzeln ihrer Familie festzustellen. In Vorbereitung der Ostpreußentreffen in Erfurt und Rostock hat der Vorstand alle Aktivitäten eingeleitet.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Adventsfeier im „Barlachhaus".



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 30. Dezember, 14 Uhr, **Brauchtumsveranstaltung** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Leitgedanke der Veranstaltung sind die verschiedenen Bräuche zum Ende und Anfang des Jahres vom Memelland bis zum Sudetenland.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Vom 26. 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt.



Neben der Teilnahme am besagten Treffen (28./29. Mai) wird aber auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm geboten. Leistungen: Fahrt in modernen Reisebussen, 3x Übernachtung im Vier-Sterne-Airport Hotel Erfurt, 3x Frühstücksbuffet, 3x Abendessen (Drei-Gänge-Menü), Stadtrundfahrt und Rundgang in Erfurt, Thüringen Rundfahrt mit Reiseleitung und Besuch von Weimar, Transferfahrten zum und vom Messegelände. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro, Abfahrt: Harburg-Bahnhof 7 Uhr und Hamburg ZOB 7.30 Uhr. Anmeldeschluss 20. Dezember. Anmeldungen und weitere Informationen bei Konrad Wien, Alter Postweg 64, 21075 Hamburg, Telefon und Fax (040) 30067092. Reiserücktrittversicherung wird empfohlen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 4. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

SALZBURGERVEREIN



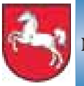
Sonnabends – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Wiesbaden – Sonnabend, 18. Dezember, 15 Uhr, vorweihnachtliche Feier im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Die Ansprache hält Pfarrer Dr. Holger Saal.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Ebenso wie zum letzten Deutschlandtreffen organisiert die Landesgruppe eine Fahrt für Mitglieder und Freunde zum Treffen nach Erfurt. Die derzeitigen Planungen sehen einen zwei-, drei- oder viertägige Fahrt vor. Zum Programm der viertägigen fahrt gehören eine Fahrt nach Gotha und eine Führung durch die Innenstadt von Erfurt. Die dreitägige Fahrt bietet ein kleines Kulturprogramm. Die zweitägige Fahrt geht ausschließlich zum Deutschlandtreffen in Erfurt. Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden oder der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Delmenhorst – Dienstag, 4. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Restaurant Riva. – Dienstag, 4. Januar, 15 Uhr, Treffen der Männergruppe in der Ostdeutschen Heimatstube.

Osnabrück – Freitag, 17. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Dienstag, 21. Dezember, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Weiterführende Informationen zu den verschiedenen regelmäßig stattfindenden Treffen sowie zu der landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386.

Wilhelmshaven – Es dauert nicht mehr lange und das Jahr ist vorbei. Zeit also für einen Rückblick. Die aktiven Mitglieder sind weniger geworden. Das Alter und auch gesundheitliche Einschränkungen sind der Grund, dass ein aktiven langsam passive Mitglieder werden. Rund 20 Mitglieder kommen regelmäßig zu den Heimatnachmittagen. Diavorträge, kleine Ausflüge, Museumsbesuche und noch einiges mehr, füllen diese Nachmittage aus. zu den verschiedenen Jahreszeiten werden Liedernachmittage ins Programm genommen. Die Leitung der Gruppe liegt immer noch in den bewährten Händen von Dr. Karl-Rupprecht Sattler, Zweite Vorsitzende und Schriftführerin Erika ist Guddusch, Kassenführerin ist Irmgard Grefrath. Sie leitet auch mit viel Idealismus die kleine, aber so gemütliche Frauengruppe. Dort kann man auch Monika Fobbe hören, wenn sie in heimatlicher Mundart Gedichte und Geschichten vorliest. Allen Landsleuten ein gesegnetes, friedliches Weihnachtsfest und einen gesunden Jahreswechsel.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Aus aktuellem Anlass hat die Landesgruppe auf ihrer Internetseite eine Ausarbeitung des niederländischen Völkerrechtlers und Kulturpreisträgers der Landsmannschaft Ostpreußen (2000 in Leipzig) Dr. Frans du Buy zur Problematik der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung" ins Netz gesetzt (http://www.ostpreussen-nrw.de/Eigentum/ZgV-SFVV.htm.). – Das Büchlein „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder – 1944 Flucht und Vertreibung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verlust der Heimat, Unrecht bleibt Unrecht, 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen" ist weiterhin zum Selbstkostenpreis von 3 Euro plus Porto und Verpackung in der Geschäftsstelle zu erhalten.

Bonn – Die Ostpreußen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis werden gemeinsam zum Deutschlandtreffen nach Erfurt fahren. Gefahren wird vom 27. bis 30. Mai 2011. Am Montag, 30. Mai unternimmt die Reisegesellschaft einen Abstecher nach Weimar. Quartier wird im Hotel Merkur, in der Altstadt von Erfurt, bezogen. Fahrtkosten / HP betragen 389 Euro im DZ, EZ-zuschlag 69 Euro. Es sind noch Plätze frei. Informationen und Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 20. Dezember, 14.30 Uhr, Weihnachtsfeier in der Landgrafenschule Ecke Märckische Straße.

Düsseldorf – Sonnabend, 18. Dezember, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Weihnachtsfeier der Ostpreußen im Eichendorff-Saal, GHH. Bitte Kinder für die Weihnachtstüte unter Telefon 682318 anmelden. – Dienstag, 21. Dezember, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Raum 311, GHH.

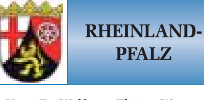
Gevelsberg – Freitag, 17. Dezember, 16.15 Uhr, Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen im „Keglerheim", Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 20. Dezember, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 3. Januar, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei U. Witt, Telefon (05241) 37343.

Remscheid – Die Gruppe fährt vom 25. bis 29. Mai 2011 nach Erfurt. Außer dem Deutschlandtreffen am 28./29. Mai 2011 erlebt die Gruppe Erfurt mit seinem Dom, der Severikirche, die reichen Patrizierhäuser und reizvolle Fachwerkhäuser. Die vielen Kirchen gaben der Stadt den Beinamen das „thüringische Rom". Ein Spaziergang durch die malerische Altstadt wird begeistern. Am dritten Tag steht eine Rundfahrt nach Weimar auf dem Programm. Auf den Spuren Goethes erkundet man die Stadt, die große deutsche Geschichte auf engstem Raum vereint. Der vierte und fünfte Tag gehört dem Ostpreußentreffen und anschließend wird die Heimreise angetreten. Der Reisepreis von 289 Euro (EZ-Zuschlag 79 Euro) beinhaltet die Fahrt im modernen Reisebus, Hotel der Mittelklasse, vier Übernachtungen mit Frühstück sowie eine Reiseleitung vor Ort. Anmeldungen und weitere Auskünfte umgehend bei M. Pokropowitz, Telefon (02191) 62070.

Siegen – Auf der letzten Zusammenkunft dankte man ein weiteres Mal der Bibliothekarin i. R. Frau Triller und ihrer Mitarbeiterin vom Ermlandhaus, für die geleistete Unterstützung mit Schriften, der Verteilung an Interessenten sowie für Paketbegleitung. Die Weihnachtspakete für alte und kranke Landsleute in den Heimatgebieten wurden vom Kulturwart zusammengestellt und sollen auch das Gefühl vermitteln, von den Landsleuten im West- und Mitteldeutschland nicht vergessen worden zu sein, auch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung. Auf diesem Wege allen Spendern, besonders der Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen, sowie den vielen helfenden Privatpersonen sein großer Dank gesagt. Ein weiterer Dank geht an Klaus-Josef Schwittay von der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land für seine Hilfsbereitschaft, zum Beispiel bei Kopierarbeiten oder der Bereitstellung von Material. Der Kulturwart nahm aktiv an einer Veranstaltung zum Volkstrauertag einer benachbarten Gruppe teil, und berichtete dort über die Arbeit der Deutschen Kriegsgräberfürsorge. Der Kreisvorsitzende Anton Olbrich nahm am Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg in Herne teil. In den kommenden Wochen wird der Kulturwart über Mitfahr- und Übernachtungsmöglichkeiten – bei einer benachbarten Ortsgruppe – zum Deutschlandtreffen 2011 in Erfurt informieren.

Wesel – Die Gruppe veranstaltete ihren ostdeutschen Kulturabend, dessen Mittelpunkt der 200. Todestag der preußischen Königin Luise war. Dazu konnte der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski viele Teilnehmer begrüßen. 2010 ist für ihn wieder ein Gedenkjahr geworden, viele wichtige Ereignisse der Vergangenheit jährten sich 2010: 200. Todestag von Königin Luise, 90 Jahre Versailler-Vertrag, 60 Jahre die Charta der Heimatvertriebenen, 65 Jahre Flucht und Vertreibung, 20 Jahre Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Im Hauptteil des Abends stand ein Referat: 200. Todestag von Königin Luise. Der Kulturreferent Paul Sobotta hielt seinen Vortrag mit viel Gefühl und voller Bewunderung für Königin Luise. Ein Leben und ein Mythos, eine preußische Madonna, der Nachwelt ein Symbol für nationales Opfer und Leid. Neben einem Bild von Königin Luise, das vom Preußenmuseum Wesel für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt wurde, umriss der Referent ihren kurzen Lebenslauf: von der Jugendzeit bis hin zu ihrem Familienleben mit Friedrich Wilhelm III. Als Monarchin war ihr Leben mit dem Befreiungskampf Preußens gegen Napoleon verknüpft, und sie genoss schon zu Lebzeiten eine beinahe kultische Verehrung im Volk. Paul Sobotta beendete seinen Vortrag mit den berühmten Worten Königin Luise, die diese auf ihrer Flucht von Königsberg nach Memel, mit einem Diamantring in das Fenster einer Fischerhütte ritzte: Wer nie sein Brot mit Tränen aß, wer nie die kummervollen Nächte, auf seinem Bette weinend saß, der kennt Euch nicht, Ihr himmlischen Mächte. Die Frauenreferentin der Gruppe, Waltraut Koslowski, verlass nochmal die letzten gesprochen Worte von Königin Luise, bevor sie für immer ihre Augen schloss. Musikalisch wurde die Veranstaltung von dem Mundharmonikakreis umrahmt. Die Frauenreferentin mit den Damen des Singkreises boten anschließend traditionell Schnittchen belegt mit geräucherter Gänsebrust an.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 17. Dezember, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 7. Januar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

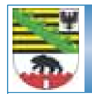
Chemnitz – Anfang Dezember unternahm die Gruppe eine Fahrt zu einer Mettenschicht (alter Bergmannsbrauch und bezeichnet die letzte eingefahrene Schicht vor Weihnachten) in den Kreis Annaberg. Bereits wenige Jahre nach dem ersten Silberfund am Schreckenberg 1491 wurde der Bergbau auf das spätere Grubenfeld der Grube Markus Röhling ausgebaut. In dem „St. Annen Stollen" – heute „Markus Röhling Stollen" – wurde viele Jahre Silber und Kobalterz gefördert. Später versuchten die sowjetischen Besatzer dort Uranerz zu fördern, was aber 1953 wieder eingestellt wurde.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Heutzutage ist diese Grube als Besucherbergwerk zugänglich, und jedes Jahr zur Vorweihnachtszeit finden dort einige Mettenschichten statt. Die Ostpreußen der Gruppe, die nach der Vertreibung am Fuße des Erzgebirges ein neues Zuhause fanden, hatten schon lange geplant, an solch einer Mettenschicht teilzunehmen. Da diese Veranstaltungen bei den Besuchern sehr beliebt sind, musste man sich schon rund ein Jahr im Voraus anmelden. Die Fahrt ging vorbei an, mit Schwibbögen und Weihnachtspyramiden, festlich geschmückten Häusern bis nach Frohnau. Mit einer Grubenbahn fuhr man 80 Meter Untertage. In einem großen Raum, dem früheren Maschinenraum, der mit Kerzen und Tannengrün festlich geschmückt war, saßen alle Besucher und freuten sich auf ein schönes Programm. Ein ehemaliger Bergmann in Uniform spielte Akkordeon, ein anderer trug Gedichte vor und erzählte lustige Geschichten über die Bergleute sowie die Bewohner des Erzgebirges. Gemeinsam sang man Weihnachts- und Bergmannslieder und viele andere mehr. Für das leibliche Wohl gab es Glühwein (oder auch Kaffee oder Tee) und „Spackfettbemme“ (Brot mit Speckfett) sowie Schinkenbrot und Linsentopf. Nach dem „Feierabendlied“ verließ die Reisegesellschaft mit der Grubenbahn den Stollen. Der Bus brachte die Gruppe dann anschließend sicher nach Hause.

Leipzig – Die Mitglieder aller Gruppen des BdV-Kreisverbandes Leipzig waren zur Jahresabschlussveranstaltung zusammengekommen. Eröffnet wurde diese mit den Hymnen sowie einem Gedenken an die verstorbenen Heimatfreunde eröffnet. Der Vorsitzende Peter Wolf begrüßte die Landsleute und freute sich über den großen Zuspruch dieser Veranstaltung. In seinem Bericht ging er auf den erneuten Umzug des Verbandes in eine größere Geschäftsstelle ein. Im „Haus der Demokratie“ konnte ein geeigneter Raum angemietet werden, der dem Vorstand bessere Arbeitsbedingungen ermöglicht und in dem auch Besucher empfangen werden können. Dank vieler fleißiger Helfer wurde der Umzug gut und kostengünstig bewältigt. Als besonders erfreulich erwies sich die rege Tätigkeit der einzelnen Gruppe, die weiterhin ihre Aktivitäten durchführen. So zum Beispiel der „Frauenkreis der Ostpreußen“ und den „Loabernachmittag“ der Schlesier. Nach wie vor ist der Chor „Lied der Heimat“ die Stütze des Leipziger Verbandes. In den 17 Jahren seines Bestehens sind die Chormitglieder auch älter geworden, aber sie sind im Herzen jung geblieben und immer noch sehr aktiv und mit viel Freude dabei. Peter Wolf sprach dem Chor uns seiner Leiterin Rosa Wegelin dafür den herzlichen Dank aus. auch für das kommende Jahr hat sich der Verband einiges vorgenommen, dazu gehört die Festveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des BdV-Leipzig und die Teilnahme am Deutschlandtreffen. Der Vorsitzende zeigte sich besonders darüber erfreut, das vier neue Mitglieder aufgenommen werden konnten – die zur Begrüßung alle einen Blumenstrauß erhielten. Herr Galisch von der Gruppe Torgau forderte in seinem Grußwort die Landsleute auf, als Schicksalsgemeinschaft fest zusammenzustehen, und die Kontakte zur Heimat zu pflegen, hinzureisen und auch zu den jetzigen Bewohnern freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Die Schatzmeisterin Edeltraut Ludwig informierte kurz über die finanzielle Lage. Nach der Pause erfolgte das Kulturprogramm des Chores, der mit Heimatliedern aus allen Regionen erfreute. Gedichte aus Ostpreußen und Schlesien wurden von Conny und Henriette Gramsch und Inge Scharrer vorgetragen. Als Dank gab es viel Beifall. Irmgard Schäfer führte als Moderatorin gewohnt sicher durch den Nachmittag. In seinem Schlusswort bedankte sich Peter Wolf noch einmal bei allen für ihr Erscheinen und bei den Mitwirkenden für ihr Engagement.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Giersleben – Freitag, 17. Dezember, 12 Uhr, Weihnachtsfeier mit Programm in der Gaststätte Zum Krug, Weteritz.

Magdeburg – Dienstag, 21. Dezember, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter, Lemsdorferweg.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakkenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) nach Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Obelandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Fotostopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch/deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

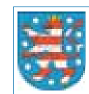
Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Nach der Begrüßung ging die Zweite Vorsitzende auf die Gedenktage des Monats November ein: Allerheiligen, Volkstrauertag, Ewigkeitssonntag. Georg Baltrusch sprach die Vorstandswahlen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Bad Pyrmont. Dort wurde eine neue Führungsspitze gewählt. Zum neuen Sprecher der LO wurde Stephan Grigat. Er bedauerte, dass Wilhelm v. Gottberg nach fast 20 Jahren nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung stand. Anschließend berichtet er über die Kirche in Arnau in der Nähe von Königsberg. Nach dem durch Spenden finanzierten Wiederaufbau wurde die Kirche inzwischen durch die Gebietsduma enteignet, und der russisch-orthodoxen Kirche zur Verfügung gestellt. Katharina Makarowski hatte „Ostpreußen in der Literatur“ zum Thema des Nachmittags gewählt und stellte fest, dass nach der Wende das Thema „Ostpreußen“ in Literatur und Medien umfangreicher geworden ist. weitere Erinnerungsberichte, Foto-Bände und aktuelle Reiseberichte kamen hinzu, Flucht und Vertreibung wurde in Romanen dargestellt. In der Literatur wird Ostpreußen nach wie vor als Ganzes gesehen. Es ist ein weites Feld von Ernst Wiechert bis Arno Surminski, Ulla Lachauer und Petra Reski. Mit Petra Reski, geboren 1958 („Ein Land – soweit“) kommt die nachfolgende Generation zu Wort, die anfangs von Eltern und Großeltern von Flucht und Vertreibung nichts mehr hören konnte, sich dann aber auf Spurensuche begab. Für sie war es zunächst, als gäbe es ein Leben vor der Flucht uns eines danach. Es folgte, wie immer, eine lebhafte Aussprache. Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann.

Itzehoe – Seit 60 Jahren besteht nun die Gruppe der Ost- und Westpreußen in Itzehoe. Ein Jahrzehnt jünger ist die Frauengruppe, die mit ihrer Gründung vor allem die Kulturarbeit übernahm. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die von Dr. Jutta Hantschmann geleitete Gruppe betreut im Haus der Heimat das Ostpreußen-Zimmer der Landsmannschaft, welches mit liebevoll gesammelten Exponaten die Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder“ wach hält. Ebenso sind West- und Ostpreußen häufig Thema der monatlichen Zusammenkünfte, in denen sich auch der Wechsel der Jahreszeiten widerspiegelt. „Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelfelder“ war zum Beispiel das Motto der Oktoberveranstaltung. Hans-Werner Erdt, der Vorsitzenden der Gruppe, moderierte eine Vortragsfolge, die mit Liedern, Gedichten und Geschichten ostpreußische Herbststimmung wiedergab. Die 50-Jahrfeier wurde mit einem Ausflug an den Bistensee begangen – fast wie eine Reise in die Heimat: man fühlte sich wie in „Klein-Masuren“. Auch bei anderen Monatstreffen ging es um ostpreußische Vergangenheit und Gegenwart, so in Vorträgen über Königin Luise, die Stadt Lötzen oder die Schwesternschaft Ostpreußen und darüber hinaus über die baltischen Metropolen Vilna, Riga und Reval. Ziele von Fahrten waren das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg, die Dittchenbühne Elmshorn und das Freilichtmuseum Molfsee mit einer Ausstellung über Flüchtlingsleben 1945 in Schleswig-Holstein. Dass Hohenlockstedt dabei eine große Rolle gespielt hat, machte eine Referat über das „Lockstedter Lager“ deutlich. Für das, auch um Arzt-Vorträge bereicherte, Jahresprogramm wünscht sich die Frauengruppe, so die Vorsitzende, eine über den Kreis der treuen Mitglieder hinaus gehende Resonanz.

Neumünster – Die Gruppe traf sich zur monatlichen Veranstaltung im „Restaurant am Kantplatz“. Viele Mitglieder und Gäste konnte die Erste Vorsitzende Brigitte Profé begrüßen. Ein unterhaltsamer Nachmittag war angesagt. Die ostpreußische Küche – Schmand, Keilchen und Gemüse, Musik und Schabberchen standen auf dem Programm. Dazu konnte man – von der Wirtin extra frisch gebackene – Raderkuchen nach „Tante Erna's Raderkuchen-Rezept“ kosten. Heitere Gedichte und Geschichten wurden vorgetragen. Die Gastlichkeit, die Schirz, der Spirkel in ostpreußischer Mundart gesprochen, so ist der ostpreußische Dialekt Frau Henning direkt in die Wiege gelegt. Missgeschicke aus der Küche geplaudert – war es die verbrannte Ente oder die angebrannte Suppe. Rezepte wurden preisgegeben und ausgetauscht, Plumekielke, Apfelklöße, Schwarzsauer wurde in Ostpreußen nur von Geflügelblut zubereitet. Surampsoop, Beetenbartsch, Kartoffelkeilchen und Spirkel, Anhalterkuchen, Königsberger Marzipan und immer viel Schmand und Spirkelchen. Wer achtete damals auf die schlanke Linie? Alles wurde durch harte Arbeit abgebaut! Kochbücher wurden vorgestellt von 1903 bis 2010. Kreisfrauengruppen der verschiedenen Landsmannschaften stellten Rezeptbücher zusammen. Nicht zu vergessen die flüssige Nahrung – die harten Schnäpse der Ostpreußen, die gerne mal gehoben wurden. Eine ostpreußische Erfahrung, vor jedem Schnaps ein Schnaps und nach jedem Schnaps ein Schnaps – so kommt man durch! Meschkinnes, Pillkaller, Elefantendups, Insterburger Weiße, Nikolaschka, um nur einige zu nennen. Das Bekenntnis eines Ostpreußens. Was immer auch geschehen mag, Feste müssen gefeiert werden wie sie fallen. Und wenn auch einer Anlass fällt oder auch mehrere, jeder Anlass ein Fest zu feiern, ist willkommen und konnte drei Tage dauern.

Uetersen – Auf der letzten Versammlung berichtete Lienhard Steppuhn von seiner letzten Reise nach Masuren; seiner Heimat und der seiner Familie. Die Erlebnisse verknüpfte er, indem er aus alten Familienbriefen vorlas, mit weltgeschichtlichen Begebenheiten. Seine Ausführungen gingen bis ins 17. Jahrhundert zurück und schilderten die Erlebnisse eines seiner Vorfahren, die dieser als Offizier erlebte. Die Zuhörer bekamen dadurch einen Einblick in die damalige Zeit. Man kann sagen, alle erfuhren eine Geschichtsstunde. Der Dank für diese kleine Zeitreise war ihm sicher. Der Vorsitzender Rudat bedankte sich im Namen aller mit einem guten Schluck. Auch bei den fleißigen Damen, die wieder für eine geschmackvoll dekorierte Kaffeetafel gesorgt hatten, sagte er „Danke“.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Sömmerda – Die Gruppe traf sich im Bürgerzentrum gemeinsam mit den Deutschen aus Russland. Thema der Zusammenkunft war Leben und Werk von Arno Surminski. Margarete Ritter hatte sich bereit erklärt, eine Brücke zu den „Spuren“ Surminskis zu bauen. Wie oft war in diesem Raum schon

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

über Flucht und Vertreibung berichtet worden, aber dass auch Tiere unter den Kriegswirren gelitten haben, stimmte die Zuhörer nachdenklich. Was wird aus den Haustieren, wenn die Hofbewohner vertrieben werden oder flüchten müssen? Das war eine Frage, die sich damals jeder Hofbesitzer stellte und die zu einem echten Hindernis wurde – selbst in Vorbereitung der Flucht. Oft stand die Bauersfrau den Tieren noch näher, da ihr häufig die Versorgung der Tiere oblag. Und es war nicht Sommer in Ostpreußen, so wie während des Ersten Weltkrieges. Der Boden war hart gefroren, der Schnee verharscht, frostige Kälte lag in der Luft, der Wind trieb Schneewehen zusammen. Selbst die Doppelfenster waren mit Eisblumen bedeckt. Zu diesem strengen Winter gehörten auch Kanonendonner und Schüsse aus unmittelbarer Nähe, begleitet von einem hellen Feuerschein. Es sind Bilder, die allen Zuhörern gewärtig sind. Ja, auch die Tiere spüren, dass etwas in der Luft liegt. Sie sind unruhig, wirken aufgestört, geben Laute von sich, deren Wirksamkeit durch Stille und Dunkelheit sich vervielfacht, denn es durfte ja keine Lichtstrahl die Außenwelt erreichen. Die Augen der Tiere sprechen für sich, das Haarkleid sträubt sich, Pferde scharren mit den Hufen, das Futter wird verwehrt. Surminski nutzt in seiner Geschichte „Der Winter der Tiere" den Dialog und macht durch das Zwiegespräch der Bauersleute deutlich, wie groß der Konflikt war, als es hießt auf die Flucht zugehen. Dieses Nicht-Loslassen-Können von der Heimat – kommt auch immer wieder zum Ausdruck in der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr. Aus heutiger Sicht, so die Meinung der Teilnehmer, bleibt das Gedenken an die Toten von Flucht und Vertreibung. Sie mahnen für Frieden und Toleranz einzutreten.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

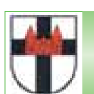
Totengedenken in Aachen – Am Totensonntag fanden sich 30 Ostpreußen und Schlesier am Trauer-Stein des Bundes der Vertriebenen im Kurpark der Stadt Aachen ein, um der Toten von Flucht und Vertreibung zu gedenken. Nach der Totenehrung und einem geistlichen Wort wurde ein Gesteck, gestiftet von Kreis Elchniederung, durch den Kreisvertreter Manfred Romeike niedergelegt. Zum Abschluss sangen alle das Lied „Im schönsten Wiesengrunde". Der Tag klang mit einem gemeinsamen Mittagessen aus.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Schiffs- und Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2011 – Eine zehntägige Reise geht von Duisburg über Bochum, Hannover Richtung Kiel. Von Kiel mit dem Schiff nach Memel und bleiben drei Nächte in Nidden mit Stadtbesichtigung in Memel und Ausflüge auf der Kurischen Nehrung. Am Sonnabend, 30. Juli, fahren wir dann nach Königsberg, und weiter nach Gumbinnen, Tilsit, Waldau, Palmnicken und Rauschen. Am 3. August geht es dann Richtung Deutschland mit Zwischenübernachtung im Hotel Panorama (Stettin). Am 4. August abends ist man wieder in Duisburg. Weitere Informationen und Anmeldungen bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Der Weihnachtsheimatbrief Nr. 135 – ist inzwischen fertiggestellt und zum Versand gebracht worden. Er ist wieder sehr umfangreich und enthält neben interessanten Themen auch einen viel bebilderten Bericht über unser Heimattreffen in Friedland am 12. September diesen Jahres. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber haben möchte, teile seine Anschrift dem Schriftleister Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Sie bekommen dann umgehend ein Exemplar zugesandt. Eine bedeutende Anzahl der Pfingstausgabe konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, da sich die Anschriften der Bezieher geändert haben. Alle Landsleute werden deshalb darum gebeten, Adressenänderungen und sonstige Personenstandsmeldungen dem Verwalter unserer Mitgliederdatei: Hans-Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsverzögerungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.

Suchmeldung – Im Zuge der Familienforschung sucht unser Landsmann Eberhard Brucker (einst Familie Schwanke), Bergstraße 42, 82131 Gauting, Telefon (089) 8562241, von einstigen Leben in Orlau, Lahna, Groß Koslau und Groß Schläfken Fotos und Ansichtspostkarten. Rückgabe garantiert. Kopien aus eigenem Besitz werden gerne abgegeben, anfallende Kosten selbstverständlich erstattet.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: (komm.) Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Besuch aus dem schweizerischen Tilsit – Bruno Buntschu, der Gründer der Ortschaft Tilsit in der Schweiz, weilte zu einem Besuch in Kiel. Ihm ist es zu verdanken, dass es seit über drei Jahren wieder den Namen Tilsit in Europa gibt. Bruno Buntschu war beeindruckt von den Erinnerungen an die Stadt am Memelstrom, die er in den Archivräumen besichtigen konnte. Der Besuch wird zur weiteren Vertiefung der Beziehungen zwischen der Stadtgemeinschaft und dem schweizerischen Tilsit beitragen. Eine besondere Überraschung wurde dem Ehrenvorsitzenden Horst Mertineit zuteil. Bruno Buntschu mit dem russischen Chor Cantabile im Gefolge suchte ihn an seinem Krankenbett auf, um ihm ein Ständchen zu bringen. Die russischen Sängerinnen trugen drei Lieder vor, für die sich Horst Mertineit in bewegten Worten bedankte.

Mosaiksteine

Agnes-Miegel-Seminar im Ostheim

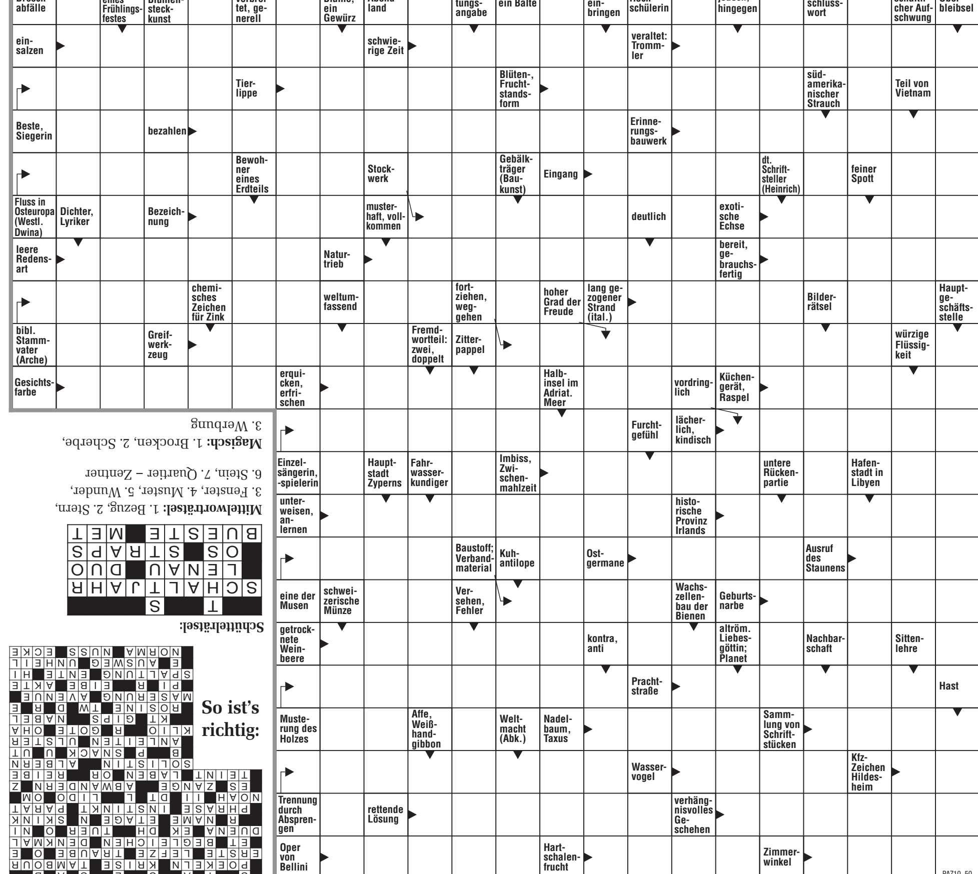
Internationale Wissenschaftler, diskussionsfreudige Teilnehmer, engagierte Leitung, kritische Beiträge, Rezitationen und Kulinarisches, so könnte man das Agnes-Miegel-Seminar charakterisieren, das im Ostheim, Bad Pyrmont, stattgefunden hat.

Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und die Agnes Miegel Gesellschaft (AMG) haben dieses Seminar gemeinsam veranstaltet, wobei der inhaltliche Teil bei der AMG und damit bei Marianne Kopp lag, die Organisation bei der LO. Gefördert wurde es vom Beauftragten für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Umso mehr haben sich die Veranstalter über die Teilnahme der Kulturreferentin, Agata Kern, gefreut. Die rund 50 Teilnehmer waren bunt gemischt, junge und alte Menschen, sogar aus Spanien, waren miegelerfahren oder bislang nur miegelinteressiert. Einige der Vorträge waren sehr gut und haben Miegels Biographie erweitert und Problempunkte gut herausgearbeitet. So beispielsweise der Vortrag von Rudolf Muhs, London, der über „Frauen-Bewegung. Feminismus und Nationalismus bei Agnes Miegel" gesprochen hat. Miegel entsprach nicht dem Frauenbild des NS-Regimes, sie wollte nicht heiraten und hat es auch nie, sie wollte Kinder und bekam eins im Geiste. Miegel hat gearbeitet, um nach dem Tod ihrer Eltern sich zu versorgen, dabei war sie – wie viele andere auch – den Regimezwängen ausgesetzt. Unbedingt muss Agnes Miegel in dem Kontext ihrer Zeit, im Spannungsfeld zwischen Abhängigkeiten, Zwängen, persönlichen Kompromissen und der großen existenziellen Sorge um ihre bedrohte, seit dem Versailler Vertrag vom übrigen Deutschen Reich abgetrennte Heimat Ostpreußen betrachtet werden. Auch zu Kernfragen wurde vorgedrungen. Ja, Miegel verehrte Hitler, denn er hat Ostpreußen wieder ans Reich angeschlossen. Sie hat Auftragsarbeiten für das Regime geschrieben, so auch zum Führergeburtstag, sie ist in die NSDAP eingetreten und das sehr bewusst. Aber weder Gewaltverherrlichung oder Antisemitismus, Fremdenhass oder ein Lob der Verbrechen des NS-Regimes findet man – auch nicht verschlüsselt – in ihrem Werk. Dafür aber immer wieder den Aufruf zu Toleranz, Verständigung über Grenzen hinweg, Weltoffenheit und Menschlichkeit. Miegels Bekenntnis, „nichts als den Hass zu hassen", galt für ihr gesamtes Lebenswerk!

Das sollte sich die Antifa, deren Mitglieder gegen das Seminar aufgerufen, Flugblätter verteilt sowie Teilnehmer des Seminars fotografiert und geblitzt haben, merken, aber auch die Straßennamenumbenennungswütigen unserer Tage. *M. K./Ch. R.*



Der Austausch von Wissen stand im Mittelpunkt: Teilnehmer des Seminars Bild: Rinser



Schüttelrätsel

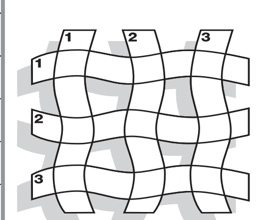
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AACH JLRST	CLOU	▼	EEHST	ALST	▼	ESTTU	AADM	EHPU	ORST
↳▶									
AELNU ▶						DOU ▶			
BEES TU ▶			APRS ST ▶						
↳▶						EMT ▶			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Gewichtseinheit.

Nr.			Mittelwort		
1	BETT				SCHEIN
2	MORGEN				BILD
3	SCHAU				FLUEGEL
4	SCHNITT				SCHUELER
5	WELT				KERZE
6	EDEL				HART
7	HAUPT				MACHER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 höchster Berg des Harzes
2 Bruchstück aus Glas
3 Reklame, Propaganda

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Bezug, 2. Stern, 3. Fenster, 4. Muster, 5. Wunder, 6. Stein, 7. Quartier – Zentner

Magisch: 1. Brocken, 2. Scherbe, 3. Werbung

»Flucht und Vertreibung«

Lehrerhandreichung mit sachorientierten Informationen

Die neue Lehrerhandreichung „Flucht und Vertreibung“ zeigt Ursachen, Zusammenhänge und Hintergründe rund um das brisante zeitgeschichtliche Schwerpunktthema auf.

In jüngster Zeit ist das Thema der millionenfachen Flucht und Vertreibung von Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus den früheren deutschen Ostgebieten sowie den Regionen Ostmittel- und Osteuropas verstärkt in die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gerückt worden. Gleiches gilt auch für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft. Um den Lehrerinnen und Lehrern ein Hilfsmittel an die Hand zu geben, mit dem sie einen kompetenzorientierten Geschichtsunterricht zum Themenkomplex Flucht, Vertreibung und Integration bestreiten können, veröffentlichte die Landeszentrale für politische Bildung in Düsseldorf vor kurzem eine didaktische Schrift. Die neue Lehrerhandreichung „Flucht und Vertreibung“ verbindet die historisch fundierte Darstellung der Ereignisse mit zahlreichen Dokumenten und Fotografien sowie verschiedenen Karten und Abbildungen. Neben den offiziellen Belegen der politischen Geschichte finden auch die Erfahrungen unmittelbar betroffener Menschen gebührende Berücksichtigung.

Herausgeber der Handreichung sind die Landeszentrale für Politische Bildung und die Landesregierung NRW, die mit der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf sowie dem Oberschlesischen Landesmuseum von Ratingen eng zusammengearbeitet. Mitherausgeber ist das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen. Die beiden großen landesgeförderten Stiftungen wurden mit der Vorbereitung des Bandes beauftragt, wobei auch die speziellen landeshistorischen Aspekte miteinzubeziehen waren. Daher stellt man bewusst institutionelle Ansprechstellen der Vertriebenen im Bundesland NRW vor, die als außerschulische Lernorte besucht und genutzt werden können. Hinzu kommt, dass es auf den Innenumschlagseiten neu gestaltete Karten gibt, die Paten- und Partnerschaftsverhältnisse zwischen Nordrhein-Westfalen und Schlesien anzeigen. Das flächendeckende Netz unterschiedlicher Kontakte ist offensichtlich.

Die 128 Seiten umfassende Publikation im DIN-A4-Format ist für Lehrkräfte aller Schulformen vorgesehen. Ein kompetentes „Autoren-Quartett“ arbeitete das sensible Thema in vier einzelnen Modulen durch überblicksartige Darstellungen und entsprechende Material- und Kartenteile so auf, dass unterschiedliche Schwerpunktsetzungen im Unterricht möglich sind. Bei der Einbeziehung des Materials kann jeder



Hält Einzug in den Unterricht: Deutsches Schicksal „Flucht und Vertreibung“ Bild: DG

Lehrer den Umfang und die Aufgaben an den jeweiligen Lernstand seiner Klasse anpassen. Kürzungen oder Abwandlungen sind problemlos möglich.

Einer der Autoren ist Thorsten Altena, Studienrat am Dortmunder Käthe-Kollwitz-Gymnasium. In seinem Beitrag „Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert“ heißt es: „In dem an Ideologien und Kriegen reichen 20. Jahrhundert bilden Flucht, Vertreibung und Umsiedlung eine ebenso feste wie schreckliche Größe.“

Stephan Kaiser, Direktor des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen, thematisiert deutsche Schicksale im Osten. Er erläutert: „Flucht und Vertreibung sind stets individuelle und oft traumatische Erlebnisse. Es ist allerdings erforderlich, sie mit einer Gesamtsicht zu konfrontieren, um Lehren für die Zukunft zu ziehen.“

Der Realschulrektor und Leiter der Geschwister-Scholl-Realschule in Wadersloh, Wolfgang Maron, beschreibt das Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahre 1960.

Winfrid Halder, Direktor der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, behandelt den Zeitraum der 60er Jahre bis heute. In seinem Beitrag schreibt er: „Dass der öffentliche Umgang mit dem Thema Flucht und Vertreibung unverändert Schwierigkeiten birgt, die sich zuweilen sogar noch auf der Ebene der Politik innerhalb der EU niederschlagen, zeigte zuletzt der Streit um die Mitgliedschaft von BdV-Präsidentin Steinbach im Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. ... Dies belegt, wie wichtig für das gegenseitige Verständnis auch heute noch eine sachorientierte Information über Vorgeschichte, Geschichte und Folgen der verschiedenen Vertreibungsvorgänge in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts noch immer ist.“

An der Praxis orientierte Gedanken darüber, wie Flucht, Vertreibung und Integration als Unterrichtsthema behandelt werden sollen, formulieren Altena und Maron in einem gemeinsamen Beitrag: „Wer Flucht und Vertreibung allein als abgeschlossenes historisches Phänomen oder gar originär deutsches Verhängnis als Folge des Zweiten Weltkriegs versteht, kann diesem Themenkomplex im Unterricht nicht annähernd gerecht werden. Flucht und Vertreibung sind nicht nur schicksalhafte Ereignisse, die prägend für das 20. Jahrhundert gewesen sind, sondern sie wirken bis in unsere jüngste Gegenwart nach und bestimmen so das öffentliche Bewusstsein und unsere Gesellschaft.“ *D.G.*

Die Druckschrift gibt es kostenlos auch im Internet unter: http://www.politische-bildung.nrw.de/handreichung/fluchtundvertreibung.pdf

Andere Blickwinkel

Kulturhistorisches Seminar für Frauen im Ostheim

Was erwartet Referenten, wenn sie auf dem alljährlich im November stattfindenden Kulturhistorischen Seminar für Frauen im „Ostheim“ in Bad Pyrmont sprechen? Fast 40 interessierte Frauen bilden den Teilnehmerkreis der Seminartage. Er setzt sich zusammen aus Frauen, die überwiegend aus Ostpreußen stammen und aus einigen, deren dauerhafte Liebe Ostpreußen gilt. Die Teilnehmerinnen legen Anreisewege aus ganz Deutschland, aus Polen und aus Litauen zurück. Mehr als die Hälfte sind Wiederkehrer, und das spricht für das Seminar. Alle eint, dass sie wissbegierig sind, dazulernen wollen und nach Möglichkeit neu erworbenes Wissen verbreiten.



Leisten einen wertvollen Beitrag zur Kulturhistorischen Arbeit: Jürgen W. Schmidt, Bärbel Beutner und Uta Lüttich (v.l.) Bild: UE

Was erwarten die Zuhörerinnen von den Referenten? Verständlichkeit – auch bei komplizierten Themen – Anschaulichkeit, Fakten und (historische) Bezüge, Glaubhaftigkeit und Nachvollziehbarkeit bei Zusammenhängen oder Beweisen. So die Anspruchshaltung zum Thema „Ost- und westpreußische Gedenktage 2010/11“.

Nach der von Uta Lüttich, Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, gehaltenen Einführung in das Seminarthema, war es der Historiker Sven Ekdahl, der den Reigen der Referate eröffnete. In seinem Vortrag zu „1410 – Die Schlacht bei Tannenberg und ihre Folgen für das Deutschordensland“ war nicht nur von den Ursachen zu hören, die zum „Großen Krieg 1409–1411“ führten, sondern auch von der teils widersprüchlichen Geschichtsschreibung aus deutscher oder polnischer Sicht. Wer glaubte, schon viel über „Tannenberg“ zu wissen, konnte hier vom Detailwissen des Forschers profitieren. Schon 1411 (erster Thorner Friede) gab es ein „geheimes Zusatzprotokoll“ – ein Dokument, das erst 1979 entdeckt wurde.

Der „Fürst der Astronomie“ aus Danzig stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Hans-Jürgen Kämpfert, „Zur Wiederkehr des 400. Geburtstages von Johannes Hevelius“. Dem Referenten gelang überzeugend, vor den Zuhörerinnen einen Menschen aus Fleisch und Blut auferstehen zu lassen, ihn in seiner Zeit und in seiner Bedeutung zu würdigen. Auch nicht Astronomie-Kundige werden jetzt den 28. Januar 1611, Hevelius Geburtstag, als Datum bewerten, an dem ein Mensch auf die Welt kam, dessen Lebensleistung sich nicht national einstufen lässt. Sie wurde für die Menschheit erbracht.

Einen völlig anderen Lebensweg, der vor 200 Jahren begann, zeichnete Bernd-Rüdiger Kern, der eine Professur für Bürgerliches Recht, Rechtsgeschichte und Arztrecht an der Universität Leipzig innehat, an der Person des in Königsberg geborenen Juristen und Parlamentariers Eduard von Simson. Simson, mit hoher rhetorischer Begabung ausgestattet, wurde 1848 in die Deutsche Nationalversammlung gewählt, war später Präsident des Reichstages bis 1874. Er wurde der erste Präsident des Reichsgerichts in Leipzig und 1885 der erste Präsident der von ihm mitbegründeten Goethe-Gesellschaft.

Stefan Hartmann, der 30 Jahre das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz geleitet hat, sprach über „Die Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen und ihre Bedeutung für das deutsch-polnische Verhältnis in der Zwischenkriegszeit“ – ein Thema, das neuralgische Punkte betrifft, die immer wieder Gegenstand von Untersuchungen von deutscher wie polnischer Seite sind. Hartmann konnte mit Hilfe eines konzentrierten Rückblicks auf die polnische Geschichte die in Teilen so andere Sehweise von polnischer Seite auf die Abstimmung im Jahr 1920 veranschaulichen. Er schloss mit dem Hinweis, dass die Dialogfähigkeit mit dem Beherrschen der polnischen Sprache wachse.

Der mit Spannung erwartete Vortrag von Margarete Dörr über „1945: Frauen- und Kindheitserfahrungen im II. Weltkrieg“ unter der Fragestellung „Was hat die Kriegsgeneration ihren Kindern mitgegeben?“, konnte leider wegen Erkrankung der Referentin nur verlesen werden. So entfiel auch die Diskussion.

„Fanny Lewald – eine Kämpferin für Frauenbildung und Frauenemanzipation“ stellte Bärbel Beutner vor. Beutner wurde auf der Flucht aus Ostpreußen geboren; sie ist Lehrerin für Deutsch, Latein und Philosophie. Die 1811 in Königsberg geborene Fanny Lewald verdient, aus heutiger Sicht nach der Wirkung ihrer Ideen abgeklopft zu werden. Da, und auch in ihrem literarischen Nachlass sind überraschende Entdeckungen möglich.

An eine herausragende preußische Königin und ihren Tod vor 200 Jahren erinnerte Jürgen W. Schmidt. Er gehört, nach einem Studium der Geschichte, Psychologie und Erziehungswissenschaft, seit Anfang 2010 zu den vier Schriftleitern des neuen wissenschaftlichen Jahrbuchs „Preußenland“, das von der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Kopernikus-Vereinigung gemeinsam herausgegeben wird. Wem ist Luise, die „Königin der Herzen“, nicht ein Begriff? In einem klar gegliederten Vortrag gab der Referent einen Überblick über ihre Lebensstationen und eine Einschätzung von Luises Nachleben in der Geschichte. Das „Luisenjahr 2010“ ist mit Beweis ihrer anhaltenden Bedeutung.

Ein weiterer Referent war der Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*, Konrad Badenheuer. Seine Ausführungen zur Geschichte, Gegenwart und Zukunft dieses wichtigen Wochenblatts fand bei den Anwesenden großes Interesse. *Ute Eichler*

Alle Jahre wieder

Eine Ausstellung in Dresden stimmt mit Adventskalendern und Kunsthandwerk auf Weihnachten ein

„Macht auf die Tür – Adventskalender und Erzgebirgische Volkskunst“ – unter diesem Motto zeigt das Dresdner Stadtmuseum eine bunte Zusammenstellung kultureller Bräuche rund um die Adventszeit und das Weihnachtsfest. Die Ausstellung entstand in Kooperation mit dem Museum Europäischer Kulturen – Staatliche Museen zu Berlin im Rahmen des Föderalen Programms der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

„Wie viele Tage sind es noch bis Weihnachten?“ Wer kennt sie nicht, diese Frage aus Kindermund oder aus der eigenen Kindheit. Und in ihr liegt all die Sehnsucht, Ungeduld und Spannung, mit der das große Fest erwartet wird. Ob vielleicht diese Frage ausschlaggebend für die Erfindung des Adventskalenders war? Wer weiß. Auf jeden Fall zählen bis heute Kinder (und auch Erwachsene) mit dem Adventskalender die Tage bis Weihnachten. Ob selbstgebastelt, mit Süßigkeiten oder Bildern bestückt – die Kalender sind nicht mehr wegzudenkende Begleiter durch die dunklen Dezembertage und schenken Vorfreude auf Weihnachten.

Mit über 150 Adventskalendern wird in der Ausstellung dessen Entwicklung veranschaulicht. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf den in Sachsen und später in der DDR gedruckten Kalendern.

1902 veröffentlichte die Evangelische Buchhandlung in Hamburg den ersten gedruckten Kalender in Form einer Weihnachtsuhr für Kinder. Der Pfarrerssohn Gerhard Lang (1881–1974), Teilhaber des Verlages Reichhold & Lang in München, konzipierte 1903 einen Weihnachtskalender mit dem Titel „Im Lande des Christkindes“, zu dem Richard Ernst Kepler die Bilder zeichnete. Die frühen Münchner Kalender hatten Abreißblätter zum Einkleben, Scheiben zum Drehen oder Figuren zum Herausschieben. Bibelverse oder auch Strophen aus Kirchenliedern wiesen auf das nahende Weihnachtsfest hin.

Bald wurden Adventskalender überall in Deutschland populär. Auch die traditionsreichen sächsischen Verlags- und Druckereistandorte sorgten für dessen Verbreitung. So brachte beispielsweise die Leipziger Kunstdruckanstalt Meißner & Buch Kalender mit Motiven von Fritz Baumgarten heraus. Die ursprünglich christlichen Motive wurden zunehmend von profanen Bilddarstellungen abgelöst. Nicht nur Engel und das Christkind, sondern auch Wichtelkinder, Weihnachtsmänner, Stadt- und Naturszenen gehörten nun zum Bildprogramm.

Wie groß in der Nachkriegszeit das Bedürfnis nach einer heilen Weihnachtswelt war, lässt sich daran ablesen, dass zum Beispiel in Dresden und Halle schon 1945 wieder Adventskalender kleinerer Verlage erschienen. Der 1949 gegründete Planet-Verlag in Berlin brachte „Vorweihnachts-Kalender“ heraus, diese Bezeichnung entsprach dem atheistischen Staatsdenken. Religiöse Motive wurden von dem auflagenstarken Verlag vermieden.

Die Adventskalender christlicher Verlage wie beispielsweise vom Wartburg Verlag in Jena erschienen nur in geringer Auflage. Nach 1990 konnte sich im sächsischen Raum vor allem der Verlag Brück & Sohn in Meißen mit seinen Adventskalendern etablieren, welche häufig Dresdner oder Leipziger Stadtansichten zeigen. Doch was wäre die Advents- und Weihnachtszeit ohne die traditionelle Volkskunst des Erzgebirges?

Ihre Wurzeln liegen im Bergbau und sind eng mit der Sehnsucht der Bergleute nach dem Licht verbunden. Die weihnachtlichen Leuchterfiguren, Pyramiden, Nussknacker, Räuchermänner, Krippenfiguren und Spielzeuge sind weltweit bekannt. In Folge des Niedergangs des Erzbergbaus entwickelten sich die Orte um Seiffen und Deutsch-Katharinenberg zu Zentren der handwerklichen und industriellen Produktion von Holzspielwaren und Weihnachtsfiguren. Dresden und der Striezelmarkt galten als ihre wichtigsten Absatzorte.

Kunstvoll bemalte Pyramiden – ursprünglich als Weihnachtsbaumersatz hergestellt –, lebensgroße Nussknackerfiguren, gedrechselte Krippenfiguren und Miniaturspielzeug aus Holz gefertigt, entfalten ihren Zauber und versetzen die Besucher in Weihnachtsstimmung.

Zu den bekanntesten Symbolfiguren gehören der Lichterengel und der Lichterbergmann. Letzterer steht für die Arbeit, während der Engel die heilige Barbara symbolisiert, die Schutzheilige der Bergleute. In der Vorweihnachtszeit wurden im Erzgebirge so viele Engel und Bergmänner in die Fenster gestellt, wie Mädchen und Jungen im entsprechenden Haus lebten.

Heute gibt es über 190 Handwerksbetriebe im Erzgebirge. Zu den wohl bekanntesten und auch ältesten Herstellern deutscher Volkskunst gehört die 1915 von Grete Wendt & Grete Kühn gegründete Traditionsfirma aus Grünhainichen. Ihr Markenzeichen: die musizierenden Engel mit den elf weißen Punkten auf grünen Flügeln. Die wunderschön gestaltete Ausstellung versetzt den Besucher in ein märchenhaftes Weihnachtsland. Neben vielen interessanten Informationen zu dem christlichen Brauchtum, der einem in der präsentierten Fülle wie ein großer Schatz erscheint, weckt die Schau die Freude auf die Advents- und Weihnachtszeit.

Caroline von Keudell

Die Ausstellung im Stadtmuseum Dresden, Wilsdruffer Straße, ist bis zum 9. Januar dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, freitags bis 19 Uhr zu sehen. Am 24., 25., 31. Dezember 2010 und 1. Januar 2011 geschlossen, Eintritt 4 / 3 Euro.



Engelswagen: Beispiel aus der Werkstatt Wendt und Kühn

Bild: Wendt und Kühn

Für Sie gelesen

Kinder erklären Meisterwerke

Da steht man als Erwachsener vor einem berühmten Kunstwerk im Museum und kramt in seinem Schulwissen, um zu verstehen, was der Meister dem Betrachter wohl sagen wollte. Nicht immer gelingt es, den Aussagen auf die Spur zu kommen. Das Kunstmagazin „art“ hat nun Kindern kurzerhand ein berühmtes Meisterwerk gezeigt und sie erzählen lassen, was ihnen zu dem jeweiligen Bild einfällt. Daraus sind kleine Geschichten entstanden, die zunächst in dem Monatsmagazin veröffentlicht wurden. Jetzt liegen 22 Bildbeschreibungen der Fünf- bis Siebenjährigen in Buchform vor: „Ich weiß genau, was da passiert ... – Kinder erklären Kunst“ ist nicht nur eine unterhaltsame Lektüre, sondern auch ein Buch, das dem erwachsenen Leser die Augen öffnet für das Wesentliche in der Kunst. Wer möchte da nicht schmunzeln, wenn Pelle, fünf Jahre, die Kartenspieler von Caravaggio für Cowboys hält – wegen der Hüte. „Auf dem Bild sind zwei Böse und ein Guter. Ich glaube, die Bösen tricksen den Guten aus. Hm. Vielleicht sind das doch keine Cowboys ... Cowboys machen so was nicht. Das sind bestimmt Räuber!“ Der sechsjährige Jan macht sich Gedanken über Michelangelos „Die Erschaffung Adams“. Adam, der junge Mann, der nichts anhat, soll von dem älteren auf die fliegende Decke gezogen werden. „Wenn ich so eine fliegende Decke hätte, würde ich mit der ins Fußballstadion vom FC St. Pauli fliegen, zu einem Heimspiel ... Meine Kleider zieh ich aber auf gar keinen Fall aus.“ – Viel Vergnügen. *os*



Barbara Hein: „Ich weiß genau, was da passiert .... – Kinder erklären Kunst“, Belser Verlag, Stuttgart 2010, gebunden, 48 Seiten, 40 farbige Abbildungen, 14,95 Euro

Deutschland aus der Luft gesehen

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste hier im Land?“, möchte man wie die böse Stiefmutter in Märchen fragen, betrachtet man die brillanten Luftbilder von deutschen Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten. Von Schleswig-Holstein bis Bayern, vom Saarland bis Sachsen ist der Berufspilot und Fotograf Gerhard Launer geflogen und hat im passenden Augenblick auf den Auslöser gedrückt. Entstanden sind einmalige Luftbilder, die Deutschland zeigen, wie man es als Normalsterblicher kaum zu sehen bekommt. Ein Buch, das unbedingt Lust macht, die einzelnen Sehenswürdigkeiten (noch einmal) genauer in Augenschein zu nehmen. *os*



Gerhard Lauber: „Deutschland – Eine Luftbildreise“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg, 2010, gebunden, 96 Seiten mit 91 Abbildungen, 19,95 Euro

In Kürze

Ehrenamtlich engagiert

Ältere Bürger werden in Deutschland ehrenamtlich immer aktiver. Das geht aus einer Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hervor, dem sogenannten Freiwilligen-Survey. Während sich 1999 von den über 65-Jährigen 23 Prozent unentgeltlich engagierten, waren es fünf Jahre später 25 Prozent und im vergangenen Jahr 28 Prozent. Bei den 60- bis 69-Jährigen stieg der Anteil der ehrenamtlich Tätigen zwischen 1999 und 2009 von 31 auf 37 Prozent. Von den über 70-Jährigen betätigt sich jeder Vierte; 1999 war es jeder Fünfte. Die über 65-Jährigen engagieren sich vor allem in Kirchen, im sozialen Bereich und im Sport. Ältere Menschen übernähmen zunehmend wichtige Aufgaben in Pflege und Betreuung, so das Ministerium.

Der Untersuchung zufolge übt rund ein Drittel der Bürger in Deutschland ein oder mehrere Ehrenämter aus (36 Prozent). Am aktivsten ist die Gruppe der 40- bis 49-Jährigen mit 42 Prozent. Dahinter rangieren die 30- bis 39-Jährigen (39 Prozent). Der Anteil der ehrenamtlich aktiven unter 30-Jährigen sank zwischen 1999 und 2009 von 37 auf 35 Prozent. Rückläufig ist der Trend auch bei den 50- bis 59-Jährigen (2004: 40 Prozent, 2009: 37 Prozent). Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) bezeichnete die freiwillig Engagierten als wichtige Stütze der Gesellschaft. *idea*

Was der Damenwelt gefällt

Das Glasmuseum in Rheinbach zeigt Parfümflakons aus mehreren Jahrtausenden

Das Rheinbacher Glasmuseum widmet historischen und zeitgenössischen Parfümflakons eine Publikumsausstellung. Fläschchen aus böhmischer Herstellung sind auch dabei. Bereits 3500 Jahre alt ist das kleine Fayencegefäß, das mit einem wertvollen Salböl gefüllt war und der ägyptischen Königin Hatschepsut gehört hat. Die Inschriftenkartusche auf dem eleganten Gefäßkörper belegt die königliche Herkunft zweifelsfrei. Seit dem Sommer 2009 wird das Öl von Experten der Universität Bonn analysiert. Die Leiterin des Rheinbacher Glasmuseums, Ruth Fabritius, ist auf dieses Exponat aus der neuen Sonderausstellung „Nachbarin, Euer Fläschchen!“ besonders stolz. Das Flakon ist eine private Leihgabe, die im Ägyptischen Museum der Uni Bonn aufbewahrt wird.

Bei der Vorbereitung dieser Ausstellung hat die Museumsleiterin ein Experiment gewagt und einen Hilferuf an Sammler von Parfümflakons gerichtet. Die Aktion erinnert an die Dom-Szene aus Goethes „Faust“, in der Gretchen die Nachbarin um ein Fläschchen bat – gemeint war dort allerdings ein Riechfläschchen. Das Glasmuseum hat sowohl aus der nahen als auch aus der etwas entfernteren Nachbarschaft Exponate bekommen. Rund 50 Leihgeberinnen und Leihgeber aus der gesamten Region zwischen Zülpich und Bonn bis hinein in die Eifel haben sich gemeldet. Sie haben ihre gläsernen und duftenden Kostbarkeiten zur Verfügung gestellt, so dass eine sehenswerte Ausstellung entstehen konnte. „Die Resonanz meines ‚Hilferufs‘ war überwältigend. Nahezu 95 Prozent der Exponate sind private Leihgaben. Weitere Ausstellungsstücke stammen aus dem Glasmuseum Immenhausen und aus dem Europäischen Flakonglasmuseum in Kleintettau“, erläutert Ruth Fabritius.

Die Schau im Ratssaal des Himmeroder Hofes beeindruckt vor allem durch ihre Vielfalt. Wer die Ausstellung besucht, kann sich einen Überblick über mehrere Jahrzehnte industrieller Flakongestaltung verschaffen. Neben dem Parfümflakon der Pharaonin Hatschepsut sind weitere Raritäten zu sehen. So etwa gehören die römischen Balsamarien und die aufwendig veredelten Kostbarkeiten aus dem 19. Jahrhundert zu den ältesten Exponaten. Hervorzuheben sind hier etwa die drei römischen Unguentarien (spindelförmige Fläschchen) aus dem 1. bis 2. Jahrhundert n. Chr. und die Salbflasche mit Bastgeflecht aus dem 2. bis 3. Jahrhundert n. Chr.

Die meist geschliffenen Flakons aus Kristall- und Farbglas – darunter mehrheitlich Uran- und Jadeglas – stammen aus böhmischer Herstellung. „Nordböhmen, um 1930“ lautet die Datierung einer vierteiligen Toilettengarnitur bestehend aus gelb gebeizter Kassette mit Wurmdekor in Glanzgold. Eine weitere mehrteilige, partiell gelb gebeizte und mattierte Toilettengarnitur aus Nordböhmen ist mit einem Dekor in Schwarzlotmalerei (Malerei mit einer speziellen Schmelzfarbe) auf Poliergold versehen. Die Flakons aus dunkelblauem Überfangglas mit vergoldetem Facetten-Stöpsel wurden zwischen 1967 und 1975 von der Firma Franz Heide (ehem. Böhmen) produziert.

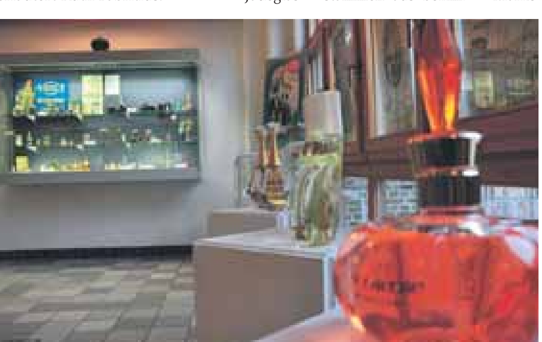
Kobaltblaues Glas ist auch in Form von einem Paar Flakons zu sehen, das mit Weißemailmalerei „Quarkmännchen“ (Kobolde) und Goldmalerei verziert ist. Die Stükke sind in Rheinbach von Heinz Markowsky um 1980 geschaffen worden.

Die unter Sammlern besonders hoch geschätzten Kreationen von René Lalique – zum Beispiel Parfümflakon-Anhänger und verschiedene Sondereditionen – haben einen Platz in der Ausstellung bekommen. Die Flakons zeichnen sich durch das von Lalique entwickelte Luftblasverfahren aus, das auch serielle Fertigung möglich machte.

Auf der Präsentation fehlt natürlich auch das Kölner Traditionshaus 4711 nicht. Neben ausgewählten Fläschchen sind auch Original-Plakate mit Kölnisch-Wasser-Motiven zu sehen. Darüber hinaus haben in zwei Vitrinen zeitgenössische Glaskünstler die Möglichkeit bekommen, kreativ gestaltete Flakons auszustellen.

Dieter Göllner

Die Ausstellung im Glasmuseum Rheinbach, Himmeroder Wall 6, ist bis zum 30. Januar 2011 dienstags bis freitags von 10 bis 12 Uhr sowie von 14 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 17 Uhr geöffnet, Eintritt 2,50 / 1 Euro.



Dufte Flakons: Ausstellung präsentiert alt und neu.

Bild: Göllner

Schlimmer als tot?

Schicksalsschlag trifft Paar

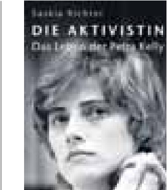
„In guten wie in schlechten Zeiten, in Krankheit und Gesundheit, bis dass der Tod uns scheidet.“ Alix Kates Shulman hat wie so viele sich nie Gedanken darüber gemacht, welche Konsequenzen dieses Eheversprechen für sie haben könnte. Sie hat ihr spätes Glück mit ihrer Jugendliebe Scott York, den sie erst in der zweiten Lebenshälfte wiedertraf und heiratete, genossen, machte sich keine Gedanken darüber, dass sie beide nicht mehr die Jüngsten waren. Wie jedes Jahr fuhren sie auch im Sommer 2004 in ihr Haus am Meer, verdrängend, dass die damit verbundenen Strapazen und das keineswegs barrierenfreie Haus eigentlich nichts mehr für sie waren.

Die 1933 geborene Autorin beginnt ihren Erfahrungsbericht „Zu lieben was ist“ äußerst spannend. Gleich zu Beginn des Buches erfährt der Leser, dass ihr Mann im Alter von 75 Jahren bei seinem Sturz nicht starb, aber das, was kam, keineswegs weniger schrecklich war. Stück für Stück beginnt sie dann, den Unfall nachzuerzählen, lässt den Leser an ihrer Erleichterung teilhaben, als endlich der Rettungsdienst kommt und ihr Mann ärztlich behandelt wird. Aber dann wirft sie ihn in das emotionale Chaos, das sie selbst empfand, als sie erfuhr, dass ihr Mann zwar überlebt, aber von nun an nie mehr er selber sein würde. Schädelhirn-Trauma, so lautete die Diagnose. Doch was so kurz gesagt ist, bedeutete für Alix Kates Shulman, dass ihr Leben fortan nicht mehr so war wie zuvor. „Wer ist dieser orientierungslose Mensch mit seiner seltsamen Mischung aus Verstand und Verwirrtheit, der ebenso irrational wie phantasievoll ist? Der würdevolle, galante Mann, den ich liebe, ist aus dem ihm auferlegten Schweigen als redseliger Fremder zu sich gekommen – manchmal ein Clown ..., manchmal ein derber alter Mann ...“ Der starke, ruhige Mann an ihrer Seite brabbelte plötzlich unverständliche Wörter vor sich hin, konnte nur langsam Situationen erfassen und litt unter dem Fehlen seines Kurzzeitgedächtnis. Manchmal geriet er außer sich und beschimpfte seine Mitmenschen unflätig oder machte absolut Unerwartetes, so dass er stets beaufsichtigt werden musste.

Plötzlich weiß der geliebte Mann nicht mehr, wer man ist

Doch „Zu lieben was ist“ ist trotz des schweren Schicksalsschlags, den die Autorin und ihr Mann erlitten haben, und trotz der vielen Auf und Abs im Genesungsprozess ein positives Buch. Es lebt von dem Wechsel zwischen gemeinsamer Vergangenheit und neuer Gegenwart des Ehepaares. Beides schildert die New Yorker Intellektuelle und ehemals radikale Feministin angenehm emotional und berührend, ohne dabei auf die Tränendrüse zu drücken, so dass ihr Buch Menschen in einer ähnlichen Situation durchaus Mut machen kann. *Rebecca Bellano*

***Alix Kates Shulman: „Zu lieben was ist“**, Lübbe, Köln 2010, gebunden, 268 Seiten, 16,99 Euro*



Verglühter Stern

Biographie über die grüne Aktivistin Petra Kelly – Moralischer Rigorismus

In den 1970er Jahren stieg sie in die Avantgarde der Umweltschutz- und Friedensbewegung auf, gehörte 1979 zu den Gründungsmitgliedern der Partei „Die Grünen“ und erhielt 1982 den alternativen Nobelpreis: Petra Kelly (1947–1992), die für viele aufgrund ihres unermüdlichen Engagements für Frieden und Gerechtigkeit zum Vorbild wurde. In der Bundesrepublik Deutschland kanalisierte und artikulierte sie die Sorgen der Bevölkerung um den Weltfrieden angesichts der atomaren Bedrohung zur Zeit des Nato-Doppelbeschlusses sowie aufgrund der zivilen Nutzung der Kernkraft. Darüber hinaus forderte sie die Einhaltung der Menschenrechte auch auf internationaler Ebene ein. Die 1978 geborene Politikwissenschaftlerin Saskia Richter hat mit ihrem Buch „Die Aktivistin – Das Leben der Petra Kelly“ eine Biographie über diese außergewöhnliche und umstrittene Frau vorgelegt, die mit ihrer Vision von einer Welt ohne Herrschaft und Gewalt eine große Strahlkraft entwickelte. Die Autorin nennt als Begründung für die Themenwahl der ihrem Buch zugrunde liegenden Dissertation unter anderem, dass es bis dahin keine mit emotionaler Distanz geschriebene Biographie Kellys gegeben habe.

Petra Kelly wurde 1947 im bayrisch-schwäbischen Günzburg geboren. Mit ihrer Familie zog sie 1960 in die USA, wo sie später während ihres Studiums an Protestdemonstrationen gegen den Vietnamkrieg teilnahm und im Wahlkampf für Robert F. Kennedy und Hubert H. Humphrey warb. 1972 bis 1982 war sie für die Europäische Kommission in Brüssel tätig, 1983 zog sie erstmals in den Bundestag ein. Immer mehr hatte sie damals außer mit gesundheitlichen auch mit psychischen Problemen zu kämpfen. Über den Tod ihrer Halbschwester Grace, die mit zehn Jahren an Krebs starb, kam sie nicht hinweg. 1987 wurde Petra Kelly in der „Neuen Zürcher Zeitung“ als idealistische Einzelkämpferin bezeichnet. Was war geschehen? Innerhalb ihrer Partei traten Mitte der 80er Jahre Flügelkämpfe auf, wobei Kelly auf Distanz ging, nachdem die Grünen in Hessen erstmals Regierungsverantwortung übernommen hatten und mit Joschka Fischer den Umweltminister stellten. Ihre Starrolle hatte sie parteiintern aber schon vorher eingebüßt, da ihr die Fähigkeit zur Parteiarbeit abging. Bei der Bundestagwahl 1990 wurde sie von den Grünen nicht mehr als Kandidatin aufgestellt. Ihr Leben endete gewaltsam zu einem Zeitpunkt, als sie sich in einer tiefen Krise befand: Am 1. Oktober 1992 wurde Petra Kelly von ihrem 22 Jahre älteren Lebensgefährten Gert Bastian, Bundeswehrgeneral a. D., frühmorgens im Schlaf erschossen. Anschließend richtete sich der Täter selbst. Man fand die Toten erst drei Wochen später. Über das Tatmotiv herrscht nach wie vor Ungewissheit.

Mit ihren Prinzipien machte sie sich selbst das Leben schwer

Auf die Mutmaßungen über mögliche Motive des sogenannten „Doppelselbstmords“ – auf diesen Begriff legte sich die Staatsanwaltschaft merkwürdigerweise fest – geht die Autorin nur am Rande ein. Es gibt dazu keine neuen Erkenntnisse. Bereits 1993 hatte sich Alice Schwarzer mit ihrer Fallstudie „Eine tödliche Liebe – Petra Kelly und Gert Bastian“ gegen die, wie sie es nannte, Verlogenheit im Umgang mit der Tat gewandt. Schwarzer glaubte an eine Beziehungstat. Alternativ wurde seinerzeit auch die Möglichkeit der Beteiligung Dritter in Betracht gezogen, doch fanden sich keine stichhaltigen Hinweise.

Hinsichtlich der Überarbeitung des wissenschaftlichen Textes mit dem Ziel, ein Sachbuch für ein größeres Publikum herauszugeben, hätte man sich im Detail oftmals mehr Aufmerksamkeit gewünscht. Doch überzeugt die Autorin mit ihrem Ansatz, den Aufstieg und das Scheitern Petra Kellys in engem Bezug zur gesellschaftspolitischen Entwicklung der 70er und 80er Jahre zu untersuchen. Mit ihrem Namen ist die Spaltung der grünen Partei in einen fundamentalistischen und einen realpolitischen Flügel verbunden. Richter beschreibt Petra Kelly als eine charismatische Persönlichkeit, die sich bis zur Erschöpfung verausgabte, dann aber mit ihrem moralischen Rigorismus das Erreichte verspielte, da sich im Prinzip Gleichgesinnte von ihr distanzierten. *Dagmar Jestrzemski*

***Saskia Richter: „Die Aktivistin – Das Leben der Petra Kelly“**, DVA, München 2010, gebunden, 523 Seiten, 24,99 Euro*

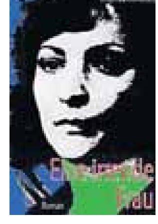


Ärger mit dem Finanzamt

Maue Satire über das deutsche Steuersystem und den Fiskus

Staatliche Institutionen und Regelwerke, etwa Finanzämter und Steuergesetze, reizen nun einmal zu satirischer Auseinandersetzung. Insofern kann Ursula Ott auf einiges Interesse zählen, auch wenn der krampfige Titel ihres Büchleins „Total besteuert“ abschreckt. Der geht wohl aufs Sündenkonto des Verlags, während die Autorin nicht weiß, dass sie gerade bei Bürokratie-Satiren mit einem Genie wetteifert, das bislang noch niemand besiegt hat: Cyril N. Parkinson (1909–1993). Auch nach einem halben Jahrhundert wirkt Parkinsons Buch noch so frisch und jung, dass Epigonen wie Ursula Ott ziemlich alt aussehen. Zumal sie es so simpel anlegt: Sie beklagt, dass in Deutschland die Steuerbelastung hoch und das Steuersystem überbürokratisiert seien, was wirklich nicht neu ist. Wer ein einfaches und transparentes Steuersystem sucht, wird es in Schweden finden – im Verein mit Steuerlasten, gegen die sich deutsche geradezu mildtätig ausnehmen. Wohlfeil sind auch Klagen über deutsche Steuerflüchtlinge in der Schweiz, zumal hier wohl schlichter Neid die Feder führte. Oder der Dauerkrieg, den ein Berufsschullehrer mit dem Finanzamt um die steuerliche Anerkennung einer Wirtschaftszeitung führt. Und einige Schildbürgereien mehr, die alle vorgefallen sind, dabei häufig bessere Satiren als die von Ursula Ott bewirkten. Es bleibt dabei: Deutsche zahlen ungern Steuern, aber sie zahlen. Deutsche Finanzämter sind oft kleinkariert, müssen aber auch wegen Personalnot „Steuererklärungen mit geschlossenen Augen durchwinken“. Deutsche Politik verschwendet mitunter Milliarden für sinnlose Projekte, sagt aber nicht, warum wir „ausgerechnet das korrupte Griechenland unterstützen müssen“. Frau Ott hat manche zutreffende Beobachtung gemacht, aber insgesamt ist ihr Büchlein ein sinnloses Lamento. *Wolf Oschlies*

***Ursula Ott: „Total besteuert“**, dtv, München 2010, broschiert, 159 Seiten, 7,90 Euro*



In der Ehe gefangen

Frau bindet sich an unglückliche Beziehung

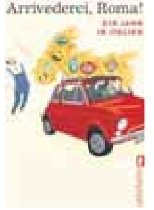
Die Autorin Angelika Immerath ist unseren Lesern bereits bestens bekannt: durch ihre Kriminalgeschichten ebenso wie als Verfasserin des anrührenden Kinderbuchs „Muss das sein, Jonas?“. Jetzt hat die am Niederrhein lebende Autorin ihren ersten Roman vorgelegt: „Eine irrende Frau“, die Geschichte einer großen Liebe und eines – fast – verpatzten Lebens.

Am Anfang der Lebensbeichte steht ein Irrtum, den die Ich-Erzählerin nicht rechtzeitig korrigiert hat. Die angehende Lehrerin, in Liebesdingen unerfahren und daher vertrauensselig, geht einem attraktiven jungen Mann auf den Leim, dem die Frauen nachlaufen. Obwohl ausdrücklich gewarnt, besteht sie geradezu trotzig darauf, ihn zu heiraten, obwohl er ganz und gar nicht zu ihr passt. Sie ist davon überzeugt, dass sie „ihren Oliver“ mit ein wenig Kontrolle auf den rechten Weg bringen könnte. Doch der denkt nicht daran, seine eingefahrenen Gleise zu verlassen, ist ein rechter Nichtsnutz und versagt. Anne jedoch neigt dazu, sich an jeder Niederlage, jedem Unglück die Schuld zu geben. Auch ein Umzug in ein eigenes Haus und Olivers Versuch, eine Firma zu gründen, ändern nichts am langsamen Abstieg. Im Gegenteil, der Taugenichts, maßlos verzogen von seiner Mutter und unfähig, das eigene Versagen einzusehen, entwickelt sich zum Alkoholiker und Schürzenjäger, legt sich mit allen Nachbarn und Freunden an. Sein Leben geht unaufhaltsam abwärts. Anne nimmt ihr Schicksal selber in die Hand. Ihr gelingt es schließlich, eine Stelle als Museumspädagogin in der nächsten Stadt zu bekommen, um die Familie über Wasser zu halten. Hier wird sie bald die rechte Hand ihres Chefs, eines verständnisvollen und klugen Mannes. Eine enge Bindung entwickelt sich. Trotzdem hält Anne an ihrer Ehe fest, weil sie sich auch hier wieder schuldig fühlt. Verunsichert, nicht mehr fähig, dem Mann zu vertrauen, den sie liebt, begeht Anne einen neuen schweren Irrtum. Diese neue Verwicklung sei hier nicht verraten. Denn nun wird die „irrende Frau“ zum ersten Mal in ihrem Leben wirklich schuldig und droht den Geliebten zu verlieren. Wird sich das Blatt noch einmal zum Guten wenden? Das Ende ist offen, aber die Hoffnung bleibt der irrenden Frau und damit dem Leser, der an ihrem Schicksal teilgenommen hat und mit ihr bangt.

»Ihr Oliver« ließ sich nicht formen

Dieses Geschehen ist jedoch eingebettet in einen niederrheinischen Alltag, der reich ist an urkomischen und absurden Ereignissen, belebt von liebenswerten oder auch unangenehmen Zeitgenossen, – die dennoch dem Leser möglicherweise bekannt vorkommen werden, ganz gleich, wo in Deutschland er wohnt. Besonders auffällig ist die Fähigkeit der Autorin, durch einen lakonischen Erzählstil eine Spannung auf das Ende zu erzeugen, so dass er von Seite zu Seite zum Weiterlesen verführt wird. *Klaus R. Röhl*

***Angelika Immerath: „Eine irrende Frau“**, bod, Norderstedt 2010, broschiert, 316 Seiten, 18 Euro*



Magische Realisten

Journalist nimmt Abschied von Wahlheimat Italien

„Alle Wege führen nach Rom“, lautet ein lateinisches Sprichwort. Doch es führt mindestens auch ein Weg hinaus aus der Ewigen Stadt. Diesen musste Auslandskorrespondent Stefan Ulrich von der „Süddeutschen Zeitung“ im vergangenen Jahr beschreiten, als die Redaktion ihn nach vier Jahren von Rom nach Paris versetzte. Plötzlich hieß es für den gebürtigen Bayern, seine Frau Antonia und die Kinder: Koffer packen! In seinem Buch „Arrivederci, Roma!“ lässt Ulrich die letzte Zeit in Italien Revue passieren. Wer sein erstes Buch „Quattro Stagioni“ gelesen hat, wird hier alte Bekannte wiedertreffen: das Hausmeisterehepaar Filippo und Federica, den Fischverkäufer Teodoro und die Meerschweinchen der Familie.

In der Fortsetzung holt den Journalisten langsam, aber sicher der römische Alltag ein. Vieles, was am Anfang überraschend und ungewohnt erschien, ist entschlüsselt und verdaut: von der Genussbegabung der Italiener über ihre kommunikative Offenheit bis hin zu ihrem organisierten Chaos, ihrer Fähigkeit, sich zu arrangieren, und ihrer kreativen Überlebenskunst. „Magischen Realismus“ nennt Ulrich letztere Eigenschaften. Als Beispiel gibt er das piemontesische Viganella an. Die in einem Tal zwischen hohen Bergen gelegene Gemeinde galt als dunkelster Ort in Italien. Jedes Jahr von November bis Februar sahen die Dorfbewohner keine Sonne, bis der Bürgermeister Pierfranco Midali 2005 einen genialen Einfall hatte. Hoch oben auf einem Berg ließ er einen riesigen Spiegel montieren, um das Sonnenlicht auch in der kalten, finsteren Jahreszeit auf die Piazza zu reflektieren. Finanziert wurde das Projekt durch private Spender und lokale Organisationen. Seitdem ist Viganella eine beliebte Touristenattraktion.

Sardische Spanferkel, apulische Gläubige

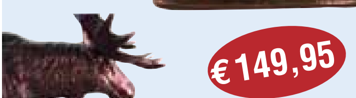
Doch der Piemont ist nicht das einzige Ausflugsziel des Korrespondenten. Angelehnt an Jules Verne, der in 80 Tagen um die Welt reiste, beschließt er, in 365 Tagen alle 20 Regionen von der Lombardei im Norden bis nach Sizilien im Süden zu besuchen und sein Italienbild zu vervollständigen. Unterwegs begegnen ihm sardische Spanferkel-Köche, apulische Gläubige sowie Familienangehörige der kalabrischen Ndrangheta-Mafiosi, die ihm eine heile Welt vorgaukeln. Urkomische Episoden, wie eine Autopanne am Meer nahe Rom oder die Geburtstagsparty des Hausmeisters Filippo samt Großfamilie im Hinterland Neapels, wechseln sich ab mit tragikomischen Vorfällen, wie der Besuch beim Tiernotarzt mit den kleinen Nagern der Ulrichs.

„Arrivederci, Roma!“ ist ein liebenswertes Kaleidoskop Italiens. Mit seinem bildhaften Schreibstil, seiner präzisen Wortwahl und seinem Sinn für Situationskomik beschert Ulrich interessante Lesestunden. Die guten geographischen Kenntnisse des Autors regen zu vielen Ideen für den nächsten Italienurlaub an. Hilfreich wäre eine Landkarte im Anhang gewesen, um die Reisen einfacher nachzuverfolgen. *Sophia E. Gerber*

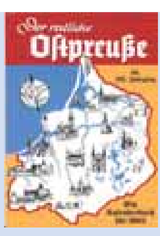
***Stefan Ulrich: „Arrivederci, Roma! Ein Jahr in Italien“**, Ullstein Verlag, Berlin 2010, 250 S., 9,95 Euro*

Elch, großes Standbild

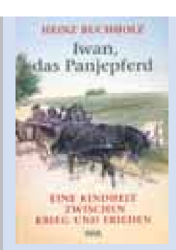
Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



€ 149,95



Der redliche Ostpreuße 2011
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abbildungen, 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 7049, € 9,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

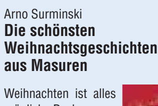


Thorsten Schulte
Silber ist das bessere Gold
Geb., 256 Seiten, zahlreiche Abbildungen
Best.-Nr.: 7060, € 19,95



Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

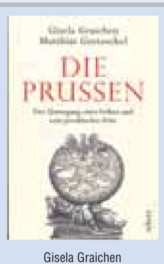
Arno Surminski
Die schönsten Weihnachtsgeschichten aus Masuren



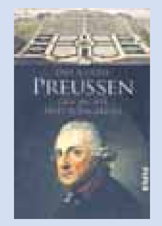
Weihnachten ist alles möglich. Da kommen die Engel durchs Schlüsselloch und die guten Geister fliegen durch den Schornstein. Wer stimmungsvolle Geschichten liebt und es sich in der Advents- und Weihnachtszeit gemütlich machen möchte, für den ist dieses Weihnachtsbuch genau das Richtige. Masuren ein Land wie aus einer anderen Zeit, schlicht und bodenständig, dabei voller Überraschungen. Meinetwegen kann Weihnachten anfangen mit diesem wunderschönen Geschenkbuch auf jeden Fall. Mit Erzählungen von Annemarie von Au, Paul Brock, Ruth Geede, Bogumil Goltz, Michael Kluth, Siegfried Lenz, Angnes Miegel, Hermann Sudermann, Arno Surminski, Christa Wank
Geb., 313 Seiten mit 48 Farbabbildungen
Best.-Nr.: 6726, € 24,95



Gundel Paulsen
Weihnachtsgeschichten aus Ostpreußen
Kart., 141 Seiten
Best.-Nr.: 3004, € 6,95



Gisela Graichen
Die Prussen
Der Untergang eines Volkes und sein preußisches Erbe
Geb., 239 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 7047, € 19,95



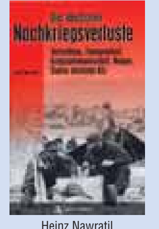
Uwe A. Oster
Preußen - Geschichte eines Königreichs
Geb., 384 Seiten, 16 meist farbige Bildtaf. und 2 einf. Übersichts-Karten
Best.-Nr.: 7042, € 22,95

Ostpreußen-Fleecejacke
Warme Fleecejacke mit gestickter Elchschaufel auf der linken Brust. Die Elchschaufel ist in Wappenform gestickt und hat die Maße:
Breite 4,5 cm
Höhe: 5 cm
Die Jacke ist wind- und wasserdicht und mit einer atmungsaktiven Membran versehen, modisch geschnitten und läßt sehr angenehm tragen. Sie für Damen und Herren gleichermaßen geeignet und verfügt über zwei Außen- und zwei Innentaschen.

Größe XXL, Best.-Nr.: 7040
Größe XL, Best.-Nr.: 7007
Größe L, Best.-Nr.: 7008



je € 54,95



Heinz Nawratil
Die deutschen Nachkriegsverluste
Gestützt auf amtliche Dokumentationen
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6636, € 14,95

Marion Junker
Weihnachten im alten Ostpreußen
Dunkel und kalt war es, der Schnee lag dicht auf weiter Flur und eine unheimliche Stille breitete sich draußen aus, während in den gemütlichen Stuben das Feuer knisterte, alte Geschichten erzählt wurden und über allem der Duft von Pfefferkuchen und Tannengrün lag. So erinnern sich viele Menschen an die Weihnachtszeit vergangener Tage in Ostpreußen. Die Beeinflussung durch verschiedene Kulturen, die eigentümliche Vermischung von Volksgruppen und die unentwegte Veränderung der Bräuche führten zu einer ungewöhnlichen Vielfalt weihnachtlichen Brauchtums - um das Fest auszuschmücken, aber auch das Glück zu locken und das Böse von Haus und Hof fernzuhalten.
Geb., 173 Seiten
Best.-Nr.: 5980

€ 14,95

PMD Preußischer Mediendienst



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!



Oliver Rieckmann empfiehlt...

Sabine Bode
Die vergessene Generation
Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen
»Andere haben's noch viel schlimmer gehabt.« Noch nie hat es in Deutschland eine Generation gegeben, der es so gut ging wie den heute 65- bis 80 jährigen. Doch man weiß wenig über sie, man redet nicht über sie – eine unauffällige Generation. Jetzt beginnen sie zu reden, nach langen Jahren des Schweigens. »... Ein fundiertes Buch über ein Tabu, das über ein halbes Jahrhundert auf seine Aufarbeitung wartete.« (Welt am Sonntag) Die Kriegskindergeneration ist im Ruhestand, die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus. Bei vielen kommen jetzt die Erinnerungen allmählich hervor und mit ihnen auch Ängste, manchmal sogar die unverarbeiteten Kriegserlebnisse. Sie wollen nun über sich selbst nachdenken und sprechen. Der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter spricht von einer »verschwiegenen, unentdeckten Welt«. Mit den Holocaust-Opfern habe man sich eingehend beschäftigt, mit der Kriegskindergeneration nie. Ihnen wurde gesagt: »Sei froh, daß du überhaupt überlebt hast. Vergiß alles und schau lieber nach vorne!« Sie haben den Bombenkrieg miterlebt oder die Vertreibung, ihre Väter waren im Feld, in Gefangenschaft oder sind gefallen. Diese Erinnerungen haben sie bislang in sich verschlossen gehalten, sie trösteten sich mit der Einstellung: »Andere haben es noch viel schlimmer gehabt als wir.« So wurde eine ganze Generation geprägt: Man funktionierte, baute auf, fragte wenig, jammerte nie, wollte vom Krieg nichts hören – und man konnte kein Brot wegwerfen.

Geb., mit Schutzumschlag, 288 Seiten, Auflage: 7., um ein Vorwort erweiterte Aufl. 2009
Best.-Nr.: 3625



€ 19,90



Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Als Arzt in Königsberg 1945
Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 1040, € 15,50



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.
CD
Best.-Nr.: 6899

€ 13,90

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



€ 13,90



CD
Oh, es riecht gut
Weihnachtslieder und Musik für unsere Kleinsten
Oh, es riecht gut, Bald nun ist Weihnachtszeit, Laßt uns froh und munter sein, Bimmelt was die Straße lang, So viel Heimlichkeit, Hört doch in den Stuben, Horch, jetzt klopft es an der Tür u.v.m.
Best.-Nr.: 6869, € 12,95



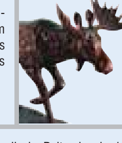
CD
Morgen kommt der Weihnachtsmann
Die schönsten Kinderlieder zur Weihnacht
Morgen kommt der Weihnachtsmann, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Vorfreude, schönste Freude, Laßt uns froh und munter sein u.v.m.
Best.-Nr.: 6710, € 12,95

Maurice Philip Remym
Mythos Bernsteinzimmer
Restposten
Der Autor geht dem rätselhaften Mythos des Bernsteinzimmers nach und lüftet endlich das Geheimnis um seinen Verbleib. Zum Beweis seiner These wartet der ausgewiesene Kenner der deutschen Geschichte, den dieses Thema seit mehr als fünfzehn Jahren fasziniert, mit vielen neuen Fakten und historischen Dokumenten auf. Wieso haben KGB und Stasi sich einen erbitterten Kampf geliefert und die Wahrheit über die Geschichte des Bernsteinzimmers verschleiert? Welche Interessen steckten dahinter? Und wieso nahmen die westlichen Medien diese Legenden so begierig auf? Mythos Bernsteinzimmer ist eine hochspannende Rekonstruktion der Hintergründe des Überfalls auf Russland, des Untergangs der alten deutschen Stadt Königsberg — und erstmals eine überzeugende Erklärung dafür, warum das Bernsteinzimmer jenseits aller Faszination zum Mythos werden konnte.
Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 2270, € 14,95

Elch, Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm,
Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

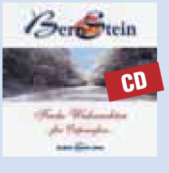




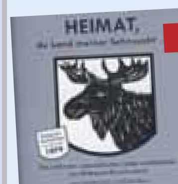
€ 99,95



CD
Schneeflöckchen, Weißröckchen
Kinderlieder und Gedichte zur Weihnacht
Schneeflöckchen leise, Schneeflöckchen, Weißröckchen, Frau Holle, Frau Holle, Schneeflöckchen tanze, Schneemann, wie siehst du denn aus u.v.m.
Best.-Nr.: 6711, € 12,95



CD
BernStein
Frohe Weihnachten für Ostpreußen
15 weihnachtliche Lieder und Gedichte,
Laufzeit: 37:15 Min.
Best.-Nr.: 6690,
€ 14,95



CD
„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
- Land der dunklen Wälder
- Es dunkelt schon in der Heide
- Sie sagen all, du bist nicht schön
- Zogen einst fünf wilde Schwäne
- Wild flutet der See
- Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM III. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillion (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
CD
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin. Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891

€ 13,90



Marianne Kopp und Ulf Diederichs (Hrsg.)
Als wir uns fanden, Schwester, wir waren wir jung
Agnes Miegel an Lulu von Strauß und Torney
Briefe 1901 bis 1922
Geb., 336 Seiten
Best.-Nr: 6786, € 22,00



NEU
Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 129,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12 50/10
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Bundeswehr im Elsass stationiert

Berlin / Paris – Erstmals ist jetzt eine Einheit der Bundeswehr fest im Elsass stationiert. Das Jägerbataillon 291 mit 600 Soldaten teilt sich mit der 2. französischen Panzerbrigade eine Kaserne bei Straßburg. Die Einheit zählt zur 5500 Mann starken, 1989 gegründeten Deutsch-Französischen Brigade. Beobachter werten die Stationierung als „historisch“. Sie zeige, wie weit sich das Verhältnis der Länder vom Misstrauen der Kriege entfernt habe. *H.H.*

WM 2022: Deutsch wie VW

Doha – Als das Emirat Katar den Zuschlag für die Fußball-WM 2022 erhielt, jubelten auch etliche Deutsche. Wie aus keinem anderen Land sind deutsche Firmen an der WM-Ausrichtung beteiligt: Konzeption der Bewerbung, Bau von Stadien, Hotels, Flughäfen oder Schienennetz – überall dominierten deutsche Unternehmen, lobt der „Focus“. Katar setze ganz auf die hervorragenden Erfahrungen von 2006. Die WM sei „deutsch wie ein VW“. *H.H.*

ZUR PERSON

Konstruktiver Provokateur

Frech und eitel, schillernd und klug ist dieser Liberale, ein Paradiesvogel, aber von der intelligenten Sorte“, charakterisierte durchaus treffend die „Frankfurter Rundschau“ den vielleicht bekanntesten freidemokratischen Landespolitiker **Wolfgang Kubicki**. Der Tausendsassa passt in keine Schublade, und es ist nicht leicht zu erkennen, was dieser Mann in der letzten Konsequenz eigentlich politisch will. Er wird gemeinhin dem linksliberalen Flügel seiner Partei zugerechnet. Angesichts seiner jetzigen FDP-Kritik könnte man meinen, dass er ein Westerwelle-Gegner sei. Aber das wäre zu kurz gesprungen, denn nicht zuletzt er war es, der den jetzigen FDP-Vorsitzenden auf Kosten von dessen Vorgängers Wolfgang Gerhardt nach vorne gepuscht hat.

Weniger unklar als sein politischer Standpunkt ist Kubickis Neigung zur ätzenden, aber konstruktiven Provokation. Der Mann, der sich selber einmal die „Ausstrahlung eines Kühlschranks“ attestiert hat, ist den meisten Berufspolitikern intellektuell weit überlegen und lässt es sie spüren. Das führt nicht nur zur Erheiterung der Öffentlichkeit, sondern bringt Partei und Staat nicht selten auch inhaltlich weiter.



Opportunistische Rücksichtnahme auf Parteifreunde hat er nicht nötig. Das große Geld verdient er außerhalb der Politik. Wenn Kubikki einen Posten in der aktuellen Carstensen-Regierung mit der Begründung ablehnt, dass er sich dies finanziell nicht leisten könne, dann muss das nicht nur eine Ausrede sein, um sich der Kabinettsdisziplin zu entziehen. Der Staranwalt hat in den vielfältigsten Geschäften seine Finger drin, was ihn 1993 schon einmal Partei- und Fraktionsvorsitz der schleswig-holsteinischen Freidemokraten gekostet hat. Im Gegensatz zu seinem Freund Jürgen Möllemann gelang ihm jedoch das Comeback. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Eine Schande!

Wie Deutschland seine Wärter vergrätzt, wann wir endlich solidarisch sein können, und ob Westerwelle die Böschung hochkommt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Deutschen werden in der EU immer unbeliebter, zischen uns Diplomaten und Korrespondenten zu. Der langjährige EU-Kommissar Günter Verheugen berichtet, in Brüssel halte man uns für „eigensüchtig“. Die Überraschung: Der SPD-Politiker sieht das ganz genau so. Dass Jean-Claude Juncker uns zu Anti-Europäern erklärt hat, war also keine verrutschte Einzelmeinung.

Warum hacken die nur alle so auf uns ein? Haben wir nicht immer das meiste bezahlt, immer hübsch nachgegeben, wenn andere auf die Pauke gehauen haben? Und artig auch noch den Kellner gespielt, wenn ein „Partner“ seine nationalen Vorteile vom europäischen Buffet ziehen wollten? Und ob wir das haben! Wie ungerecht die alle sind.

Das meinen zumindest wir, die beschimpften Teutonen. Die Wahrheit ist: Wir Deutsche haben das ganze System nicht verstanden. Daher rührt der Ärger. Günter Verheugen klärt uns auf: Die europäische Einheit gebe es allein wegen Deutschland, besser gesagt: gegen Deutschland. Das „Projekt“ sei nämlich nur notwendig geworden, damit wir nicht wieder zu einer Gefahr würden. Als EU-Erweiterungskommissar war Verheugen einer der loderndsten Anhänger einer Aufnahme der Türkei. Vermutlich auch wegen der deutschen Bedrohung, aus der sich Ankara nur mit Brüssels Hilfe und unserem Geld befreien könnte.

Wie, warum und womit wir unsere Nachbarn „gefährden“, erläutert er bedauerlicherweise nicht. Weiß vielleicht Wikileaks was von geheimen Wunderwaffen? Oder sind die so geheim, dass nicht mal Westerwelles Büroleiter dahinterkam?

Verheugen lässt uns mit unseren düsteren Ahnungen im Regen stehen. Er ist aber kein Unmensch. Um uns die Zeit zu vertreiben, führt er ein intellektuelles Kunststück der erlesenen Sorte auf: Nachdem er die Europäische Union zu Deutschlands Gefängnishof erklärt hat, fordert er nämlich von uns Inhaftierten, wir sollten unseren Wärtern auch noch zutiefst dankbar sein und „ein Stück der Solidarität zurückgeben, die wir über Jahrzehnte erfahren haben“.

So, so: Der ewige Hauptnettozahler soll „ein Stück der Solidarität zurückgeben“, die ihm die freundlichen Nettoempfänger „über Jahrzehnte“ gnädig gewährt haben. Dieser Satz muss ganz langsam den Gaumen runter, um sein volles Aroma zu entfalten – bevor es einem unweigerlich wieder hochkommt.

Verheugen hat uns wirklich weitergeholfen zum Verständnis der Verbitterung unserer EU-Freunde: Wenn die früher was von den Deutschen wollten, dann trafen sie auf die Sorte Verheugen. Wenn der sich mal nicht gleich zu Boden warf, mussten sie nur das Lied der „deutschen Schuld“ anstimmen, da war der Scheck unterschrieben, noch bevor sie ihren gekonnten Gesichtsausdruck Marke „Mahnendes Opfer“ aufsetzen konnten. Deshalb herrschte nach den „harten Verhandlungen“ auch immer so eine „entspannte Atmosphäre“. Und deshalb wimmelte es selbst nach den (scheinbar) „heftigsten Meinungsverschiedenheiten“ überall bloß von „Gewinnern“.

> Erschrocken sehen die Deutschen, wie in ihrem Scheckheft langsam die Pappe durchscheint

Das hat sich offenbar geändert: Plötzlich kann es unter Umständen Wochen dauern, bis die Deutschen die Kasse ihres Volkes dem solidarischen Zugriff öffnen. Eine Schande: Das ist man in Europa nicht gewöhnt. So hatte man nicht gewettet. Und darauf will man sich verständlicherweise auch nicht einlassen.

Was reitet die deutschen Politiker nur? Wie können sie die europäische Idee so schmählich verraten? Der Grund ist so einfach wie grausam: Zum eigenen Erschrecken sehen die Deutschen in ihrem einst prallen Scheckheft langsam die Pappe durchscheinen. Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist Deutschland seit Einführung des Euro in der europäischen Rangliste von Platz drei auf Platz zehn abgerutscht. Die Berliner Politiker würden Verheugens Rat gern folgen und für unsere Schutzhaft-haft, Verzeihung, für die Solidarität der Partner weiter jeden erdenklichen Betrag hinblättern. Doch sie haben Angst.

Wovor? Vor uns! Den dauergefährlichen Deutschen! Die Ursache unserer Gefährlichkeit liegt, wie könnte es anders sein, in der Geschichte. Als dieses Land vor gut 60 Jahren die ersten Schritte zur Wiedererlangung seiner Souveränität machte, gab es weder die EU noch Politiker wie Günter Verheugen. Daher verfiel man auf die verhängnisvolle Idee, den neuen Staat ziemlich demokratisch zu verfassen. Folge: Heute haben wir das Wahlrecht und können damit Unfug treiben. Es ist nämlich nicht ausgemacht, dass die Deutschen ihren Politikern die Plünderung des Landes verzeihen. Sie sind manchmal furchterregend uneinsichtig.

Davon eingeschüchtert zögert Berlin die Zahlungen hinaus. So können Merkel und Schäuble hinterher damit prahlen, wie emsig sie für die Interessen der deutschen Steuerzahler gekämpft haben. Hätte Günter Verheugen schon 1949 etwas zu sagen gehabt, er wäre dieses verantwortungslose Experiment „Demokratie“ nie eingegangen. Immerhin tut Brüssel heute alles, um den Geist per Entmachtung der nationalen Parlamente wieder in die Flasche zu bekommen.

Ja, es ist ein Wettlauf mit der Zeit: Ist die Demokratie schon enthauptet genug, damit wir in Europa endlich volle Pulle „solidarisch“ sein können? Oder ist da noch zu viel Macht bei den Völkern, zumal beim gefährlichsten von allen? Man wird sehen.

Zumindest hat uns Verheugen die Augen geöffnet: Er hat laut gesagt, was selbst die verstocktesten EU-Skeptiker zuletzt nur noch in schalldichten Hinterzimmern zu nuscheln wagten. Für die ist die EU nichts als eine Sowjetunion mit buntem Zuckerguss. Die Farbe soll bald verschwinden, wenn's nach Brüssel geht. Zuerst von den Zigarettenschachteln. Alle gleich weiß mit schwarzer Aufschrift und Warnhinweisen, damit sie uns nicht mehr „zum Kauf verführen“. Das Beispiel sollte Schule machen. Auf irgendeine Weise ist ja alles ungesund, was uns im Supermarkt geboten wird. Wenn die Eurokraten dann durch sind mit ihren Maßnahmen zum „einheitlichen Verbraucherschutz“, dann werden so manche Deutsche Tränen der Nostalgie vergießen in der Erinnerung an die kunterbunte Warenwelt ihrer Kindheit in der HO-Kaufhalle.

Ja, die DDR – ihr Ende kam schnell. Es begann damit, dass man der Führung kein Wort mehr glaubte und die Leute anfingen, zu Tausenden wegzulaufen. Als die Führung zaghaft Reformen ankündigte, war es zu spät.

Wolfgang Kubicki hat sich die historischen Szenen in alten ARD-„Brennpunkten“ angeguckt und überall FDP gesehen. Die Parteibasis löse sich auf, die Führung schotte sich ab und die Reform, ein neues Parteiprogramm, solle erst 2012 kommen. „Dann kann kaum noch jemand das Programm vertreten“, so der Nord-Liberale, weil „unsere Anhänger wahrscheinlich weg sind.“

Das war sehr kränkend. Eine bislang unbekannte Frau Homburger, die behauptet, in der FDP einen Posten zu bekleiden, nennt Kubicki „unqualifiziert“. Guido Westerwelle hat sich auch geäußert. Mitten im dunkelsten Wald, wo von nirgends ein Lichtlein herkommt für die Liberalen, verspricht der FDP-Chef, dass es nächstes Jahr wieder aufwärts geht. Ganz bestimmt. Und warum? Westerwelle: „Weil die Bürgerinnen und Bürger im Land …“ – an der Stelle habe ich umgeschaltet. Da guck ich mir doch lieber die Werbepause auf RTL 2 an.

Vielleicht ist es das: Wenn Minister Westerwelle zu einem Satz anhebt, kennt man ihn schon, bevor er gesprochen wurde. Wo andere sich schon mal eine halbwegs neue Idee, eine beinahe spannende Forderung leisten, da bleibt der Chefliberale stur auf Pfaden, die dermaßen tief ausgetreten sind, dass er bald darin zu versinken droht. Verstört blickt Westerwelle nun in die leeren Gesichter seiner faden Parteikollegen in Berlin und fragt sich, wie man mit denen die Böschung hochkommt. Armer Guido.

MEINUNGEN

***Günter Verheugen** (SPD), langjähriger deutscher EU-Kommissar, gab in der ZDF-Talkshow von Maybrit Illner seine Sicht über den **eigentlichen Zweck der Europäischen Union** preis:*

„Der politische Hintergrund wird in Deutschland völlig übersehen. Wir sollten bitte nicht vergessen: Dieses Projekt Europäische Einheit ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es geht immer dabei [darum], Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr für andere wird.“

*Auch **Neil Dwane**, Europa-Investmentchef von Allianz Global Investors und von Nation Brite, verrät, **wie Europa** seiner Meinung nach **funktioniert**:*

„Europa ist ein einfaches Spiel: 27 Nationen sind dabei, am Ende zahlen immer die Deutschen.“

*„Welt“-Kommentator **Olaf Gersemann** rügt die **Vorgehensweise Berlins** bei den Verhandlungen um den kranken **Euro**. Am 13. Dezember warnte er:*

„Wenn die Cowens, Junckers und Papandreous von Vornherein wissen, dass die Bundesregierung ‚alles tun‘ wird, kann der deutsche Steuerzahler schon einmal sein Portemonnaie zücken“

*CDU-Gesundheitspolitiker **Jens Spahn** warnt vor der **„Bürgerversicherung“**:*

„Je konkreter die Pläne für eine Bürgerversicherung werden, desto klarer wird, dass das eine Abzocke der Mittelschicht ist.“

Hotel „Moon Palace“

Sie tagten also wieder mal,
die Klima-Legionen,
die schon seit Jahren sonder Zahl
für uns die Umwelt schonen.

Man wohnte schlicht im
„Mondpalast“
und dies, wie zu vermuten,
weil's zur Eröffnungsrede
passt
von Ban Ki Moon, dem guten.

Mit Eifer wurde debattiert,
um klüger draus zu werden –
natürlich vollklimatisiert,
man lebt ja noch auf Erden.

Zwar ging's im Saal zuweilen
rund,
und mancher war verdrossen,
doch hat man dann zu später
Stund'
ein klares Ziel beschlossen:

Man wird das Klima radikal
dran hindern, sich zu wandeln,
und dafür bis zum nächsten Mal
den Rahmen ausverhandeln.

Des weitern kommt laut Protokoll
ein Fonds, und das lässt hoffen:
Wer diesen finanzieren soll,
bleibt vorerst nämlich offen.

So konnte man nach
vieler Plag'
am Ende was erreichen –
selbst Greenpeace sprach am
letzten Tag
von positiven Zeichen.

Denn eines ist jetzt sonnenklar
und sichert Existenzen:
In Ewigkeit erneuerbar
sind Umwelt-Konferenzen!

Pannonicus